

21. Heft | 16. Oktober 1913

WILLEM HUBERT VLIENEN · DIE MINISTERFRAGE UND DIE SOZIALDEMOKRATIE IN HOLLAND

REKANNTLICH wurde die holländische Sozialdemokratie durch ihre jüngsten Wahlsiege vor die Frage gestellt, ob es für die Partei ratsam sei Vertreter in das Ministerium zu entsenden, das von dem freisinnigen Demokraten Dr. Bos gebildet werden sollte. Der außerordentliche Parteitag, der am 9. und 10. August in Zwolle tagte, entschied die Frage im negativen Sinn, und zwar fiel die Entscheidung gegen die Meinung der Parteivorstandsmehrheit; sie wurde mit 375 gegen 320 Stimmen, bei 15 Stimmenthaltungen, ausgesprochen. Schon aus diesem Stimmenverhältnis geht hervor, daß ein schwerer Meinungskampf ausgefochten werden mußte, ein Meinungskampf ohne jeden persönlichen Anstrich, der ganz nur um die Sache ging. Diese Vorgänge sind gewiß für die Sozialdemokratie auch aller anderen Länder so wichtig, daß es sich wohl verlohnt sie hier etwas ausführlicher wiederzugeben.

In meinem letzten Artikel berichtete ich hier schon, daß Dr. Bos der sozialdemokratischen Partei 3 Ministerportefeuilles anbot.¹⁾ Der Parteivorstand berief daraufhin einen außerordentlichen Parteitag für den 26. und 27. Juli. Zur Vorbereitung dieses Parteitags tagte am 19. Juli eine Parteikonferenz, das heißt eine Konferenz der Mitglieder des Parteivorstands, der Abgeordneten und der Redakteure des Zentralorgans *Het Volk*. Sie zählte 21 Teilnehmer. Bei ihrem Zusammentritt war die Lage so: Dr. Bos hatte dem Genossen Troelstra schriftlich folgendes Angebot gestellt:

»Ihre Majestät die Königin hat mich beauftragt ein neues Ministerium aus der ganzen Linken«, also aus Liberalen und Sozialdemokraten, zu bilden. Bevor ich diesen Auftrag annehme, wünsche ich zu wissen, ob die Parteien, die die Linke bilden, bereit sind zusammenzuwirken, um die Bildung eines solchen Ministeriums zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wende ich mich auch an Sie als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Kammerfraktion und teile Ihnen mit, auf welchen Grundlagen ich mir etwa eine solche Zusammenwirkung denke. Die Auf-

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die holländischen Wahlen 1913* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 838.

gabe, die das neue Ministerium zu erfüllen hat, ist eine begrenzte; sie besteht aus der Verwirklichung der Reformen, die, wie die jüngsten Wahlen gezeigt haben, sowohl von der liberalen Konzentration wie von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegenwärtig an erster Stelle gefordert werden.

Diese Reformen sind:

1. Verfassungsrevision zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer, ohne daß damit eine Änderung der Rechte der Ersten Kammer²⁾ verbunden ist. Beseitigung der Hindernisse gegen die Einführung des Frauenwahlrechts, die in der Verfassung bestehen, und Durchsetzung solcher Bestimmungen, die es verhindern, daß bei einer spätern Einführung des Frauenwahlrechts dieses direkt oder indirekt vom gesellschaftlichen Wohlstand abhängig gemacht wird. Beseitigung der Bestimmungen gegen die Wählbarkeit der Frau.

2. Erweiterung des § 369 des Invaliditätsgesetzes im Sinn des Amendements Borgeius-Drucker-Tydeman als Vorbereitung zur Verwirklichung einer Altersversorgung, wie sie in dem Manifest der Konzentration gefordert wird.³⁾

3. Im Hinblick auf diese Maßnahmen wird eine Erhöhung der Staatseinnahmen notwendig sein. Sie muß sich in der Hauptsache aus einer Umwandlung der Vermögens- und Betriebssteuer in eine Reichseinkommensteuer und durch eine Änderung der Erbschaftssteuer ergeben. Von einer Änderung des Zolltarifs soll abgesehen, und die eingebrachte Vorlage zurückgezogen werden.

Bei der Revision der Verfassung wird die Einführung des Proportionalwahlsystems ermöglicht werden müssen.

Das sind meines Erachtens alle die Punkte, über die der allgemeinen Überzeugung nach Übereinstimmung herrscht. Sie werden den Kern des Regierungsprogramms bilden müssen, an den nach gegenseitiger Verständigung andere Punkte angefügt werden können. Das Programm darf aber nicht mehr als das strikt Notwendige umfassen, weil Parteien, die einander prinzipiell gegenüberstehen und sich gegenseitig bekämpfen, diesen Kampf nur so weit unterbrechen können, wie dies notwendig ist, um ein gemeinsam erstrebtes Ziel zu erreichen. Was die Zusammensetzung des Kabinetts betrifft, so teile ich Ihnen mit, daß bei mir kein Bedenken dagegen besteht von den Ministerportefeuilles 3 der Sozialdemokratie anzubieten.«

Dann erklärte Dr. Bos, »wenn die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich grundsätzlich bereit zeige die Portefeuilles zu übernehmen, so müßten Besprechungen stattfinden, vor allem über den Standpunkt, den man gegenüber bereits angenommenen Gesetzen, die aber noch nicht in Kraft getreten seien, einnehmen sollte, in der Schulfrage, einschließlich der Verbesserung der Ausbildung und der Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer, über das Verhalten der verschiedenen Parteien zum Militärbudget, über das Verhältnis der Parteien zu einander bei Wahlen während der Kooperation sowie im Parlament«. Der Brief schließt mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit des Zustandekommens dieser Reformen.

An dem Inhalt dieses Programms des Herrn Bos hat in der Partei niemand ein Wort der Kritik geübt. Es enthielt mehr als die Liberalen verpflichtet waren zuzugestehen.

Troelstra bat in seiner Antwort Herrn Bos zunächst eine Lösung der Krise nach einer andern Richtung zu versuchen. Er schilderte die großen Bedenken, die gegen ein liberal-sozialistisches Ministerium erhoben werden müssen, drang auf die Bildung einer Konzentrationsregierung auf dem Boden des gegebenen Programms, versprach einem solchen Kabinetts die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion und erklärte dann: erst, wenn es sich herausstellte, daß das Eintreten von Sozialdemokraten ins Ministerium die *conditio sine qua non* für die Verwirklichung des Programms sei, wäre für die Partei der Augenblick gekommen die Sache zu erwägen. Troelstra

²⁾ Diese Bestimmung richtet sich gegen die Verleihung des Amendierungsrechts an die Erste Kammer.

³⁾ Artikel 369 des Invaliditätsgesetzes billigt allen 70jährigen Lohnarbeitern eine Altersrente von 2 Gulden zu. Das genannte Amendement wollte diese Rente an jeden Bedürftigen geben.

suchte dann auch noch zu erfahren, was beabsichtigt wäre, wenn die Sozialdemokratie das Angebot abwies. Darauf erwiderte Dr. Bos nur, in diesem Fall könne er die Aufgabe der Kabinettsbildung nicht übernehmen; was weiter geschehen werde, wisse er nicht, das sei Sache der Königin. Seiner Meinung nach sei aber die Konstituierung eines liberal-sozialistischen Ministeriums die einzige Lösung, die in Übereinstimmung mit den Wahlergebnissen stehe.

In der Partei, auch unter den Führern, herrschte im allgemeinen Unsicherheit über die Frage. Am Tag vor der Konferenz, am 19. Juli, erschien im *Volk* der erste Artikel, der sich mit Bestimmtheit für die Annahme der Portefeuilles aussprach. Er war von mir geschrieben und betitelt *Zugreifen!* Ich gab darin zu, daß aus der Annahme der Portefeuilles sich gewisse Schwierigkeiten für die Partei ergeben würden. Dies wäre der Nachteil. Der Vorteil wäre: Sicherstellung der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der staatlichen Altersversorgung, zweier großer Reformen, die der Partei, die sie verwirklicht, eine unzerstörbare Anhängerschaft im Volk erwerben müssen. Ich wies dann darauf hin, »daß die Wahlen den Liberalen und den Sozialisten zusammen die Mehrheit verschafft hätten«:

»Die Liberalen verpflichteten sich vor dem 2. Wahlgang sämtlich für die Durchführung der sozialistischen Forderungen einzutreten und wurden daraufhin mit den Stimmen der Sozialisten gewählt. Die Liberalen gaben ihrerseits überall den Sozialisten ihre Stimmen. Wo diese in Stichwahl mit Klerikalen standen, wurden sie alle gewählt. Aus dieser Sachlage ziehen die Liberalen die Konsequenz, daß sie nun auch in einem gemeinsamen Ministerium unsere Forderungen verwirklichen müssen. Werden sie dies auch ohne uns tun? Das ist ungewiß. Deshalb ist das Schicksal unserer Forderungen an erster Stelle in unsere eigene Hand gelegt. Es sind unsere Schiffe, die vor dem Hafen liegen. Wir haben das Tau anzufassen und sie hereinzuziehen.«

In meinem Artikel hieß es dann weiter:

»Wenn wir dessen sicher sein könnten, daß die Liberalen das Ministerium auch allein bilden würden, so wäre dies in Anbetracht der Parteiverhältnisse vielleicht das beste. Ein solches Ministerium wäre aber nur möglich, wenn die Sozialdemokraten es ganz und gar unterstützten. Nun scheint mir eine derartige Unterstützung prinzipiell bedenklicher als die Teilnahme am Ministerium. Indessen ist die Frage nun einmal so überhaupt nicht gestellt. Es liegt nicht in unserer Hand, wie sie gestellt werden soll. Was wird geschehen, wenn es Herrn Bos nicht gelingt ein Ministerium aus der ganzen Linken zu bilden? Er weiß es wahrscheinlich selbst nicht. Diese Unsicherheit ist ein bedenkliches Ding. Alles, was nachher schieflieft, kann und wird auf unsere Rechnung geschrieben werden. Und ist es nicht auch ein wenig lächerlich die liberale Konzentration, die durch unsere Wahlrechtsbewegung gezwungen worden ist das allgemeine Wahlrecht anzunehmen, aber doch sehr viele Elemente enthält, die sich lange genug dagegen sträubten, jetzt plötzlich für die geeignetste und geschickteste Durchführerin von Reformen zu erklären, denen viele ihrer Mitglieder so lange wie irgend möglich entgegengearbeitet haben? Nach meiner Ansicht liegt hier der Ausnahmefall der Pariser Resolution von 1900 vor. Wenn dieser Ausnahmefall nicht in dem Augenblick gegeben sein soll, wo es sich um die demokratische Staatseinrichtung selbst, um die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts handelt, wann sollte er es denn? Ich möchte wohl wissen, was die preußische Sozialdemokratie täte, wenn sie dadurch, daß sie ein paar Jahre lang einige Minister aus ihren Reihen stellte, das allgemeine Wahlrecht erringen könnte. Versäumen wir diese Gelegenheit zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts, so möchte ich wissen, ob es uns gelingen wird die Wahlrechtsbewegung weiter und stärker fortzuführen. Man soll sich doch keine übertriebene Vorstellung von der Macht einer Bewegung machen, die im Zeichen der Überflüssigkeit und Künstelei steht. Greift die Partei, die die Wahlrechtsbewegung ins Leben gerufen und geleitet hat, jetzt zu, so hat diese ihr Ziel erreicht. Durch den kräftigen Arm dieser Bewegung kam die Sozialdemokratie so weit in die Höhe, daß sie die Frucht beinahe fassen

kann. Jetzt gilt es sie zu pflücken. Benutzt die Partei die augenblickliche Lage nicht, so ist es fraglich, ob der Arm, der sie so hoch gehoben hat, sie noch weiter stützen wird. Seit Jahren herrscht in Holland tiefe Unzufriedenheit mit dem ganzen politischen Leben. Wir haben die Unfähigkeit der wechselnden Regierungen und Mehrheiten scharf kritisiert. Jetzt hat das rote Wählerkorps die Tür aufgedrückt und ein paar gewaltige, für das Proletariat außerordentlich bedeutungsvolle Reformen in unsern Machtbereich geschoben. Ich bin äußerst besorgt um die Zukunft unserer proletarischen politischen Aktion, wenn wir jetzt zurückschrecken und so bewirken, daß auch diese Periode der Gesetzgebung an Unfruchtbarkeit ihren Vorgängerinnen gleichbleibt. Wenn man immer von den Gefahren für die Partei spricht, so sage ich: die Partei ist nicht von Porzellan. Es wird scharfe Diskussionen geben. Einzelne werden zur *Sozialdemokratischen Partei* [der radikalen Sekte der *Tribunisten*] übergehen. Aber die Aufgabe, die dem Ministerium gestellt ist, macht die Sache einfach und klar. Viel mehr als die Parteidiskussionen fürchte ich die miserable Stellung, in die wir gedrängt werden müssen, wenn die vom Wahlrecht Ausgeschlossenen und die hilflosen Alten das Recht haben werden uns zuzurufen: Wir hätten das Wahlrecht haben können, wenn ihr gewollt hättet; wir hätten Staatspension haben können, wenn ihr nicht auf allerhand Irrgängen der Redekunst anderen eine Aufgabe aufgebürdet hättet, die selbst zu erfüllen euch Ehre und Ruhm hätte sein müssen. Die Werbekraft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und glückliche politische Umstände haben uns zu unserer gegenwärtigen Machtstellung verholfen. Wir können für das Proletariat etwas erobern. Drückt euch nicht! Greift zu!«

Die Mehrheit der Redaktion des *Volk* nahm scharf Stellung gegen diesen Artikel. Sie wies darauf hin, daß ein liberal-sozialistisches Ministerium innerlich zu wenig homogen sein würde, um nach außen stark sein zu können. Dadurch würde die Aussicht, daß ein solches Ministerium bedeutende Reformen durchsetzen könnte, sehr gering. Bei Klassenkämpfen, Streiks usw. würden die inneren Gegensätze im Ministerium nicht zu überbrücken sein. Dazu käme die Gefahr, daß die Arbeiterschaft durch den Ministerialismus dem Klassenkampf und der Sozialdemokratie entfremdet werden könnte.

Nunmehr trat die zweite Parteikonferenz zusammen, die den außerordentlichen Parteitag vorbereiten und wenn möglich eine Resolution ausarbeiten sollte. Das Ergebnis dieser Konferenz war der Beschluß das Angebot Dr. Bos' abzulehnen. 13 Delegierte hatten für, 8 gegen diesen Beschluß gestimmt. Die Konferenz erklärte dann unter diesen Umständen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags für überflüssig, und der Parteivorstand beschloß einstimmig den Parteitag abzusagen. Die unmittelbare Folge war die, daß Herr Bos den Auftrag der Königin ein Ministerium aus der gesamten Linken zu bilden ablehnte.

Am 30. Juli beriefen die Abgeordneten der liberalen Konzentration eine Konferenz in den Haag, um zu beraten, was jetzt zu tun sei. Sie veröffentlichte ein Communiqué, in dem sie einstimmig ihrem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß durch die Weigerung der Sozialdemokraten die Bildung eines Ministeriums verhindert worden sei, das das allgemeine Wahlrecht und die Altersversorgung hätte verwirklichen können. Es hieß dann da weiter: »Die Konferenz war der Meinung, daß die Bedingungen, unter denen Herr Troelstra einem Konzentrationskabinet die Unterstützung der Sozialdemokratie zugesagt habe, keine Garantie für die Durchführung des Programms böten, daß es also nutzlose Arbeit und unter der Würde der Konzentration wäre über diese Bedingungen mit der Sozialdemokratie noch weiter zu verhandeln. Die Konferenz lehnte es einstimmig ab mit diesen Bedingungen zu rechnen. Eine bedeutende Anzahl der Konferenzteilnehmer war der Ansicht, die Konzentration könne auch ohnedies die Regierung in die Hand nehmen. Da aber eine starke Opposition gegen diese Meinung bestand, beschloß die Konferenz einstimmig davon Abstand zu nehmen.« Die liberale Konzentration weigerte sich also ein Kabinet zu bilden.

Als dies bekannt wurde, ergriffen Schaper und ich als Abgeordnete und Parteivorstandsmitglieder die Initiative, um die Partei zu einer Änderung ihrer Haltung zu bestimmen. Die Parteikonferenz hatte in der Voraussetzung verhandelt, daß die liberale Konzentration unter allen Umständen die Regierung übernehmen würde, also die Teilnahme der Sozialdemokraten am Ministerium nicht die *conditio sine qua non* eines liberalen Ministeriums wäre. Jetzt hatte es sich aber herausgestellt, daß dies wohl der Fall gewesen war, und so wollten wir beide noch einen Versuch machen die Partei im Interesse des allgemeinen Wahlrechts und der Altersversorgung zur Annahme der Portefeuilles zu bewegen. Es wurde beschlossen eine Sitzung des Parteivorstands anzuberaumen und wieder die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags zu beantragen. Die Vorstandssitzung fand am 3. August statt, und es wurde beschlossen am 9. und 10. August einen Parteitag in Zwolle abzuhalten. Zur Vorbereitung tagte am 5. August in Amsterdam noch eine Parteikonferenz. Jetzt war die Mehrheit der Konferenz (12 gegen 8) dafür, daß die Partei sich bereit erklären solle die Ministerportefeuilles zu übernehmen, wenn dies für die Verwirklichung der genannten Reformen notwendig sei. Die Verwandlung der frühern Minderheit in eine Mehrheit kam durch die Positionsänderung des Genossen Troelstra sowie der *Volkredakteure* Ankersmit und Polak zustande, die früher gegen die Annahme waren, jetzt aber zur andern Seite übergingen. Die Mehrheit einigte sich auf eine Resolution Troelstra, die folgendermaßen lautet:

»In Erwägung, daß die Partei sowohl wegen ihres sozialdemokratischen Charakters als auch um des allgemeinen Wahlrechts und der staatlichen Altersversorgung willen bei den Verhandlungen über die Lösung der ministeriellen Krise von Anfang an den Standpunkt eingenommen hat nur im Fall einer unvermeidlichen Notwendigkeit der Aufforderung zur Teilnahme an der Regierung nachkommen zu können;
in Erwägung, daß das Angebot des Herrn Bos die Möglichkeit der Bildung eines liberalen Ministeriums offen ließ, das das Konzentrationsprogramm mit Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion verwirklichen könnte, und diese Unterstützung unsererseits unter konkreten Bedingungen loyal angeboten worden ist;
in Erwägung, daß der Partei auch jetzt noch ein außerparlamentarisches Kabinett als die beste Lösung der gegenwärtigen Krise erscheint, falls dieses Kabinett das Ergebnis der Wahlen in den Fragen des allgemeinen Wahlrechts und der Altersversorgung als das Programm anerkennt, dem 55 von den 100 Mitgliedern der Kammer zugestimmt haben, und das diese nicht unausgeführt lassen kann, ohne wortbrüchig zu werden;

erklärt der Parteitag, daß, wenn es unmöglich erscheine eine Regierung zu bilden, die sich die Verwirklichung des genannten Programms zur Aufgabe stellt, die Partei annehmen müsse, daß der Fall der unumgänglichen Notwendigkeit eingetreten sei, in dem sie nach der Resolution des internationalen sozialistischen Kongresses von Paris über die Schwierigkeiten einer Teilnahme an einem gemischten liberal sozialistischen Ministerium hinwegzusehen und die Verantwortung, die ihr durch die Wahlen auferlegt worden sei, auf sich zu nehmen habe.

Der Parteitag erklärt ferner jede Regierung unterstützen zu wollen, die sich die Durchführung des oben genannten Programms zur Aufgabe stellt, und jede Regierung aufs entschiedenste bekämpfen zu wollen, die dies ablehnt oder zurückstellt.«

Diese Resolution wurde unterzeichnet von den Abgeordneten Duijs, Helsingden, Hugenholtz, van Kol, J. ter Laan, K. ter Laan, Schaper, Troelstra, Vliegen, von dem Vorstandsmitglied Hermans und den Redakteuren des *Volk* Ankersmit, Ed. Polak. Die Minderheit, die aus den Abgeordneten Albarda, Gerhard, Kleerekoper, Mendels, Henri Polak, den Vorstandsmitgliedern van der Goes, Wibaut, van Kuijkhof bestand, brachte eine andere Resolution ein, die auf dem Parteitag durch eine neue ersetzt wurde.

Währenddessen war auch die schriftliche Diskussion entbrannt, und die verschiedenen Sektionen gingen an ihre Ansichten zu äußern. Es muß konstatiert werden, daß sich in der Partei unmittelbar eine sehr starke Abneigung gegen die Teilnahme am Ministerium zeigte. Alle Amsterdamer Wahlkreise sprachen sich mit übergroßen Mehrheiten dagegen aus. Als ein charakteristisches Dokument in der Diskussion muß ein Brief K. Kautskys an Troelstra erwähnt werden, in dem dieser Genosse anerkennt, daß die Lage der holländischen Partei sehr schwierig sei.

»Die Situation, in der sich die holländische Partei befindet, ist die schwierigste, in der sich seit langer Zeit irgendeine Partei der Internationale befunden hat. Es ist unmöglich vom Ausland aus eine Lösung anzugeben.«⁴⁾

Ein Ergebnis des Briefes jedoch verdient festgestellt zu werden: K. Kautsky sagt nicht, daß die Portefeuilles abzulehnen seien. Aus seinem Brief geht sogar das eine deutlich hervor: Wenn die holländische Partei meint, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts von dem Eintritt der Genossen in das Ministerium abhängt, so ist dieser Eintritt geboten oder wenigstens zulässig.

Einige Tage vor dem Zusammentritt des Parteitags berichtete die Presse, daß die Königin den Staatsrat Cort van der Linden beauftragt hätte ein außerparlamentarisches Ministerium zu bilden. Herr Cort ist von 1897 bis 1901 liberaler Justizminister gewesen, steht aber seitdem außerhalb der praktischen Politik, sein Name sagte also an sich nichts.

Der außerordentliche Parteitag trat am 9. August in Zwolle zusammen. Er war sehr zahlreich besucht, weithin am zahlreichsten von allen Parteitag, die wir je in Holland hatten. 299 Sektionen hatten Delegierte entsandt. Die Lage der Partei im Land geht aus der Zunahme der Mitgliederzahlen hervor. Diese betrug am 31. Dezember 1912 15 667, am 30. Juni 1913 20 717. Es ist nicht gut möglich hier einen vollständigen Bericht vom Parteitag zu geben. Schaper sprach im Namen der Mehrheit der Parteikonferenz für die Annahme der Portefeuilles, Wibaut als Korreferent dagegen. Dann folgte die Diskussion, die sich dauernd auf hohem Niveau hielt. Zuletzt hielt Troelstra noch eine glänzende Rede für die Mehrheitsresolution, deren Quintessenz war: Er als parlamentarischer Führer halte diese Resolution für notwendig, damit man, falls das kommende Ministerium Cort van der Linden das allgemeine Wahlrecht und die Altersversorgung im Stich lassen sollte, den Kampf gegen dieses Kabinett führen und bei dessen Sturz ein liberalsozialistisches Ministerium bilden könne, das dann die Reformarbeit übernehme. Stürzt das Ministerium, ohne daß die Aussicht besteht ein solches Kabinett zu bilden, so liege die Gefahr vor, daß die Kammer aufgelöst wird und eine klerikale Mehrheit entsteht. Doch auch diese unwiderlegbaren Gründe machten nicht den nötigen Eindruck. Die Abneigung gegen den Ministerialismus, die allerdings in den Wochen vorher durch Troelstra selbst sehr bestärkt worden war, konnte nicht mehr überwunden werden. Auch hatten die meisten Delegierten der großstädtischen Sektionen gebundene Mandate. Die Abstimmung ergab, daß 168 Sektionen mit 317 Stimmen sich für die Mehrheitsresolution, 119 Sektionen mit 376 Stimmen für die Minderheitsresolution erklärten, die dadurch zur Mehrheitsresolution für die Gesamtpartei wurde; 7 Sektionen mit 15 Stimmen enthielten sich der Ab-

⁴⁾ Siehe darüber auch Bernstein *Sozialisten und Regierung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1062 f.

stimmung, 5 Delegierte waren abwesend. Die Resolution, die angenommen wurde und eine Verbindung der ursprünglichen Minderheitsresolution mit einer Resolution der Sektion Amsterdam III darstellt, lautet wie folgt:

»Der Parteitag erklärt:

Die Tatsache, daß es der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gelungen ist in der Kammer eine Mehrheit für die von ihr geforderten Reformen zustande zu bringen, schließt für sie nicht die Verpflichtung ein in ein Ministerium einzutreten. Eine solche Verpflichtung besteht nicht für eine Partei, die sich infolge ihres Ursprungs, ihres Wesens und ihrer Ziele gegen die gesamte politische und ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie richtet, und deren Position im Parlament nicht so stark ist, daß sie sich an einer bürgerlichen Regierung beteiligen könnte, ohne selbst den bürgerlichen Charakter dieser Regierung anzunehmen und mit der Mitverantwortlichkeit für alle Verwaltungsstaten der Regierung belastet zu werden.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat in der gegebenen Lage ihrer Verantwortlichkeit für die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts und der Altersversorgung dadurch vollständig Rechnung getragen, daß sie jeder Regierung ihre Unterstützung anbot, die sich die Einführung dieser Reformen zur Aufgabe stellen würde. Dagegen hat die liberale Konzentration das Zustandekommen der Reformen außerordentlich erschwert, indem sie als die einzige Lösung der Krise die Bildung eines liberal-sozialistischen Ministeriums erklärte, das, innerlich uneinig, der klerikalen Reaktion die stärksten Angriffspunkte böte.

Der Parteitag sieht in der Weigerung der Liberalen mit Unterstützung der Sozialdemokratie die Bildung eines Ministeriums aus ihren eigenen Reihen auch nur in Erwägung zu ziehen den Beweis, daß die Liberalen nicht gewillt sind das Versprechen einzulösen, das sie bei den Wahlen abgegeben haben.

Der Ausnahmefall, auf den die Resolution des Pariser Kongresses hinweist, liegt aber nicht vor, wenn es sich nicht um Ohnmacht sondern um ein Nichtwollen handelt. Der Eintritt von Sozialdemokraten in eine bürgerliche Regierung würde also unter den gegebenen Machtverhältnissen und in der augenblicklichen politischen Situation den Interessen des Proletariats widerstreiten.

Der Parteitag kann das Verhalten der Konzentration nur als einen Versuch auffassen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ihren Klassencharakter zu nehmen und sie in eine liberale Arbeiterpartei umzubilden; denn bei den parlamentarischen Machtverhältnissen, wie sie in beiden Kammern bestehen, müßte das Zusammenwirken in der Regierung sich über eine lange Reihe von Jahren erstrecken, in denen die Partei ihre Aufgabe als Führerin der Arbeiter im Klassenkampf nicht in genügendem Maß erfüllen könnte.

Die Partei bleibt sich ihrer Verantwortlichkeit für das allgemeine Wahlrecht und die Altersversorgung vollständig bewußt. Sie wird die Verwirklichung dieser Reformen von jeder kommenden Regierung fordern und jedes Kabinett unterstützen, das sie durchsetzen will. Dagegen wird sie jede Regierung aufs schärfste bekämpfen, die diese Reformen ablehnt oder zurückstellt, und jede Unterstützung, die die Liberalen einer solchen Regierung gewähren, als einen Verrat gegenüber den Zusicherungen betrachten, die ihr die Liberalen bei den Stichwahlen gaben, und durch die sie sich die Hilfe der Sozialdemokraten sicherten.

Der Parteitag konstatiert, daß die jetzige Situation in dem Kampf für allgemeines Wahlrecht und Altersversorgung nur durch den jahrelangen Kampf erreicht worden ist, den die sozialdemokratische Arbeiterpartei allein gegen alle bürgerlichen Parteien geführt hat, und er ruft mit Nachdruck die Arbeiterklasse auf mit noch größerer Kraft und Ausdauer diesen Kampf fortzusetzen, um dadurch binnen möglichst kurzer Zeit die Verwirklichung jener Reformen zu sichern.«

Mancher deutsche Genosse, der die Politik der holländischen Sozialdemokratie in den letzten 7 oder 8 Jahren beobachtet hat, dürfte wohl darüber erstaunt sein, daß unsere im allgemeinen nüchtern denkende und wissenschaftlich ziemlich hoch stehende Partei sich auf einem Parteitag diese bandwurmartige Resolution aufbinden läßt, die so leere Phrasen und so sinnlose Erklärungen enthält. Die Sache ist dennoch leicht zu erklären. Auf dem Parteitag wurde der Kampf tatsächlich nicht für die eine oder die andere der beiden Resolutionen geführt sondern nur für oder gegen die

Mehrheitsresolution. Die Resolution, die schließlich angenommen wurde, ist von keinem der Delegierten kritisch durchgesehen. Sie sollte nur ganz allgemein die Anschauungen der Antiministerialisten vertreten. Um ihren Wortlaut oder Gedankengang hat sich niemand gekümmert. Manchem Genossen, der für die Resolution gestimmt hat, mag dies auch wohl selber sonderbar vorgekommen sein, als er sie nachher durchlas. Indes, eins steht fest: Die Mehrheit wollte die Teilnahme im Ministerium nicht und kümmerte sich weder um den Wortlaut der Resolution noch um ihre Folgen.

Allerdings war die Partei dabei sehr stark durch die Abneigung beeinflußt, die seit Jahren in der ganzen Internationale gegen die direkte Teilnahme an der Regierung herrscht und durch die französischen Erfahrungen noch stark gesteigert worden ist. Dieser Faktor dürfte wohl auch in Dänemark mitgewirkt haben, wo die Sozialdemokratie die gesamte Regierung einer andern Partei in die Hände spielte, die parlamentarisch schwächer war als sie selbst.⁵⁾ Leider ist die Sache in Holland ungleich gefährlicher als in Dänemark. Denn dort liegt nicht wie bei uns eine starke klerikale Reaktion auf der Lauer, die nur den geeigneten Augenblick abwartet, um mit festem Griff die Staatsgewalt wieder an sich zu reißen. Der Sturz der klerikalen Regierung bei uns war ausschließlich der Werkkraft der Sozialdemokratie und dem festen Zusammenhalten von Sozialdemokraten und Liberalen bei den Stichwahlen zu danken. Es kann wohl sicher angenommen werden, daß bei Neuwahlen weder auf das eine noch auf das andere mehr zu rechnen sein wird. Bei den Nachwahlen verlor die Sozialdemokratie bereits 2 von ihren Sitzen, so daß sie jetzt nicht mehr 18 sondern nur noch 16 Mandate innehat. In einem dieser beiden Kreise, in Hoogezand, haben wir uns allerdings ziemlich gut gehalten; unsere Stimmzahl ging nur um 300 zurück, und der Liberale, der im Juni unterlegen war, wurde nur mit klerikaler Hilfe wieder gewählt. Dagegen stand es in dem andern Kreis, in Rotterdam I, sehr schlecht. Dort verminderten sich unsere Stimmen von 3700 auf 2500, während die der Klerikalen um 400, die der Liberalen um 200 stiegen. Das Mandat ging an einen Klerikalen verloren, so daß die Mehrheit der Linken von 10 auf 8 Stimmen herunterging. Die Klerikalen haben wieder vollkommen das Gefühl, daß eigentlich sie die Mehrheit im Land hinter sich haben. Auch in den beiden Kreisen, die wir in den Nachwahlen behaupteten, in Amsterdam II und III, sank unsere Stimmzahl beträchtlich herab.

Es ist nun die Frage, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Herr Cort van der Linden hat ein außerparlamentarisches Ministerium gebildet. Es ist im allgemeinen ein liberales Kabinett. Es sitzen ein paar Männer wie Treub, Lely und Pleyte darin, die gute demokratische Namen tragen. Der Charakter des Kabinetts geht deutlich aus der Thronrede hervor, die die Königin am 16. September verlas. Es ist kein Parteiministerium, aber doch ein liberales, das das Resultat der Wahlen zu berücksichtigen gedenkt. Die beiden Hauptpunkte des Programms der liberalen Konzentration: allgemeines Wahlrecht und Altersversorgung, werden in der Thronrede zugestanden. Der Wahlrechtspassus lautet:

»Es soll sofort ein Verfassungsrevisionsentwurf vorbereitet werden, der, von den noch festzustellenden Ausnahmen abgesehen, allen männlichen Niederländern von einem bestimmten Lebensalter an das Wahlrecht zusichert sowie die konstitutionellen Hemmnisse gegen das Frauenwahlrecht beseitigt.«

⁵⁾ Siehe Becher-Olsen *Der Verfassungskampf in Dänemark und die Sozialdemokratie in den Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 784 f.

Das heißt, die Verfassungsrevision wird keine allgemeine sein sondern sich nur auf das Wahlrecht beschränken. Das ist aber gewissermaßen als eine Kriegserklärung gegen die Rechte anzusehen, die die Verfassungsrevision vornehmlich wünscht, um die Schulfrage in ihrem Sinn zu lösen. Über die Altersversorgung enthält die Thronrede nur einen Passus, der sehr verschiedene Auslegungen erlaubt, jedenfalls aber der Kammermehrheit freie Hand läßt, wenn sie die Wahlversprechungen erfüllen will. Dann kündigt die Thronrede an:

»Zur Verteidigung von Niederländisch Indien soll der Bau eines Schlachtschiffs beantragt werden, dessen Kosten aus indischen Geldmitteln zu decken wären. Die Reorganisation der lebendigen Streitkräfte, die nach der Einführung des neuen Milizgesetzes begonnen wurde, soll vervollständigt werden.«

Dieses Schlachtschiff wird der erste holländische *Dreadnought* sein, der erste von wievielen? Und die Fortführung der Reorganisation der lebendigen Streitkräfte bedeutet die Erfüllung der militaristischen Forderungen, die innerhalb einiger Jahre den Militäretat auf 40 Millionen jährlich hinaufbringen werden. Das Ministerium ist ausgesprochen militaristisch. Und wenn die Klerikalen wollen, hätten sie da den Punkt, wo sie einsetzen könnten. Zusammen mit den Sozialisten können sie durch Ablehnung des Schlachtschiffs oder des Militäretats den Sturz der Regierung herbeiführen. Wenigstens, wenn nicht die Fraktion um des Wahlrechts willen für die Wehrvorlagen stimmt. Also, sehr fröhlich, frisch und frei ist die Situation der Partei nicht. Es wird eine merkwürdige Zeit werden. Die *Fränkische Tagespost* machte nun die sonderbare Bemerkung, die militärischen Forderungen des neuen Kabinetts dürften für die holländischen Genossen, die für die Annahme der Ministerportefeuilles eintraten, eine Ernüchterung sein. Ganz und gar nicht. Umgekehrt war gerade einer der Gründe, die uns bewegen die Portefeuilles annehmen zu wollen, der, daß wir sicher waren: kommt ein liberal-sozialistisches Ministerium nicht zustande, so wird ein Kabinett gebildet werden, das sich in den Heeresfragen auf die Rechte stützt. Die Ernüchterung müßte also wohl auf der andern Seite sein.

Und es wird bei dieser einen Ernüchterung nicht bleiben. Bei allem, was in den folgenden Jahren schief geht (und das dürfte nicht wenig sein), werden Tausende im Land der sozialdemokratischen Arbeiterpartei den Vorwurf machen: Dem hättet ihr vorbeugen können, wenn ihr euch nicht um leerer Resolutionsphrasen willen eurer Macht begeben sondern zugegriffen und euren prächtigen Wahlsieg durch prächtige Reformen besiegelt hättet! Der holländischen Sozialdemokratie war die Gelegenheit geboten Bahnbrecherin zu sein. Sie hat es nicht gewollt, und das wird ihr nur Schaden und ihren Gegnern nur Vorteil bringen.

XX

EDUARD BERNSTEIN · VON DRESDEN NACH JENA



S ist schwer über den dritten Jenaer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu schreiben, ohne auf den Dresdener Parteitag von 1903 Bezug zu nehmen, der nun 10 Jahre hinter uns liegt. Aber es ist leicht sich dabei der Betrachtungen über die Lebenskraft des in Dresden vermeintlich erlegten Revisionismus zu enthalten. Die ist schon so oft festgestellt worden, bekundet sich heute jedermann so erkenn-

bar und wird auch von seinen entschiedensten Gegnern so unumwunden zugestanden, daß man die Entscheidungen, die dem dritten Jenaer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sein Kennzeichen gaben, auf ihre Bedeutung für die Entwicklung des politischen Geistes der Partei untersuchen kann, ohne den Revisionismus selbst noch einmal abzuhandeln.

Die in Frage kommenden Entscheidungen sind die Annahme der Resolution des Parteivorstands über den politischen Massenstreik mit 335 gegen 142 Stimmen und die Annahme der Resolution Wurm über die Steuerpolitik der Sozialdemokratie mit 336 gegen 140 Stimmen. Schon die fast bis auf die Einer gehende Übereinstimmung der Zahlen weist darauf hin, daß hier ein innerer Zusammenhang besteht, der natürlich nur auf dem Gebiet der politischen Methode liegen kann. Denn ihrem sachlichen Inhalt nach haben Massenstreik und Steuerfrage nicht mehr mit einander zu tun als etwa eine Mahlersche Symphonie mit einem Tarif im Musikergewerbe. Mit Ausnahme von kaum einem halben Dutzend Personen stand bei diesen Abstimmungen eine gleich zusammengesetzte Mehrheit einer gleich zusammengesetzten Minderheit gegenüber. Dergleichen pflegt nur dann der Fall zu sein, wenn es sich um ein Messen der Kräfte bestimmter unterschiedener Ansichten oder Tendenzen handelt, und ein solches Messen lag in Jena in der Tat vor. Die Resolutionen, die von den Genossen Geyer, Hoch, Ledebour, Liebknecht, Rosa Luxemburg und ihren Mitunterzeichnern in den Fragen des Massenstreiks und der Steuerpolitik den von den Referenten des Parteitags beantragten Resolutionen gegenüber gestellt wurden, zielten auf eine Verschärfung der gegenwärtigen politischen Kampfweise der Partei ab, und der Lauf der Verhandlungen brachte es mit sich, daß jedesmal schließlich zwischen diesen Resolutionen und denen der Referenten die Wahl getroffen werden mußte. Wer Gegner der einen war, mußte für die anderen stimmen, um das Gewicht jener nicht stärker erscheinen zu lassen als es tatsächlich war.

Ziemlich einfach lag die Sache in der Frage des politischen Massenstreiks. Die von Scheidemann begründete Resolution des Parteivorstands erkannte an, daß der politische Massenstreik eine wirksame Waffe im Wahlrechtskampf sein kann, dessen Notwendigkeit sie hervorhebt, setzt aber hinzu, daß er »nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden« kann, und fordert unter Berufung darauf die Parteigenossen zur unermüdlichen Arbeit für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf. Obwohl es die Resolution nicht ausspricht, geht aus ihrem Zusammenhang deutlich hervor, daß ihre Verfasser den Zeitpunkt jetzt nicht für gekommen erachten, wo die Anwendung dieses Mittels des politischen Kampfes ohne ernsthafte Gefahr für die Sache der Arbeiter unternommen werden könne. Und was sie nicht ausdrücklich sagt, das führten mehr oder minder deutlich Scheidemann als Referent und eine Anzahl Redner aus der Mitte des Parteitags aus. Drei hervorragende Vertreter der Gewerkschaftsbewegung, die Genossen Bauer, Schumann und Silberschmidt, wiesen mit großem Nachdruck darauf hin, daß eine ins Unbestimmte gehende Propagierung des Massenstreiks der Organisationsarbeit der Gewerkschaften notwendig Schaden bereiten müsse. An Unbestimmtheit in diesem Sinn leidet aber gerade die Gegenresolution Luxemburg und Genossen. Da lesen wir:

»Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur als Steigerung einer bereits im Fluß befindlichen Massenaktion aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben. Als Antwort auf die Übergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, ist geeignet in den Reihen der Organisierten die Kampfesenergie und den Idealismus wach zu halten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen. Der Parteitag fordert die Parteigenossen und die Parteinstanzen auf alle Maßregeln zu ergreifen, damit das deutsche Proletariat bei den kommenden Kämpfen für alle gerüstet dasteht.«

Wenn diese Sätze als Gegenstück zur Vorstandsresolution etwas bedeuten sollten, dann konnten sie als Ganzes genommen nicht anders verstanden werden denn als Befürwortung einer Taktik, die die sozialdemokratische Bewegung ins Lager des Syndikalismus treiben müßte. Daß die Unterzeichner das nicht wollten, ist ihnen wohl zu glauben. Jeder ihrer Sätze einzeln genommen läßt auch tatsächlich eine Auslegung zu, die in keinem Gegensatz zur sozialdemokratischen Taktik steht. Aber wenn kein Abweichen von der derzeitigen Taktik der Partei und der Gewerkschaften beabsichtigt war, dann waren Wendungen wie »nicht auf Kommando von Partei und Gewerkschaftsinstanzen«, »Verlegung des Schwerpunkts des Kampfes in die Aktion der Massen« gegenstandslos. Denn in Deutschland sind die Machtverhältnisse der Wirtschaftsorganisationen hüben und drüben und die den Gegnern zur Verfügung stehenden Widerstandsmittel solcher Art, daß ein aus den Massen heraus planlos ins Werk gesetzter Massenstreik auch nicht die leiseste Spur von Aussicht auf einen Erfolg hat, eine Agitation, die die Köpfe mit der Idee solcher Streiks erfüllt, kann daher nur die unerfahrenen Elemente der Arbeiterschaft irreführen und dadurch innerhalb der Organisationen nur zersetzend wirken. Auch hier ist das, was die Resolution nicht klar ausspricht, bei ihrer mündlichen Begründung ziemlich unmißverständlich ausgeführt worden. Nicht von allen ihren Befürwortern, wie zugegeben werden muß, aber jedenfalls von ihrer Hauptbegründerin Rosa Luxemburg, die aus ihrer Gegnerschaft gegen den in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vorherrschenden Geist nicht den geringsten Hehl machte. In ihrer Weise argumentierte sie jedenfalls streng logisch. Worauf sie hinaus will, das ist nur durchzuführen, wenn die freien deutschen Gewerkschaften von ihrer bisherigen Arbeitsmethode abgehen. An Ausfällen auf diese hat sie es nicht fehlen lassen. Auf die Frage dagegen, die ich auf dem Parteitag an sie gerichtet habe, nämlich wie sie denn sich das Ende eines ins Blaue hinein unternommen politischen Massenstreiks vorstelle, ist sie mit keiner Silbe eingegangen, und ich glaube, sie wußte wohl, warum. Weil sie aber in dieser Hinsicht mit nichts Greifbarem herausrückte sondern beharrlich im allgemeinen blieb, vermochte trotz ihrer gewandten Rhetorik sie auch nicht zu überzeugen. Zumal andere Befürworter ihrer Resolution offen zugaben, daß die Entfesselung eines politischen Massenstreiks in Deutschland zurzeit nicht ratsam sei, was natürlich jedem unbefangenen Urteilenden die Frage auf die Lippen legen muß: wozu aber dann den Massen jetzt mit der Idee kommen?

Und so erhielt die Vorstandsresolution die Stimmen von nahezu drei Vierteln des Parteitags. Was bedeutet sie?

Scheidemann in seinem Referat und Fritz Ebert in seinem Schlußwort haben mit erhobener Stimme es ausgesprochen, der politische Massenstreik werde kommen, wenn die Wahlreform in Preußen ausbleibe. Unverändert sei die Parole *Wahlreform oder Massenstreik!* Das ist eine Warnung an die Regierenden und die maßgebenden Vertreter der bürgerlichen Parteien, die sie guttun werden nicht leicht aufzufassen. Sie ruft ihnen zu sich nicht dem Wahn hinzugeben, daß die Arbeiter Preußens ins Endlose die jetzige schmachvolle Wahltreue ruhig ertragen werden. Wenn die verantwortlichen Führer der deutschen Arbeiterbewegung jedes leichtfertige Spielen mit der Idee des politischen Massenstreiks in dem Bewußtsein ablehnen, daß ein solcher Streik eine zweischneidige Waffe ist, so mag man im andern Lager nicht übersehen, daß dies »zweischneidig« unter Umständen für drüben mehr bedeuten kann als für hüten. Gerade weil man bei uns die Sache nicht leicht nimmt, würde der Kampf, wenn es zu ihm käme, wahrscheinlich mit großer Erbitterung geführt werden.

Indes ergibt sich auch für die Sozialdemokratie aus dem Beschluß des Jenaer Parteitags eine Folgerung, über die sie sich klar zu werden hat. Der Kongreß hat den politischen Massenstreik einstweilen von der Tagesordnung abgesetzt, daran ist kein Zweifel. Jede andere Auslegung seines Beschlusses wäre Unterschiebung eines falschen Sinnes. Solange aber die Sozialdemokratie von Versuchen Abstand nimmt Regierung und Parlament in Preußen, um die es sich hier handelt, durch außerparlamentarische Aktionen zum Nachgeben zu zwingen, wird es für sie Gebot der Notwendigkeit nichts zu unterlassen, was geeignet ist ihrem Kampf mit parlamentarischen Mitteln erhöhte Wirkungskraft zu verleihen. Das bezieht sich nicht auf die Reden unserer Genossen im Abgeordnetenhaus. Denn ohne ihrer Findigkeit zu nahe zu treten, glaube ich nicht, daß sie noch sehr werden überbieten können, was sie schon bisher an wirkungsvoller rednerischer Vertretung ihrer Sache geleistet haben. Die Steigerung des Tons und der Länge ihrer Reden oder was sonst noch dazu gehört Aufsehen zu machen wird die parlamentarische Situation im Dreiklassenhaus nicht ändern. Sie kann für gesetzgeberische Zwecke nur geändert werden durch die Änderung des Stimmverhältnisses der Parteien und der Gruppierung der Parteien. Leider hat unsere Partei bei der jüngsten preußischen Landtagswahl um der Stimmenzählung willen, die bei den Tücken des preußischen Wahlrechts doch immer nur einen schwachen Nachhall des Bildes der Reichstagswahl liefern kann, eine Taktik beobachtet, die sie der Möglichkeit beraubt gleich bei der Wahlmännerwahl das volle Gewicht ihrer Stimmen für diejenige Änderung der Mandatsverteilung ins Spiel zu bringen, die im Interesse der Wahlreformbewegung geboten war. Erst bei der Abgeordnetenwahl wurde im letzten Moment ein Abkommen mit der Volkspartei in diesem Sinn getroffen, und bei ihm hat unsere Partei vernünftigerweise auf alle jene Formalitäten verzichtet, durch deren Aufstellung der preußische Parteitag ein entsprechendes Abkommen bei der Wahlmännerwahl nicht hatte zustande kommen lassen. Auf dieser zuletzt gefundenen Basis weiterzuarbeiten ist die logische Konsequenz des Jenaer Beschlusses, wenn dieser nicht auf ziemlich lange Zeit hinaus eine unfruchtbare Negation bedeuten soll.

Etwas verwickelter als um die Frage des Massenstreiks stand es um die Be-

schlußfassung des Parteitags in Sachen der Steuerpolitik der Sozialdemokratie. Sie erhielt dadurch eine einseitige Zuspitzung, daß über eine Resolution, die allgemeine Regeln der Steuerpolitik festlegen sollte, unter dem Gesichtspunkt eines Spezialfalls debattiert und schließlich Entscheidung getroffen wurde. Auf die Frage der Steuerarten, die für die Sozialdemokratie mit dem Wachstum ihrer Vertretung in den Gesetzgebungskörpern zunehmend an Bedeutung wächst, da sie sich immer wieder Steuervorschlägen gegenüber sieht, die sich nicht in die Schablonen *direkte* und *indirekte Steuern* einpressen lassen, ist man gar nicht eingegangen. Der interessante Versuch des Referenten, Genossen Wurm, unter Zugrundelegung der Marxschen Mehrwerttheorie einen bessern Wegweiser für die Beurteilung der Steuerarten zu liefern als die bisherigen Einteilungen sie darbieten, respektive diese mehr formalen Einteilungen zu ergänzen, war für den Parteitag in den Sand geschrieben. Aber auch über den größten Teil des Inhalts der von Wurm ausgearbeiteten Resolution ist so gut wie nichts gesagt worden. der Meinungsstreit über die Abstimmung der Reichstagsfraktion in Sachen der Deckung der Kosten der neuen Heeresvermehrung war das Leitmotiv der ganzen Debatte. Aus jeder Rede ward nur das *Ja* oder *Nein* zu dieser Entschließung herausgehört, und die namentliche Abstimmung über die Resolution Wurm war faktisch nur eine Willenskundgebung darüber, ob es den Vertretern der Sozialdemokratie in den Parlamenten erlaubt sein solle für Ausgaben, die die Partei verwirft, Steuern zu bewilligen, sobald diese Bewilligung auf die Genehmigung jener Ausgaben einflußlos ist und Besteuerung der Besitzenden statt Besteuerung der arbeitenden Volksklassen bedeutet. Ihre Annahme hieß demgemäß die Verwerfung der ihr entgegengesetzten Resolution Geyer, Luxemburg und Genossen, die die Abgeordneten zwingen wollte Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht würden, unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die Art der Steuer und ihren infolge der Ablehnung möglicherweise eintretenden Ersatz abzulehnen. Wohingegen umgekehrt die Verwerfung dieser zweiten noch keineswegs die Annahme der Resolution Wurm geheißen hätte. Der Parteitag hat daher gut daran getan diese seine grundsätzliche Abstimmung zugrunde zu legen.

So viel muß man nämlich ihren Bekämpfern zugestehen, daß sie etwas mehr besagt, als die Guttheißung des einen gerade zur Debatte stehenden Einzelfalls. Man konnte vielmehr für sie stimmen, ohne damit zuzugeben, daß in diesem besondern Fall für die Partei genügender Anlaß vorlag den Verwendungszweck der Steuer außer Betracht zu lassen. In dieser Lage befand ich mich und, wie es scheint, auch der Genosse Karl Liebknecht, der Gegner der Fraktionsabstimmung gewesen war, aber trotzdem gleichfalls für die Resolution Wurm gestimmt hat. Im übrigen aber hat die gleiche erdrückende Mehrheit des Parteitags, die für die Resolution Wurm stimmte, auch die Fraktionsabstimmung ausdrücklich gebilligt.

Dadurch aber hat sie dieser Resolution eine Bedeutung gegeben, die Wurm selbst vergebens versucht hat ihr abzustreiten. Wurm quälte sich mit heißem Bemühen ab nachzuweisen, daß seine Resolution mit den Beschlüssen früherer Parteitage über die Frage der Budgetbewilligungen im Einklang stehe. Hatte er doch speziell zu diesem Behuf den sie angehenden Beschluß des Nürn-

berger Parteitags von 1908 in seine Resolution hineingenommen. Aber es ist dem Genossen Wurm in dieser Debatte ähnlich ergangen wie dem unglückseligen Propheten Bileam, dem Sohn Peors, so da wohnte an dem Wasser im Lande der Kinder des Volks der Moabiter. Er sollte und wollte die Steuerbewilliger kritisieren (biblisch ausgedrückt: verfluchen), aber er tat das Umgekehrte, so daß geschah, wie geschrieben steht im 4. Buch Mose, 23. Kapitel, Vers 11 und 12:

»Da sprach Balak zu Bileam: »Was tust du an mir? Ich habe dich holen lassen zu fluchen meinen Feinden, du aber segnest«. Er aber antwortete und sprach: »Muß ich nicht das halten und reden, das mir der Herr in den Mund gibt?«

Balak-Geyer und die anderen Fürsten der Moabiter haben Bileam-Wurm mit ihren Vorwürfen bitter unrecht getan. Es hatte ganz offenbar nicht in seiner Absicht gelegen so zu sprechen, daß seine Rede der Fraktionsmehrheit erheblich mehr gab als der Fraktionsminderheit. Die innere Logik der Dinge führte jedoch mit unerbittlicher Notwendigkeit dazu, daß er zum Anwalt der Mehrheit wurde, s i e war der Herr, der seine Worte in Segen verwandelte.

Nach Wurm hatte nämlich die Fraktion für die Besitzsteuer in der Form des Kompromisses der Mittelparteien stimmen sollen, weil dies nach seiner Ansicht nötig war, um zu verhindern, daß das Zentrum die Möglichkeit erhielt durch Abkommandierungen diese Steuer zu Fall zu bringen und dann schlechtere Steuern von der Regierung zu erzwingen. Ich halte es für nicht sehr wahrscheinlich, daß das Zentrum dieses Manöver gemacht hätte, dazu war in jenem Stadium der Beratung die Situation nicht mehr angetan. Aber das ist eine Tatsächlichkeitsfrage, die den Grundsatz, um den es sich dabei handelt, unberührt läßt. Um jener Möglichkeit und ihrer etwaigen politischen Konsequenzen willen sollte nach Wurm die Fraktion Steuern für eine Erhöhung der Heeresausgaben um Hunderte von Millionen bewilligen. Wenn das aber richtig ist, wie kann es dann verwerflich sein Budgets zu bewilligen, die der Ausdruck von Beschlüssen sind, die mehr oder weniger auf der Linie der Forderungen der Sozialdemokratie liegen? Das nämlich besagte die Nürnberger Resolution von 1908. Nach ihr war es den sozialdemokratischen Parlamentsmitgliedern sogar verboten Budgets zu bewilligen, die nur Neuerungen enthalten, für die im einzelnen die Sozialdemokratie agitiert und ihre Vertreter gestimmt hatten. Nur wenn die Ablehnung den Fortbestand eines schlechtern Budgets bedeute, sollte eine Ausnahme zulässig sein. Verhielt es sich aber bei der Besitzsteuervorlage so? Stand es schon fest, daß ihre Ablehnung durch die sozialdemokratische Fraktion eine schlechtere Steuer zur Folge haben würde? Ganz und gar nicht, die Wirkung lag noch vollständig im Dunkeln. Es war zum Beispiel keineswegs ausgeschlossen, daß ein Manöver des Zentrums, wie Wurm es voraussetzte, da es Verrat des mit den Liberalen vereinbarten Kompromisses hieß, zu einer Verständigung dieser mit der sozialdemokratischen Fraktion geführt hätte. Nur eine ziemlich starke Möglichkeit einer Verschlechterung der Steuer und damit der parlamentarischen Situation der Sozialdemokratie lag vor, und wenn dem Genossen Wurm solche Möglichkeit schon genügte die Annahme der für Zwecke des Militarismus geforderten Besitzsteuer zu rechtfertigen, mit welcher Logik will er dann sozialdemokratischen Vertretungen den Zwang auferlegen, Budgets ohne Rücksicht auf deren Natur und die politische Situation zu verweigern? Wie will er dann vor dem Richterstuhl der Vernunft es rechtfertigen die Ausnahmen von jener Regel auf Fälle zu beschränken, wo den

betreffenden Vertretern der Arbeiterklasse das Messer schon tatsächlich an der Kehle sitzt? Es wäre die Logik von Gegnern des Alkoholismus, die verboten wollten Wein zu trinken aber dem Schnaps ihren Segen erteilten.

Nein, der Fall dieser Abstimmungsfragen war ein Schulbeispiel dafür, wie unmöglich die Aufrechterhaltung von Satzungen ist, die den sozialdemokratischen Abgeordneten es verwehren bei Vertretung der Grundsätze der Sozialdemokratie und der großen Interessen der Arbeiterklasse ihre Taktik gemäß den Anforderungen der politischen Situation und den voraussichtlichen politischen Rückwirkungen dieser Taktik einzurichten. Der Genosse Wurm mag sich wenden wie er will, seine Einsicht als Mann der praktischen Politik hat seiner Mission als Hüter eines vermeintlichen Tugendgebots den schlimmsten Streich gespielt, der ihr gespielt werden konnte: sie hat die Unvereinbarkeit jenes Gebots mit den Anforderungen kraftvollen parlamentarischen Wirkens dargetan. Und was Wurm in dieser Hinsicht ungesagt ließ, hat der Parteitag auf das unzweideutigste hinzugesetzt, indem (Karl Liebknecht, meine Wenigkeit und vielleicht noch 2 oder 3 andere Delegierte ausgenommen) die selbe große Mehrheit, die seiner Resolution zustimmte, der Reichstagsfraktion **D a n k u n d A n e r k e n n u n g** dafür aussprach, daß sie die Besitzsteuer und den Wehrbeitrag bewilligt hat.

Auf diese Weise hat der dritte Jenaer Parteitag das genaue Gegenteil dessen getan, was die Vertreter der äußersten Linken der Partei von ihm ersehnt hatten. »Ein zweites Dresden tut uns not«, so hatte ein Parteiorgan dieser Richtung es formuliert, und von seinem Standpunkt aus gewiß mit Recht. Aber zwischen Dresden und Jena III liegt eine recht beträchtliche Kluft.

Man könnte versuchen es mit dem Hinweis darauf zu bestreiten, daß die Resolution, in der sich der Geist des Dresdener Parteitags von 1903 widerspiegelt, von dem selben August Bebel eingebracht und begründet worden war, der nach seinem, vom Genossen Molkenbuhr in Jena verlesenen Brief erklärt hat, das Verhalten der jetzigen Reichstagsfraktion zu den beiden Steuervorlagen stimme mit den Überlieferungen der Partei und früher von ihr über Steuerfragen abgegebenen Erklärungen durchaus überein. Nun ist diese Behauptung gewiß insoweit unwiderleglich, als sie besagt, daß die Sozialdemokratie zu allen Zeiten bereit gewesen ist an die Stelle bestehender oder drohender indirekter Steuern direkte Steuern zu setzen, und wer der Ansicht ist, die ich freilich nicht teile, daß es sich diesmal um nichts grundsätzlich anderes gehandelt habe, der kann sich in der Tat mit Recht auf die von Bebel angerufenen früheren Vorgänge und Erklärungen berufen. Ob er sich aber auch auf die Resolution von Dresden berufen könnte, ist eine Frage, die zur entgegengesetzten Folgerung zwingt. So wird in ihr erklärt, »daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten«. Ich schenke dem Verfasser der Resolution das merkwürdige »deshalb«, möchte aber einen Preis für eine Abhandlung ausschreiben, die mit der strengen Sicherheit des Begriffs nachweist, ob hiernach und unter den Voraussetzungen der von der Fraktion über die neue Heeresvorlage abgegebenen Erklärungen die Fraktion die Mittel für die geforderte Heeresvorlage bewilligen durfte oder nicht. Für

jedes Argument, das auf ein *Ja* hinauslaufen sollte, ließe sich ein mindestens ebenso beweiskräftiges Argument erbringen, das ein kategorisches *Nein* fordert. Und daß der Geist des *Ganzen* der Dresdener Resolution, deren Schlußsatz unter anderm von der Fraktion verlangte, daß sie den »Kampf gegen Militarismus und Marinismus« »noch energischer führe als bisher«, daß dieser Geist ein *Nein* forderte, kann denen, die sich nach Dresden zurücksehnen, ruhig zugegeben werden.

Die Sache ist nur, daß dieser Geist auch dem damaligen faktischen Wirken der Partei widersprach. In dem Artikel, worin ich 1903 an dieser Stelle die Dresdener Resolution besprach, ist das von mir mit aller Schärfe hervorgehoben und dargetan worden, »daß sie zum größten Teil unnötig, im übrigen aber unmöglich, das heißt mit der wirklichen Tätigkeit der Partei im Widerspruch, und schließlich auch noch recht unpolitisch sei«. Die Praxis der Partei, führte ich aus, werde den schlagenden Beweis liefern, daß die Resolution nicht wörtlich zu nehmen sei, ihre Urheber würden, »soweit sie Praktiker sind, schon recht bald selbst daran gehen ... sie durch die Tat zu revidieren«. ¹⁾ Das ging selbstverständlich auf unsern Bebel, von dem man, ohne seiner Größe etwas zu nehmen, sagen kann, daß auch in seiner Brust zwei Seelen wohnten, eine doktrinäre und eine politische Seele; und daß, wenn die erste manchmal auf Kongressen sich über Gebühr vordrängte, in der praktischen Aktion bei ihm gewöhnlich die zweite den Sieg davontrug. Daß der Politiker Bebel stärker war als der Doktrinär Bebel, hat ihn und die Partei, an deren Spitze er stand, von Sieg zu Sieg geführt. Durch die Praxis der Partei ist Dresden längst wieder gutgemacht. Das Verdienst von Jena III ist das Siegel darauf gedrückt zu haben.

XX
WOLFGANG HEINE · ZUM 18. OKTOBER 1913



CH habe noch die Zeit gekannt, da der Tag der Leipziger Schlacht das vaterländische Volksfest war, an dem die Bergfeuer auf den Höhen aufleuchteten. So lebte er als Symbol der Befreiung in den Herzen des Volkes, bis die Ereignisse von 1870 die Erinnerung verwischten. Jetzt lenkt die Wiederkehr der Jahreszahl die Gedanken wieder zurück auf das viertägige Ringen, diese umgekehrte katalanische Schlacht, in der der Osten den Westen zurückgeschlagen hat.

Offizielle Feiern um ein riesenhaft geschmackloses Denkmal herum, fürstliches Gepränge und Massenvorbeimärsche, Absperrungen und Aufgebote von Polizei und Militär, Riesenchor und Jubelhymnen, nicht am wenigsten aber Zehntausende von Hektolitern vertilgten Bieres, kurz alles, was im neuen Deutschen Reich dazu gehört, werden Zeugnis dafür ablegen, wie man heute ein wahres Volksfest zu feiern, einen so tiefen Tag zu würdigen — nicht versteht. Jede Feier, die nur dem Vergangenen gälte, wäre unnützes, leeres Tun. Jede ist Verderbnis, bei der die Gegenwart sich in der gemütlichen Selbstzufriedenheit spreizt, wie herrlich weit sie es gebracht habe; Pflicht aber ist es der Vergangenheit zu gedenken, wenn sie uns zum Stachel und Sporn wird, der uns einer großen, starken Zukunft entgegenreibt. Wir Sozialdemokraten, die wir die Zukunft unseres Volkes, ja der

¹⁾ Siehe meinen Artikel 1878 und 1903 in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1903, 2. Band, pag. 748.

Menschheit bedeuten wollen, können bei den Festen der anderen diese Toten ihre Toten begraben lassen. Aber auch wir, gerade wir, können und wollen am Tag von Leipzig uns erinnern, daß alles, was das deutsche Volk angeht, auch unsere eigene Sache ist. Wir wissen, daß die Flammen der Bergfeuer, die unsere Väter und Großväter an diesem Festtag entzündeten, und die ihnen noch Ausdruck der Sehnsucht nach Freiheit und Größe des deutschen Volkes waren, jetzt in u n s e r e n Herzen glühen und hier die Fackeln sind, die dem Deutschen das Land der Zukunft weisen.

Es ist unmöglich von der Leipziger Schlacht zu reden, ohne zuerst des großen Geschlagenen zu denken. Als vor Leipzig die Kanonen donnerten und Ströme Blutes flossen, schrieb Goethe ahnungsvoll die Verse:

»Der Mensch erfährt, er sei auch, wer er mag,
Ein letztes Glück und einen letzten Tag.«

So erschien dem größten Deutschen dies Ringen der Völker vornehmlich als die Tragödie des andern Größten seiner Zeit. Das ist gewiß nicht alles, was dazu gesagt werden muß, aber vergessen dürfen auch wir nicht, daß in manchen großen Momenten der Geschichte die Kräfte und Spannungen der Zeit sich in ungeheuren Persönlichkeiten entladen, deren Wirken, so sehr es zeitgeschichtlich bedingt sein mag, die Größe einer außerweltlichen Macht anzunehmen scheint. Unrecht und Tyrannei, Blut und Leiden, die im Gefolge eines solchen Gewaltigen einherschreiten, sind nur die Begleiterscheinungen dieser elementaren Katastrophen und sind unpersönlich hinzunehmen wie Donner und Blitz. Entweihen wir nicht die Größe einer weltgeschichtlichen Erscheinung durch historisch unbestreitbare Erinnerungen daran, daß dieser Koloß von oben her Dinge getan hat, die, von unten her gesehen, unmenschlich erscheinen.

Wenn wir die Größe des endlich Besiegten anerkennen, verkleinern wir wahrlich nicht den Sieger. Der größte Heeresorganisator und Führer erlag dem gesammelten und heldenhaft hochgereckten Geist eines Volkes, dem lodernden Haß, den er in den Herzen der Getretenen und Ausgesogenen entzündet hatte, der Kühnheit und Treue von Führern, die ihre Pflicht gegen das Vaterland höher stellten als den Gehorsam gegen ihre *allerhöchsten Kriegsherren*. Und es war nötig, daß der Riese fiel, ein Glück für den deutschen, ja für den europäischen Geist.

Zwar verstand Napoléon, der den *Werther* in seiner Feldbibliothek hatte und Goethe nach Paris entführen wollte, sicherlich mehr vom Erhabensten deutschen Geistes als die deutschen Dynasten, zwar wäre eine Reihe der wichtigsten Fortschritte, die aus dem absolutistischen in den bürgerlichen Staat geführt haben, ohne die Franzosenherrschaft unmöglich gewesen, und doch stand damals die unabhängige Existenz deutschen Wesens auf dem Spiel. Eine dauernde Fremdherrschaft hätte auch den deutschen Geist wieder französiert und damit aus der europäischen Kultur einen eigenartigen, kraftvollen Faktor ausgeschaltet. So gewiß es ist, daß gerade der deutsche Geist eine seiner Stärken in der Fähigkeit besitzt fremde Kulturelemente in sich aufzunehmen und zu verarbeiten, und daß wir allmählich in einen westeuropäischen Geist hineinwachsen, so nötig war für diese Entwicklung ein Jahrhundert selbständigen Heranwachsens der Nation, um erst die Kräfte zu schaffen, aus denen im freien Austausch ein höheres gemeinsames Kultur-

gefühl erzeugt werden muß. Absolut verderblich wäre dafür ein französisches Präfektensystem und das Übergewicht der Weltkapitale Paris geworden. Die deutsche Sozialdemokratie, die den fortgeschrittensten deutschen und den neuen europäischen Geist vertritt, schuldet auch ihre Existenz den Tagen von Leipzig, die unser Volk vor dem Versinken in der Fremdherrschaft gerettet haben.

Um so dringender jedoch ergeht an uns das Gebot uns der andern Zwingherrschaft zu entledigen, die heute, 100 Jahre nach Leipzig, auf uns lastet, die, undeutsch in ihrem innersten Kern, den deutschen Geist verfälscht und in Bande schlägt, und die wahrhaftig nicht in der gigantischen Gestalt eines Helden verkörpert vor uns steht. Die selben Mächte, die vor 100 Jahren der herrlichen Erhebung gegen die Fremdherrschaft verständnislos und mißtrauisch gegenüberstanden, die nachher die Ideen, die zum Sieg geführt hatten, beschimpft und verfemt haben, sind die Unterdrücker von heute. Die heilige Allianz der Herrschenden, die schon einmal so namenloses Unheil über Deutschland gebracht hat, ist wieder auferstanden. Frecher Hohn der Bevorrechteten wagt es die Ungerechtigkeit der Klassenwahlrechte als unantastbar hinzustellen und dem Volk jede Möglichkeit politischer Reformen zu versperren. Der Geist der Karlsbader Beschlüsse und der Demagogenverfolgungen geht um. Wer freie, neue Gedanken auszusprechen wagt, ist ein *Verführer*, jeder Vertreter demokratischer Ziele ein *Vaterlandsteind*, dem man die Ehre abspricht. Die Jugend soll in die Hürde abgestandener Weisheit und serviler Unterwürfigkeit hinein geleithammelt werden. Die Bureaukratie feiert Orgien der Bevormundung und Unterdrückung. Das erbärmlichste, selbstzufriedenste Philistertum schwingt die Bierkrüge und beauscht sich an Drohworten gegen andere Nationen und ihre eigenen Volksgenossen, denen Freiheit nicht ein hohles Wort ist. Mögen alle diese sich am 18. Oktober beim Völkerschlachtdenkmal verbrüdern und einander erzählen, daß sie die Nachfolger der Helden der Freiheitskriege wären. Wir wissen, daß deren Geist bei uns ist.

Erinnern wir uns des Gedichts, worin Ludwig Uhland, schon 2 Jahre nach dem glorreichen Sieg, am 18. Oktober 1816, den Geist eines der Gefallenen zu den Fürsten und Fürstenräten »mit trübem Stern auf kalter Brust« herabsteigen und ernste Mahnung sprechen läßt. Er weiß, daß seine Worte vergeblich sind:

»Ihr aber hört nicht, was ich sage,
Ihr glaubt an Geisterstimmen nicht.«

Und so wendet er sich ab mit den Worten:

»Untröstlich ist's noch allerwärts,
Doch sah ich manches Auge flammen
Und klopfen hört ich manches Herz.«

So empfinden auch heut weite Kreise im deutschen Bürgertum. Manches Auge flammt und manches Herz klopft bei der Schmach, die dem deutschen Volk 100 Jahre nach der Vertreibung der fremden Tyrannen durch heimische Unterdrücker zugefügt wird. Aber bei den meisten äußert sich der Widerwille in der Flucht aus dem politischen Kampf. Sie verlieren sich in die Gleichgültigkeit des Erwerbslebens, und die Besten verspinnen sich in romantische, dem Leben abgewandte Ideale, reine Kunst, hohen Lebensstil, nationalistische Schwärmereien verschiedenster Art und anderes. Überall

ist die Wurzel die selbe: der Ekel vor dem Geist der Ungerechtigkeit, Unfreiheit, Heuchelei, der sich bei uns breit macht. Aber Ekel ist ein schlechter Berater; er führt nicht zur Tat und nicht aus dem Elend heraus. Der deutsche Geist braucht einen Marschall Vorwärts, der keine Ruhe kennt.

Die Sozialdemokratie ist dieser Führer, und ihr folgt die deutsche Arbeiterklasse, ein Heer schon von Millionen, geeint im Haß des alten und immer neuen Unrechts und in der starken, tiefen Vaterlandsliebe, die es als Pflicht empfindet nicht zu ruhen, bis die Freiheit unseres Volkes durch eine innere, eine geistige Leipziger Schlacht erkämpft ist. Wenn auch die deutsche Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe erkannt hat diese Schlacht zu schlagen und in sich die Kraft dazu weiß, so geht doch dieser Kampf über die Grenzen des Klassenkampfes hinaus. Es ist ein Ringen um die Würde und Herrschaft des Geistes überhaupt, ein Kampf der Humanität gegen die Barbarei. Uns darin beizustehen rufen wir auch die deutschen Bürger auf, die noch ernstlich und ehrlich den Geist der Kämpfer von 1813 bewahrt haben. Auf zur neuen Völkerschlacht!

XX>

ERNST HEILMANN · PARTEIJUSTIZ



IR haben das frohe Händeklatschen und Bravorufen also auch in Jena wieder gehört, als es glücklich gelungen war einem Genossen die Parteihhre abzusprechen. Noch klang uns vom vorjährigen Parteitag her der Jubel in den Ohren, mit dem eine siegreiche Mehrheit über den Ausschluß Gerhard Hildebrands triumphierte. Es muß doch etwas Herrliches um das Gefühl sein, das mir leider versagt ist: einen vermeintlichen Ketzler oder Parteischädiger hinauswerfen zu können. Kein Zischen und kein Ruherufen vermochte in Chemnitz oder in Jena die stolze Freude darüber zu dämpfen, daß auf die strengste der zur Verfügung stehenden Strafen erkannt worden war. Von der Ciceronianischen Forderung an die Demokratie, daß Ruf und Ansehen nur die Verteidigung und nicht das Anklagen von Mitbürgern verleihen solle, sind jedenfalls die deutschen Parteitagsdelegierten weit entfernt gewesen.

Die von der Parteitagmehrheit so begeistert aufgenommenen Urteilssprüche sind nachweisbar schlimme Fehlurteile gewesen. Das ganze Strafverfahren der Partei, das mit der Verurteilung auf Rüge, Ausschließung von Vertrauensämtern oder Ausschluß aus der Partei endigen kann, hat in den letzten beiden Jahren in vielen allgemein oder wenig bekannten Fällen die unerläßlichen Garantien der Gerechtigkeit vermissen lassen.

Zuerst wurde Gerhard Hildebrand das Opfer eines nicht genügend entwickelten Rechtssinnes. Sein Buch *Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus*, das dem Verfahren zugrunde lag, wurde in keiner der 4 Instanzen in vollem Umfang verlesen. Bezirksvorstand, Schiedsgericht, Beschwerdekommision und Parteitagspennum hatten nur eine sehr ungenaue Vorstellung von seinem Inhalt und Zweck. Das grundlegende erste Urteil des Schiedsgerichts verfügte den Ausschluß ohne jede Begründung. Man hatte sich die Mühe gespart die angeblich parteiverräterischen Auslassungen oder Handlungen im einzelnen anzuführen und sich wörtlich mit folgenden Redensarten begnügt:

»Die Verhandlungen, ganz besonders die Darlegungen des Genossen Hildebrand vor dem Schiedsgericht selbst, haben ergeben, daß Hildebrand die sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Fragen betrachtet wissen will und lediglich den demokratischen Teil des Parteiprogramms als verbindlich für sich anerkennt. Das tritt auch an verschiedenen Stellen seines Buches *Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus* klar zutage. Genosse Hildebrand hat damit nicht nur gegen die Grundsätze des Parteiprogramms verstoßen, er hat den Boden des Parteiprogramms überhaupt verlassen. Deshalb mußte auf seinen Ausschluß erkannt werden.«

Ohne jede nähere Motivierung wird in irgendeiner Anschauung über wünschenswerte Neuformungen des Parteiprogramms ein Verstoß gegen das geltende Parteiprogramm erblickt. Das ist offenbar reine Willkür. Man nehme den Fall, es propagiere ein einzelner oder eine Gruppe die Streichung des Absatzes 10 des Parteiprogramms, der vom Gegenwartsstaat direkte Steuern fordert, weil sie der Auffassung sind, daß direkte und indirekte Steuern aus dem vom Arbeiter erschafften Mehrwert gedeckt werden müßten; oder es trete jemand für die Abschaffung des Absatzes 6 des Parteiprogramms ein, der die Erklärung der Religion zur Privatsache fordert. Begeht man mit diesen Anträgen auf Abänderung des Parteiprogramms einen Verstoß gegen die Grundsätze? Ein Verstoß kann offenbar nur eine **H a n d l u n g** sein, ein **t a t s ä c h l i c h e s** Zuwiderhandeln gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, niemals aber eine bloße abweichende **M e i n u n g**, niemals die bloße Vertretung von Wünschen auf Revision unserer Anschauungen. Obendrein verlangt das Parteistatut als Voraussetzung für den Ausschluß einen **g r o b e n** Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, und das Schiedsgericht hat sich nicht einmal so weit angestrengt, daß es einen solchen auch nur **b e h a u p t e t** hätte.

Dieser Ungerechtigkeit des Schiedsgerichts wurden durch die Beschwerdekommision neue Verfahrensmängel hinzugefügt. Die Vorschlagsliste für deren Wahl wurde im letzten Augenblick dahin abgeändert, daß an Stelle zweier anderer Genossen zwei besonders heftige Ankläger Hildebrands, nämlich die Genossen Dr. Süßheim (Nürnberg) und Limbertz (Essen) hinzugezogen wurden. Es ist unbestritten, daß diese Genossen und ihre Freunde lediglich im Hinblick auf die bevorstehende Beratung des Falles Hildebrand ihren Eintritt in die Beschwerdekommision wünschten. Das Gericht wurde also erst ausgesucht, damit es auch zu dem gewünschten Resultat käme. Auf dem Parteitag selber wurden alle diese Mängel im Verfahren durch einen ungeheuerlichen Kunstgriff der Geschäftsführung überboten. Nachdem der erste Verteidiger Hildebrands, Wolfgang Heine, gegen den Ausschluß plädiert hatte, stellte Dr. Laufenberg (Hamburg) seinen bekannten Vermittlungsantrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Darauf ergriff zur Geschäftsordnung das Parteivorstandsmitglied Ebert das Wort, um Schluß der Debatte zu beantragen, mit der Begründung:

»Nach dem ganzen Verlauf unserer Verhandlungen und nach der Aufnahme, die der Vorschlag Laufenbergs soeben gefunden hat, ist das der geeignetste Weg, um die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen.«

Gottschalk (Königsberg) bekämpfte den Schlußantrag, weil ihm der Antrag Laufenberg ganz überraschend gekommen sei. Das Parteiprotokoll fährt fort:

»Nach nochmaliger Verlesung des Antrags Laufenberg durch den Vorsitzenden Haase wird mit großer Mehrheit die Debatte geschlossen.«

Aus der Begründung des Schlußantrages und der Art, wie der Parteitags-

vorsitzende die Abstimmung darüber einleitete, ergab sich notwendigerweise die allgemeine Auffassung, daß der Antrag Laufenberg zur Abstimmung gestellt werden sollte. Tatsächlich wurde aber über den Antrag der Kommission auf Ausschluß abgestimmt, ohne daß eine weitere Erörterung oder eine Stellungnahme des Parteitags zum Antrag Laufenberg möglich gewesen wäre. Bei der Annahme des Schlußantrags war also der Parteitag irreführt worden, der Debattenschluß war unter falschen Voraussetzungen erfolgt, und demnach das Endurteil in vollem Umfang hinfällig.

Ebenso mangelhaft wie in der Form des Verfahrens war das Urteil nach seiner sachlichen Begründung. Die Ausschlußbestimmungen im § 23 des Parteistatuts kennen 3 Ausschlußgründe: ehrlose Handlung, beharrliches Zuwiderhandeln gegen Parteibeschlüsse und groben Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms. Wegen irgendeiner Handlung, die nicht in diese 3 Rubriken fällt, darf nun und nimmermehr ein Parteigenosse ausgeschlossen werden, solange dieses Statut gilt. Trotzdem hat man ganz willkürlich einen 4. Ausschließungsgrund für den Fall Hildebrand erfunden, nämlich die allzuweite Entfernung von den Grundanschauungen der Partei. Aller Protest gegen diese Willkürlichkeit blieb umsonst. Aus dem *radikalen* Lager erhob einzig und allein Franz Mehring seine Stimme gegen eine solche Willkür und Engherzigkeit. Die ganze übrige *radikale* Gruppe und Presse betete gedankenlos nach, die Partei müsse das Recht haben ihre Anhängerschaft zu umgrenzen, das Verfahren gegen Hildebrand sei durchaus kein Strafverfahren, ziele auf keine Ehrenminderung hin sondern sei lediglich organisatorischer Art. Die Partei ist umgrenzt durch die Forderung an jedes Parteimitglied sich zu den Grundsätzen der Partei zu bekennen und der Parteiorganisation anzugehören; drängt sich jemand der Partei auf, obwohl er ihren Grundsätzen nicht anhängt, nur um zu stören und zu intrigieren, so handelt er ehrlos und verfällt deshalb dem Ausschluß. Solange man aber einem Parteigenossen glauben muß, daß er sich ehrlich für ein Parteimitglied hält, so lange kann der Ausschluß wegen abweichender Meinungen nicht über ihn verhängt werden. Nach geltendem Recht und richtigem Recht der Partei; denn sonst gäbe es keine Grenze mehr für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, sonst könnte der Ausschluß schließlich nach russischem Muster wegen geringfügiger Anschauungsunterschiede erfolgen.

Die Ausrede, daß es sich nur um eine Organisationsfrage handle, hat sich inzwischen im Fall Radek wenigstens an dem linken Flügel der Linken bitter gerächt. An Radek ist wie an Hildebrand ein offenes Justizverbrechen verübt worden; fraglich ist nur noch, inwieweit es zur Vollendung gelangt ist. Karl Radek war seit dem Jahr 1908 deutsches Parteimitglied. Es ist jetzt unbestritten anerkannt, daß er 47 Wochenbeiträge in der deutschen Partei bezahlt hat. Er ist dann durch Säumigkeit in der Beitragszahlung aus der Partei wieder ausgeschieden und ihr erst im Herbst 1912 in Bremen wieder beigetreten, nachdem der Vorstand eines andern Wahlvereins seine Wiederaufnahme abgelehnt hatte. Über diese Tatsachen ist kein Streit. Damit wird aber alles, was über die Wirkung polnischer Schiedsgerichtsurteile gesagt oder beschlossen worden ist, auf den Fall Radek unanwendbar. Der Jenaer Parteitag hat folgenden Antrag der Beschwerdekommision mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben:

»Personen, die aus einer dem internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben.«

Auch die wörtlich so formulierte Frage des Parteivorsitzenden Ebert, ob dieser Beschluß auf Radek rückwirkende Kraft haben soll, ist bejaht worden. Aber der Beschluß trifft den Fall Radek überhaupt nicht, weil Radek längst deutsche Mitgliedschaftsrechte erworben hatte, als er von der Bruderpartei ausgeschlossen wurde. Sollte er das, so hätte er etwa folgendermaßen lauten müssen:

Ausländer, die der deutschen Partei angehören oder angehört haben, müssen, wenn sie von der sozialistischen Partei ihres Heimatlandes wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen werden, auch aus der deutschen Partei ausgeschlossen werden.

Nur ein solcher Beschluß könnte Radek wirklich aus der deutschen Sozialdemokratie entfernen, wenn man die selbständige Untersuchung und das eigene Urteil nicht mag. Sonst aber ist Radek gegen die Folgen eines polnischen Ausschlußurteils dadurch gesichert, daß er schon vor dem Urteil, ja vor Einleitung des Verfahrens deutsches Parteimitglied gewesen ist. Der Fall Radek liegt etwa so, wie wenn die deutsche Sozialdemokratie den Genossen Beer in London oder Thomaser in New York jetzt ausschließen und von der englischen oder amerikanischen Sozialdemokratie verlangen würde dieses Urteil ohne Nachprüfung anzuerkennen. Um es auf die juristische Formel zu bringen: Mit dem Augenblick von Radeks erstem Eintritt in die deutsche Partei hörte das polnische Schiedsgericht auf für ihn zuständig zu sein. Hatte die polnische Sozialdemokratie Beschwerden gegen ihn, so mußte sie sich an die deutsche Sozialdemokratie wenden und dieser die Untersuchung des Falles übertragen. Der polnische Parteivorstand konnte gegen das deutsche Parteimitglied Radek als Kläger, aber nicht als Richter auftreten.

Der Parteivorstand hat in den Jenaer Debatten über Radek großen Wert darauf gelegt, daß dessen Angabe, er sei nicht 47 sondern 78 Wochen organisiert gewesen, darunter 31 Wochen in Berlin VI, falsch gewesen ist. Es machte starken Eindruck, als das Parteivorstandsmitglied Müller in Jena erklärte, Radeks Behauptung in Berlin 3 Mark Parteibeiträge gezahlt zu haben und ihre allmähliche schrittweise Zurücknahme, das sei der ganze Radek. Aber der Parteivorstand war sich ursprünglich ganz klar darüber, daß das polnische Urteil gegen Radek nur dann ohne weiteres als Ausschlußgrund in Deutschland geltend gemacht werden konnte, wenn Radek überhaupt nicht vorher deutsches Parteimitglied gewesen war. Darum bemühte sich Genosse Ebert auf dem Chemnitzer Parteitag angelegentlich um den Nachweis, daß Radek n i e m a l s deutsches Parteimitglied gewesen sei. Auf den Seiten 282 und 283 des Chemnitzer Parteitagsprotokolls kann man nachlesen, auf wie leichtfertige Informationen der Parteivorstand seine Angaben stützte, und wie hilflos er sie zurücknehmen mußte. Soll man nun ebenso fragen, ob diese Oberflächlichkeit der ganze Parteivorstand ist? Solche Gehässigkeiten tragen nicht das mindeste dazu bei eine Rechtsfrage zu klären. In dem Augenblick, in dem erwiesen war, daß Radek deutsches Parteimitglied geworden war, ehe man ihn in Polen ausschloß oder auch nur prozessierte, war sein Anspruch auf den Schutz des deutschen Parteirechts ein wohl erworbenes Recht geworden.

Aber angenommen, Radek hätte sich im Herbst 1912 in Bremen zum ersten mal in die deutsche Partei aufnehmen lassen wollen, wie wäre dann zu verfahren gewesen? Das Organisationsstatut der Partei bestimmt nichts darüber, wie man Mitglied einer Parteiorganisation werden kann. Die Auffassung, daß infolgedessen unbedingt jeder aufgenommen werden muß, zum Beispiel auch wer nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, ist augenscheinlich irrig. Das Prüfungsrecht hat der Vorstand der Organisation, in der Regel des Kreiswahlvereins, ein Berufungsrecht steht dem abgewiesenen Nichtparteimitglied nicht zu. Radek wurde in Bremen aufgenommen; Kreisvorstand und Kreisgeneralversammlung haben seine Aufnahme bestätigt, aber 15 Genossen erhoben dagegen Einspruch beim Parteivorstand. Von einem solchen Einspruchsrecht war bisher noch nie die Rede. Die Beschwerdekommission des Chemnitzer Parteitags verneinte die Möglichkeit eines solchen Protestes, schlug aber vor die Sache dem Parteivorstand zu überweisen, »da ohnehin die Frage geprüft werden muß, ob ein von einer ausländischen Organisation ausgeschlossener Genosse ohne weiteres aufgenommen werden kann, ob die Möglichkeit besteht, daß das Ausschlußverfahren selbst nachgeprüft wird, oder ob die Prüfung durch die Internationale erfolgen soll«. Auch der Parteivorstand ist offenbar der Ansicht, daß die Beschwerde der 15 Bremer Genossen rechtlich nicht zulässig war; er ist wenigstens auf diese Beschwerde mit keinem Wort mehr zurückgekommen. Entfiel diese Beschwerde, so konnte er weiterhin Erwägungen über die Aufnahme rechtmäßig ausgeschlossener ausländischer Genossen anstellen. Aber diese Erwägungen konnten Radek nicht mehr treffen, der, abgesehen von dem Einspruch der 15, bereits rechtsgültig aufgenommen war. Denn bisher war das Aufnahmerecht der einzelnen Wahlkreisorganisation in keiner Weise beschränkt. Es ist vollkommen unwahr, daß auf dem Chemnitzer Parteitag auch nur ein Wort gesprochen worden ist, das den Parteivorstand ermächtigt hätte einen Antrag mit rückwirkender Kraft vorzulegen. Die Erklärung des Genossen Ebert »Ich muß bitten, daß der Vorstand in keiner Weise festgelegt wird; er muß vielmehr völlig freie Hand behalten« ist das einzige, was überhaupt zu dieser Frage gesprochen worden ist. Sie kann unmöglich als ein Freibrief dafür ausgelegt werden sich über alle bisher anerkannten Rechtsgrundsätze hinwegzusetzen. Der Parteivorstand hat gegenüber dem Vorwurf, es sei in Jena gegen Radek ein Strafgesetz mit rückwirkender Kraft geschaffen worden, auf einen dahingehenden Auftrag verwiesen, den ihm angeblich der Chemnitzer Parteitag erteilt habe. Ein solcher Auftrag ist niemals erteilt worden. Er hat weiter den Fall Radek nicht als Rechtsfrage anerkennen wollen sondern ihn als reine Organisationsfrage hingestellt, in der nach Zweckmäßigkeitsgründen zu entscheiden wäre. Auch das ist ein Irrtum. Das Parteistatut enthält in den §§ 26 und 27 die ausdrückliche Erklärung, daß ein Parteimitglied (und das wird man durch die Aufnahme in die Parteiorganisation) »Rechte« besitzt. Nur durch ein Rechtsverfahren können diese genommen werden.

Kein Beschönigungsversuch kann also verdecken, daß es sich im Fall Radek tatsächlich um ein neues Strafgesetz mit rückwirkender Kraft handelt. Es ist eine Ungeheuerlichkeit einen solchen Beschluß zu fassen, und ich spare mir jedes Scheltwort darüber, weil das einfachste Rechtsempfinden genügen muß, um sich dagegen mit aller Leidenschaft aufzulehnen. Der Ver-

gleich mit dem Königsberger Hochverratsprozeß liegt nahe und trifft zu. Mitten in der Verhandlung gegen eine Anzahl deutscher, des Hochverrats gegen Rußland und der Zarenbeleidigung angeklagter Arbeiter stellte sich heraus, daß sie nicht verurteilt werden konnten, weil der dazu erforderliche Gegenseitigkeitsvertrag mit Rußland fehlt. Man stelle sich vor, die Reichsregierung hätte während des Prozesses rasch einen solchen Gegenseitigkeitsvertrag geschlossen oder durch einen autonomen Gesetzgebungsakt das Erfordernis der Gegenseitigkeit beseitigt und damit eine Verurteilung erzielt, dann hat man genau den Fall Radek und zugleich das Maß der Empörung, die er hervorrufen muß. Auch wer Hildebrand und Radek lieber außerhalb als innerhalb der Partei sieht, muß ihnen den Anspruch auf ein ordentliches Gericht gönnen und darf seine Entrüstung über die Standrechtsjustiz gegen sie nicht durch praktische oder taktische Rücksichten dämpfen.

Ein solches Strafgesetz mit rückwirkender Kraft konnte der durch den Ärger über Radeks Göppinger Treiben über alle Grenzen der Gerechtigkeit hinausgerissene Parteivorstand nur durch die wildeste Demagogie durchsetzen. Und so fiel denn in der Verhandlung gegen Radek vom Parteivorstandstisch das bitterböse Wort, um einen Arbeiter hätte man nicht so viel Wesens gemacht. Genosse Katzenstein wies schlagfertig am Fall des polnischen Proletariers Kasprczak nach, daß diese Redensart ganz unbegründet ist; ihn hat der deutsche Parteivorstand gegen den Willen der *Polnischen sozialistischen Partei* in seiner Parteihre geschützt, und der Heldentod Kasprczaks hat den schlüssigsten Beweis dafür erbracht, daß so der Gerechtigkeit am besten gedient war. Auf dem Münchener Parteitag hat der Parteivorstand durch den Mund des Genossen Pfannkuch sich ausdrücklich das Recht der Nachprüfung polnisch-russischer Ausschlußurteile gewahrt, bei dem Literaten Radek hat er darauf verzichtet. Und das auf dem selben Parteitag, auf dem Scheidemann mit starken Worten die Beamtenhetze zurückgewiesen hat. Woher soll die moralische Durchschlagskraft einer solchen Zurechtweisung kommen, wenn es Literatenhetzer sind, die gegen die Beamtenhetzer wüten?

Radek ist als Opfer einer wüsten Stimmungsmache gefallen. Nicht weil man nach dem polnischen Urteil die Entwendung von 300 Rubel Gewerkschaftsgeld für erwiesen hielt, wollte man ihn ausschließen, sondern weil er als literarischer Bohémien und dreister Angreifer des Parteivorstands in Sachen Göppingen eine Unmenge Erbitterung gegen sich angehäuft hatte. Man wollte dem Mann kein ehrliches Gericht gönnen, dessen Namen Bebel wegen seiner moralischen Minderwertigkeit nicht in den Mund nehmen wollte. Wir haben als erste in der Parteipresse den Göppinger Skandal gebrandmarkt und vom Parteivorstand rücksichtsloses Durchgreifen verlangt; aber die übermäßige Rachsucht muß uns fernbleiben. Wonnestrahlend erzählte in Jena einer dem andern, Radek hätte auch neuerdings seinem Freund Dr. T. einen Überzieher gestohlen; niemand stieß sich daran, daß dieses Vergehen ihm nur von einem ganz unkontrollierbaren Gerücht zugeschrieben wurde, daß es jedenfalls jetzt gar nicht zur Entscheidung stand: es fiel zentnerschwer in die Stimmungswage. Man wollte an dem Literaten, der nimmt und nicht zahlt, einmal ein proletarisches Klassenexempel statuieren, und die Parteileitung, statt mit aller Kraft auf Besonnenheit und Ge-

rechtigkeit zu drängen, machte sich zum Stimmrohr des *An die Laterne!*-Geschreis.

Und dabei hat die ganze Demagogie schließlich nur erreicht, daß eine beschämende Unklarheit geschaffen wurde. Nachdem man mit Hurra und Hussa die Frage nach der rückwirkenden Kraft eines den Fall Radek gar nicht betreffenden Antrags auf diesen Fall bejaht hatte, war man im selben Augenblick ernüchtert und nahm folgenden von Dr. Liebknecht und 20 Genossen als Abänderungsantrag zu 45 eingebrachten Antrag 115 in seinen beiden Teilen und in einer Schlußabstimmung an:

»1. Den Antrag 45 dem internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel zur Erwägung und zur eventuellen Herbeiführung einer allgemeinen Regelung der Frage zu überweisen, ob und in welchem Umfang der Ausschluß aus einer dem internationalen Bureau angeschlossenen Partei bindende Kraft für die übrigen angeschlossenen Parteien besitzt.

2. Für den Fall der Ablehnung des Antrags zu 1: im Antrag 45 hinter »zum Ausschluß führen« einzufügen »und unter Rechtsgarantien, die den in der deutschen Partei vorhandenen gleichwertig sind.«

Selbstverständlich ist dabei die Verhandlungsleitung einem geschickten Bluff des Antragstellers zum Opfer gefallen; denn der Antrag 115 Absatz 1 konnte nach Annahme des Ausschlußantrags in der vorliegenden Fassung unmöglich zur Abstimmung gebracht werden, und der Antrag 115 Absatz 2 ist ausdrücklich als Eventualantrag für den Fall der Ablehnung des Antrags 115 Absatz 1 gestellt. Ebert merkte seinen Irrtum, den einzigen, der ihm in seiner Verhandlungsleitung unterlaufen ist, zu spät. Er versuchte durch eine Erklärung, der er rasch anfügte, der Parteitag sei damit einverstanden, die Annahme der Anträge Liebknecht wieder illusorisch zu machen und auf den frühern Beschluß zurückzugreifen. Auch in einer neuern Erklärung praktiziert der Parteivorstand diese Methode. Aber wer nur die Augen aufmacht und den angenommenen Antrag 115 liest, wer nur ein ganz klein wenig Sinn für die Bedeutung von Abstimmungen hat, wird zugeben müssen, daß nach Annahme dieses Antrags Radeks formloser Ausschluß wegen der fehlenden Rechtsgarantien im polnischen Ausschlußverfahren abgelehnt ist. Als Mitantragsteller kann ich mit aller Bestimmtheit sagen, daß dies die Absicht des Antrags Liebknecht war. Sollte aber selbst jemand den Standpunkt des Parteivorstands teilen, so wird er bei dem starken Widerspruch gegen diese Auslegung des Parteitagsurteils, nach unbestrittenem Rechtssatz, die dem Angeklagten günstigere Auslegung annehmen müssen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Bremer Parteiorganisation erklären wird, sie fasse den Parteitagsbeschluß so auf, daß Radek Parteimitglied bleibe. Dann ist der Fall Radek, der durch ein ehrliches Gericht so leicht zu erledigen war, um ein ganz Beträchtliches kompliziert worden und wird uns auf dem nächsten Parteitag, zu unser aller Freude, zum dritten Mal ausgiebig beschäftigen. Der selbe Abstimmungstrick, mit dem im Fall Hildebrand der Antrag Laufenberg beseitigt wurde, sollte im Fall Radek den Antrag Liebknecht aus der Welt schaffen. Aber diesmal hat die unzulässige Voranstellung des Kommissionsantrags bei der Abstimmung nicht die gleiche Wirkung erzielt.

Das Gelegenheitsgesetz gegen Radek wird sich übrigens in kürzester Zeit als undurchführbar erweisen. Das zeigt etwa folgender Fall: Der Jenaer Parteitag hat den Gemeinschaftsvertrag mit der *Polnischen sozialistischen*

Partei aufgehoben und deren bisherige Mitglieder aufgefordert in die deutsche Parteiorganisation überzutreten. Der polnische Genosse, der dieser Weisung folgt, später nach Galizien verzieht und sich dort organisiert, kann jeden Tag als Verräter an der polnischen Nation wegen ehrloser Handlung ausgeschlossen werden. Die Partei, die diesen Ausschluß verfügt, ist dem internationalen sozialistischen Bureau angeschlossen. Nach dem Beschluß zum Fall Radek kann also die deutsche Sozialdemokratie den Mann, der nur getan hat, was sie wollte, nicht wieder in die Parteiorganisation einreihen. Einen so lächerlichen Unsinn wird sich die Partei nicht bieten lassen, und deshalb wird die lex Radek, ein leichthin erlassenes Gelegenheitsgesetz, zugleich das reinste Ausnahmegesetz bleiben: seine Wirksamkeit beschränkt sich auf einen Fall und eine Person (ohne sie zu treffen).

Für das Parteiganze aber ist es gut, daß es so gekommen ist. Denn die leichtfertige Verurteilung Radeks hat endlich das schlafende Rechtsbewußtsein der Parteigenossenschaft erweckt und sie gelehrt, daß es mit der oberflächlichen Aburteilung und dem leichtherzigen Hinauswurf nicht so weiter gehen kann. Über 2 Dutzend Parteiblätter aller Richtungen haben sich zum Teil mit den schärfsten Worten gegen die Herrschaft der Ungerechtigkeit in der Partei aufgelehnt. (Man lese etwa die bis zur Hysterie gesteigerten Schreie des *Gothaischen Volksblatts* vom 24. September 1913.) Diese Rebellion des Rechtsempfindens wird hoffentlich für die Zukunft ähnliche Fehlurteile unmöglich machen. Bisher hat sich die Parteimehrheit damit getröstet, es sei kein Unglück, wenn einem einzelnen Genossen einmal Unrecht geschehe, es handle sich meist doch um anrühige Elemente. An die großen politischen Lehren des Falls Dreyfus oder des Kampfes für Jean Calas hat man sich nicht erinnert. Man hat Beschlüsse gefaßt, die ungerechte Urteile geradezu provozierten. Ich nehme den Nürnberger Beschluß über die Abführung des Maifeiertagelohns als ein besonders prägnantes Beispiel und möchte folgenden Fall nach den Akten erzählen.

Für den Buchbinderverband liegt der Feiertag des 1. Mai höchst ungünstig, weil um diese Zeit die Geschäftsflaute im Beruf einsetzt. Die Maifeier 1906 führte zu einer großen Buchbinderaussperrung, die dem Verband sein ganzes Vermögen kostete, ihn in Schulden stürzte und seinen Mitgliedern in einer ganzen Reihe von Großstädten einen ungünstigen Tarifvertrag für 5 Jahre aufzwang. Der Parteivorstand lehnte die Bitte dieser Gewerkschaftsorganisation um ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen trotz der großen Not des Verbandes ab, weil ihm dafür irgendwelche Mittel nicht zur Verfügung stehen. Der Verbandsvorstand erließ darauf eine Erklärung, daß in Zukunft jeder Zwang zur Begehung des 1. Mai durch Arbeitsruhe oder zu irgendwelchen Maifeierfondbeiträgen zu unterbleiben habe, und daß er grundsätzlich niemals wieder ein Mitglied unterstützen werde, das wegen der Maifeier ausgesperrt oder gemaßregelt werde. Wegen dieser prinzipiellen Stellungnahme gegen die Maifeier verweigerten Mitglieder des Hauptvorstands des Buchbinderverbands, darunter ein Genosse in Neukölln, die Befolgung des Nürnberger Beschlusses. Gegen diesen Genossen wurde der Ausschlußantrag gestellt. Er berief sich auf eine 20 jährige tadellose Parteivergangenheit, auf die Nichtverfolgung zahlreicher anderer Genossen, die gleichfalls nicht gezahlt hatten, auf die vollkommen reinen und uneigen-

nützigen Motive, die seiner Weigerung zugrunde lagen, auf den Widerstreit der Pflichten zur Befolgung des Beschlusses der Partei und seiner Gewerkschaft. Umsonst, er wurde ausgeschlossen. Da einer der Schiedsrichter zur Sitzung nicht erschienen war, wurde ohne weiteres einer der Ankläger in das Schiedsgericht berufen, der Staatsanwalt in den Gerichtshof gesetzt. Vorsitzender des Schiedsgerichts wurde nach Anweisung des Parteivorstands ein führender Berliner Partei- und Gewerkschaftsgenosse, der sich unmittelbar zuvor auf dem Chemnitzer Parteitag als ein extremer Anhänger des Nürnberger Beschlusses hervorgetan hatte. Seine Stimme entschied für die Ablehnung aller mildereren Strafen, für den mitleidslosen Ausschluß. Dabei war das Strafgesetz, auf Grund dessen verurteilt wurde, der in Jena 1911 verschärfte Nürnberger Beschluß, lange vor der Urteilsfällung aufgehoben worden. Die Verurteilung erfolgte nach einem Gesetz, das es gar nicht mehr gab.

Man denke an das Schicksal der Erfurter Reservisten, und man wird begreifen, warum in Jena beim Ausschluß Radeks der Zwischenruf erscholl: »Lieber vor dem Erfurter Kriegsgericht als vor euch Angeklagter sein!« Wenn ein gehässiger Volksfeind gesagt hätte, man könne nicht wegen einiger betrunkenen Proleten in Erfurt den ganzen Apparat der Reichsgesetzgebung in Bewegung setzen, hätte das auf uns ungefähr so gewirkt wie das berüchtigte Wort aus den Zolltarifkämpfen »Der Vater wird wohl alles versoffen haben«. Wenn aber auf dem deutschen Parteitag gesagt wird, man könne die Partei doch nicht erst in große Unkosten stürzen, weil irgendein schlechtzahlender Parteigenosse Unrecht zu erleiden glaube, so fanden das wenigstens bisher Hunderte von Parteitagsdelegierten ganz zutreffend. Auch der neue Maifeierbeschluß ist krasse Willkür und Ungerechtigkeit; darüber war sich niemand unklar. Er dekretiert bei Strafe der Dienstentlassung über Beamte, die sich dagegen nicht wehren können, einen Gehaltsabzug in Höhe eines Tagesverdienstes und läßt reichere, aber nicht so abhängige Genossen frei ausgehen. Das nannte man Appell an den Idealismus. Dabei sind es gerade die betroffenen Parteigenossen, die zum 1. Mai und am 1. Mai doppelte Arbeit haben. Aus rein praktischen Rücksichten, aus Angst vor der Versammlungsdemagogie beugte sich alles dem offenbaren Unrecht.

Aber man ging weiter. Auf dem Chemnitzer Parteitag stand ein Ausschlußantrag zur Erörterung, bei dem die Kreisleitung sich geweigert hatte die angeklagten Genossen während des Ausschlußverfahrens weiter als Mitglieder anzusehen. Die Beschwerdekommision beantragte gegen diese Kreisleitung einen Tadel, zog aber furchtsam ihren Antrag rasch wieder zurück. Jetzt hat der Jenaer Parteitag den Antrag 46 des Parteivorstands angenommen, nach dem Genossen, gegen die in 1. Instanz auf Ausschluß erkannt ist, bis zur Erledigung des Verfahrens, die Monate beansprucht, sämtliche Mitgliedsrechte verlieren. Diese 1. Instanz, der Bezirksvorstand, besteht zum Beispiel in Sachsen aus 3 Personen. 2 von diesen Bezirksvorstandsmitgliedern genügen, um jeden beliebigen Parteigenossen, Abgeordneten, Redakteur, Vertrauensmann und einfaches Mitglied, auf Monate seiner Mitgliedsrechte zu berauben. Damit ist in das Parteistatut die alte preußische Gerichtsmaxime aufgenommen: den Kerl zunächst einmal in Untersuchungshaft zu stecken; ist er unschuldig, kann man ihn ja nachher immer wieder frei lassen. Allen

Ernstes ist zur Begründung dieser neuesten Ungeheuerlichkeit gesagt worden, man solle doch Vertrauen zum Bezirksvorstand haben, er werde schon immer wie bisher ganz objektiv verfahren. Bei solchen Anschauungen kann man allerdings zweifelhaft werden, ob nicht doch das polnische Ausschlußverfahren die selben Rechtsgarantien bietet wie das deutsche, nämlich gar keine.

Im Anschluß an den Fall Radek sind von allen möglichen Seiten Vorschläge gemacht worden, wie man, um mit Franz Mehring zu reden, »die moralische Existenz der Parteimitglieder innerhalb der Parteiorganisation mit denjenigen Rechtsgarantien schützen kann, an denen die bürgerliche Gesellschaft für alle ihre Glieder einschließlich der Arbeiterklasse bisher noch unverbrüchlich festgehalten hat«. Man hat empfohlen, daß der Parteitag nicht mehr wie bisher die Ausschlußanträge am letzten Tag im Ramsch erledige sondern zu ruhigerer Stunde. Man hat vorgeschlagen, daß der Parteitag sich mit besonderer Feierlichkeit umkleide, wenn er seine Aufgabe als höchstes Parteigericht in Angriff nimmt. Man hat angeregt nicht für jeden einzelnen das Gericht erst zu bilden sondern eine ständige Schiedsrichterliste aufzustellen, aus der dann nach Bezirken oder durch Los die Richter entnommen werden könnten. Man wird nicht umhin können in Zukunft statutarische Bestimmungen zu vermeiden, die zur Ungerechtigkeit geradezu anreizen müssen, wie das bei dem Beschluß über den Maifeierfond und die zeitweilige Aufhebung der Mitgliedsrechte der Fall ist. Aber die Hauptsache bleibt doch immer, daß der Sinn für Gerechtigkeit im deutschen Parteiparlament viel reger werden muß als bisher. Der Parteivorstand hat in Jena höhnisch von »Gerechtigkeitsmeiern« gesprochen. Ich glaube, daß ein Wolfgang Heine sich kein schöneres Ruhmeswort denken könnte als das, daß er zeitlebens ein Gerechtigkeitsmeier gewesen ist. Dieses Gefühl, daß im Dienst der Gerechtigkeit nie zu viel geschehen kann, sollte jeden Parteigenossen, namentlich an verantwortlicher Stelle, durchdringen. Dann werden wir auf künftigen Parteitagern so beschämend ungerechte Beschlüsse vermeiden, wie sie hier charakterisiert werden mußten, Beschlüsse, die das einzige schwarze Blatt in dem sonst reinen Buch des Jenaer Parteitags sind. Wollen wir frei werden, so müssen wir erst lernen gerecht zu sein.

XX
**ARTHUR SCHULZ · DIE SOZIALDEMOKRATISCHE
 AGRARSTUDIENKOMMISSION UND DAS LAND-
 WIRTSCHAFTLICHE BETRIEBSPROBLEM**

I

GEMÄSS dem Antrag unseres Parteivorstands ist auf dem Jenaer Parteitag die Einsetzung einer Agrarstudienkommission beschlossen und ihr die Aufgabe zugeteilt worden aus der in reichster Fülle vorhandenen Statistik und Literatur die Angaben herauszuziehen und übersichtlich zusammenzustellen, die der Partei ein Urteil über die heutigen Verhältnisse der Landwirtschaft und die in ihr wirkenden Entwicklungstendenzen ermöglichen. Die Kommission soll also im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin, die vor fast 20 Jahren auf dem Frankfurter Parteitag gewählt wurde, zunächst kein Agrarprogramm ausarbeiten sondern nur

Material sammeln und es wissenschaftlich derart bearbeiten, daß daraus die Richtlinien für ein künftiges sozialdemokratisches Agrarprogramm oder doch Grundlagen für unsere parlamentarische Tätigkeit und unsere Landagitation gewonnen werden können. Entgegen einem Antrag des ostpreußischen Agrar**marxisten** Gottschalk, der anscheinend die Anhänger des Agrar**reformismus** aus der Kommission fernzuhalten bezweckte, wurde ihre Zusammensetzung und die Anstellung besoldeter Hilfsarbeiter dem Parteivorstand gemeinsam mit dem Parteiausschuß anvertraut. Inhaltlich wertvoller als die kurze Parteitagsdiskussion hierüber ist ein eingehender Artikel, den Genosse Otto Braun, die treibende Kraft dieser Aktion des Parteivorstands, zu ihrer Erläuterung und Rechtfertigung in der *Neuen Zeit* veröffentlichte. Unumwunden wird darin zugegeben, daß unsere Partei auf agrartheoretischem und agrarpolitischem Gebiet, soweit sie noch der Führung K. Kautskys und seiner Gesinnungsgenossen folgte, Irrwege gegangen ist, die sie endlich verlassen muß, wenn sie nicht sich und ihre Sache schädigen will:

»Entgegen den oben zitierten Voraussagen unserer Vorkämpfer und den Beschlüssen unserer Kongresse hat auch die letzte Zählung wiederum ergeben, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe erheblich zugenommen hat. ... Zugenommen haben ... die Betriebe in der Größe von 5 bis 20 Hektar, das sind die eigentlichen bäuerlichen Familienbetriebe. Abgenommen haben die Betriebsgrößen von 0,5 bis 5 Hektar und die über 20 Hektar, die Großbetriebe erheblich. Dabei ist zu beachten, daß die Betriebe von 2 bis 5 Hektar an Fläche gewonnen haben, was darauf schließen läßt, daß sie sich in steigendem Maß zu selbständigen Bauernbetrieben entwickeln.«¹⁾

Das ist richtig und ehrlich. Wenn aber Genosse Braun im Anschluß hieran die »Hauptaufgabe« der Kommission darin erblickt »zu ermitteln, ob dieses Vordringen des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs auf seine technische Überlegenheit dem Großbetrieb gegenüber ... zurückzuführen ist, oder ob es vorwiegend durch agrarpolitische Maßnahmen der Regierung herbeigeführt worden ist«, so stellt sein sonst einwandfreier Artikel der Agrarstudienkommission denn doch eine »Hauptaufgabe«, deren Lösung allzu leicht ist und solchen Kraftaufwands nicht bedarf. Was von den oft gehörten Versicherungen unserer Agrar**marxisten**, die preußische Regierung hätte durch künstliche Maßnahmen, besonders durch ihre deutschnationale Ansiedlungspolitik die natürliche Entwicklung der Landwirtschaft in ihr Gegenteil verkehrt, zu halten ist, hat Genosse Dr. August Müller, der den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* als sachkundiger Agrarpolitiker bereits bekannt ist²⁾, in dem an lesenswerten sozialökonomischen Ausführungen so reichhaltigen Jahrbuch des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* gleich nach der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse der letzten Betriebszählung überzeugend dargelegt:

»In der Presse ist mir schon die Behauptung begegnet, die durch die Statistik aufgezeigte Verschiebung zwischen dem landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieb sei durch die preußische Ansiedlungspolitik in den Gebieten des Ostens bewirkt worden. Demgegenüber sei bemerkt, daß von 1886 bis 1907, also in 20 Jahren, durch die Ansiedlungskommission im ganzen 11 694 Bauernbetriebe von 2 bis 20 Hektar mit 142 619 Hektar Bodenfläche begründet worden sind. Das macht ein Viertel des Zahlengewinns und ein Achtel des Flächenzuwachses dieser Größenklasse aus. Die Verschiebungen in den Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe sind also nicht auf politische sondern auf ökonomische Ursachen zurückzuführen. Im übrigen hat eine erfolgreiche Durchführung des Ansiedlungswerks im Osten ja die

¹⁾ Siehe Braun *Die deutsche Sozialdemokratie und die Agrarfrage in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 2. Band, pag. 897 ff.

²⁾ Siehe Müller *Wann wird die Sozialdemokratie das Agrarproblem in Angriff nehmen?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 1. Band, pag. 365 ff.

Lebensfähigkeit des Kleinbetriebs zur Voraussetzung. Ohne diese könnte jene nachhaltige Wirkungen niemals erzielen.³⁾

Seitdem dies geschrieben wurde, hat das statistische Reichsamt die zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik veröffentlicht. Daraus ergibt sich die Haltlosigkeit jener agrarmarxistischen Behauptung ganz eklatant. Viel stärker als in den beiden Ansiedlungsprovinzen Posen (+ 2210) und Westpreußen (+ 2189) hat sich danach die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe seit 1895 in Hessen-Nassau (+ 3579) vermehrt. Hier und in Hannover ist auch ihre Fläche viel mehr gewachsen. Auch die mittelbäuerlichen Betriebe haben in Nichtansiedlungsprovinzen fast ebenso stark an Zahl und Fläche zugenommen wie im Bereich der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen, wie aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht:

Landesteil	Zunahme gegenüber 1895		Zunahme gegenüber 1882	
	Betriebe	landwirtschaftliche Fläche	Betriebe	landwirtschaftliche Fläche
Posen	8940	127 838	14 463	171 768
Westpreußen	8136	97 505	14 588	157 994
Hannover	8717	80 913	13 931	127 777
Pommern	6779	74 838	12 487	126 993
Ostpreußen	6357	57 753	12 578	102 179
Südbayern	4417	43 542	8 293	77 397
Schlesien	4336	43 355	12 922	107 104

Recht bemerkenswert ist, daß das klein- und mittelbäuerliche Grundeigentum seit 1895 noch viel rascher als die Betriebsfläche gestiegen ist. Die Zunahme des Eigenlands ist auch in solchen preußischen Provinzen sehr beträchtlich, in denen bis 1907 die bäuerliche Kolonisation mit staatlichen Mitteln gar nicht oder nur in ganz geringfügigem Maß gefördert worden ist, beispielsweise in Ostpreußen (+ 122 925 Hektar), Hannover (+ 128 879), Pommern (+ 95 721), Schlesien (+ 90 914). Diese merkwürdige Erscheinung läßt sich nur so erklären, daß die mittleren Bauern zahlreiche Grundstücke, die sie früher von benachbarten größeren Landwirten gepachtet hatten, im Jahrzwölft 1895 bis 1907 angekauft haben, was nur ein weiteres Symptom dafür wäre, daß sie auf Kosten der Großbetriebe wirtschaftlich erstarkt sind. Daneben zeigen die mittelbäuerlichen Betriebe aber auch noch ein beträchtliches Anwachsen ihres Pachtlands; und zwar um 214 866 Hektar im Reich seit 1895. Da die staatliche Ansiedlungspolitik fast ausschließlich reine Eigentumsbetriebe schafft, beweist auch diese Zahl, daß wirtschaftliche Bedürfnisse, nicht aber staatliche Eingriffe die Kräfte gewesen sind, die in den letzten Jahrzehnten die landwirtschaftlichen Betriebs- und Besitzverhältnisse zugunsten der bäuerlichen Familienwirtschaft umgestaltet haben. Die Agrarstudienkommission wird nach alledem gut daran tun sich bei dem Einwand unserer Agrarmarxisten, ihr Entwicklungsgesetz sei richtig, aber durch staatliches Eingreifen einstweilen außer Kraft gesetzt, nicht lange aufzuhalten.

Wenn nun auch die Vermehrung der mittelbäuerlichen Betriebe in der Tendenz unserer ökonomischen Entwicklung liegt, so stehen ihr doch in unserer Hypothekengesetzgebung, die die zu einem Gut gehörigen Grundstücke wie

³⁾ Siehe Müller *Sozialstatistik und Genossenschaftswesen im Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine*, 1911, 1. Band, pag. 86.

mit goldener Klammer zusammenschließt, sowie in der Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Umwandlung ganzer Rittergüter in bäuerliche Landgemeinden so große Hindernisse entgegen, daß die Zunahme der mittleren Bauernwirtschaften langsamer vor sich geht als es nach der Ansicht zahlreicher Land- und Volkswirte wünschenswert ist. Aus diesem Grund hat sich der preußische Staat in den letzten Jahren entschlossen die gemeinnützigen provinzialen Siedelungsgesellschaften, die nach dem Vorbild der 1909 reorganisierten *Ostpreußischen Landgesellschaft* in den meisten Ostprovinzen unter rein wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten Großgüter in Bauerndörfer umbilden, dadurch zu unterstützen, daß er sich an ihrem Geschäftsbetrieb mit Kapital beteiligt und ihnen Besiedlungsprämien (800 Mark für jede Arbeiterstelle und 600 Mark für jedes Bauerngut) zahlt. Zu diesem Zweck wurden seit 1905 alljährlich durch den Staatshaushaltsetat 2 Millionen Mark (sogenannter *Zweimillionenfonds*) und im vorigen Jahr ein einmaliger Betrag von 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig erhielt die preußische Regierung zur Kultivierung ihrer ostfriesischen Moore 12 Millionen Mark bewilligt. Auch auf diesen staatseigenen Mooren sowie auf Staatsdomänen, die die Regierung in Zukunft zahlreicher als bis 1911 zu Besiedelungszwecken herzugeben versprach, sollen bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe geschaffen werden. Bei dieser Sachlage ist unsere preußische Landtagsfraktion vor die unausweichbare Entscheidung gestellt, ob eine derartige Verwendung von Staatsländereien zu billigen ist, und ob sie weitere mit Bestimmtheit zu erwartende Geldanforderungen zur Förderung der rein wirtschaftlichen und sozialen Innenkolonisation auf dem Boden bisheriger Großgüter bewilligen oder ablehnen soll. Die bis vor kurzem rein theoretische Frage, ob in der Landwirtschaft der große oder der kleine und mittlere Betrieb und Besitz den Vorzug verdient, ist also jetzt für die preußische Sozialdemokratie unmittelbar praktisch geworden. Da hierüber in unserer Partei noch immer Meinungsverschiedenheiten bestehen, wird es meines Erachtens eine Hauptaufgabe der Agrarstudienkommission sein müssen gerade dieses praktisch so wichtig gewordene Problem zu klären. Sie wird dabei Ackerbau und Viehhaltung und beim Ackerbau wiederum Gemüse- und Obstbau einerseits und Getreidebau andererseits auseinanderhalten müssen. Als Nebenprodukt dieser unter dem Zwang der politischen Situation zu unmittelbar praktischen Zwecken angestellten Untersuchung wird sich dabei die theoretische Einsicht ergeben, welchen Ursachen das seit 3 Jahrzehnten bemerkbare Vordringen des landwirtschaftlichen Familienbetriebs auf Kosten des großbäuerlichen und des Großbetriebs zuzuschreiben ist.

II



EIN Zweifel besteht darüber, daß in der Gemüsegärtnerei und im landwirtschaftlichen Feldgemüsebau Großbetriebe nicht imstande sind dem Boden die gleichen Erträge abzurufen wie der Kleinbetrieb, und daß sie nur auf Kosten der Intensität der Arbeit bestehen können. Ein schlagender Beweis hierfür ist die außerordentliche Leistungsfähigkeit, die das klein- und mittelbäuerliche Holland in diesem Produktionszweig entwickelt. Haben doch die Niederlande, obwohl sie durch Boden und Klima vor zahlreichen preußischen Landesteilen nicht wesentlich begünstigt sind, 1911 185 000 Tonnen Gemüse im Wert von

31,3 Millionen Mark, mehr als die Hälfte unserer Gesamteinfuhr an Küchen- gewächsen, nach Deutschland importiert. Der große und stetig steigende Bedarf der städtischen Bevölkerung an Frischgemüse und Obst, der sich auch in diesen hohen Einfuhrziffern ausdrückt, hat im letzten Jahrzehnt westlich der Oder die Existenzbedingungen des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs wesentlich erweitert und zur Folge gehabt, daß in den deutschen Obst- und Gemüsebauzentren (Vorgebirge zwischen Bonn und Köln, Vierlande bei Hamburg, Werder bei Berlin, Umgegend von Metz, Mainz, Bamberg, Braunschweig, Dresden, Liegnitz) zahlreiche neue landwirtschaftliche und gärtnerische Familienbetriebe entstanden sind. Ihrer wünschenswerten Ausbreitung sind nun aber in Nord- und Ostdeutschland, wo der Großgrundbesitz sich oft bis an das Weichbild der Städte herandrängt, nicht selten enge Schranken gezogen. Die Bildung neuer Obst- und Gartenbaukleinbetriebe geht daher nicht schnell genug vor sich, um es der inländischen Produktion zu ermöglichen mit dem rasch wachsenden Import aus Holland, Belgien und Frankreich gleichen Schritt zu halten. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß in der diesjährigen Winterversammlung der Obst- und Weinbauabteilung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* von dem sachverständigen Referenten Winterschuldirektor Lohmann (Winsen) innere Kolonisation zur Förderung des Obst- und Gemüsebaus verlangt wurde.⁴⁾

Wenn nun auch durch Güteraufteilung und -besiedelung in der Nähe der Zentren des Großkonsums, ja sogar schon durch Schaffung von Laubenkolonien im Weichbild der Städte im Interesse unserer Volkswirtschaft und Volksgesundheit nicht zu unterschätzende Werte geschaffen werden können, so wäre ein solches Vorgehen doch recht bedenklich, wenn zugunsten des verfeinerten Bedürfnissen dienenden Anbaus von Kohl, Spargel, Artischocken und Salat der lebenswichtigere Getreidebau geschädigt werden könnte. Eine solche Befürchtung war aber so lange nicht leichtthin von der Hand zu weisen als man noch meinen konnte, im Getreidebau wäre der Großbetrieb unbedingt überlegen. Dieser bis vor kurzem vorherrschenden Ansicht konnten die Anhänger der Binnenkolonisation zwar den Hinweis auf die großen Leistungen entgegenstellen, die weite bäuerliche Gebiete alljährlich gerade auch im Getreidebau erzielen. Sie konnten beispielsweise anführen, daß das klein- und mittelbäuerliche Unterfranken trotz seiner dürrigen Böden im Spessart und in der Rhön dank seiner intelligenten und rührigen Bauernschaft im 10jährigen Durchschnitt unter allen rechtsrheinischen Regierungsbezirken Bayerns die höchsten Hektarerträge in Getreide und Kartoffeln erreicht hat,⁵⁾ und daß im Herzogtum Braunschweig, das nach seinen 10jährigen Ernteerträgen im Verhältnis zur Fläche unbestritten an der Spitze aller deutschen Staaten steht, nur 37 800 Hektar Acker in Großbetrieben über 100 Hektar, dagegen aber 77 400 Hektar in bäuerlichen Betrieben unter 20 Hektar bewirtschaftet werden. Allein alle derartigen Argumentationen waren nicht völlig überzeugend, weil ja die mit einander verglichenen Länder nicht nur in der Betriebsgliederung und Grundbesitzverteilung sondern auch in Boden, Klima, Bevölkerung verschieden sind. Außerdem bezogen sich Vergleiche dieser Art meistens nicht auf die ost-

⁴⁾ Siehe Lohmann *Erdbearbeitung im Landwirtschaftsbetrieb im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1913, pag. 48.

⁵⁾ Siehe Kerler *Eine unterfränkische bäuerliche Wirtschaft* in dem Sammelwerk *Bäuerliche Musterwirtschaften* / Berlin 1913 /, pag. 65.

deutsche Großgüterreichshälfte, obwohl gerade für sie Untersuchungen über die relative Leistungsfähigkeit der verschiedenen Betriebsgrößen im Getreidebau am dringlichsten erwünscht sind, weil ja im Osten seit einigen Jahren das stille, aber zähe Ringen zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum am heftigsten im Gang ist.

Unter diesen Umständen ist es sehr dankenswert, daß Dr. Erich Keup und Richard Mührer in ihrem unter einem andern Gesichtspunkt hier bereits gewürdigten Werk⁶⁾ sich der Aufgabe unterzogen haben 15 neugeschaffene Ansiedlungsdörfer in Posen, Hinterpommern und der Neumark auf ihre Getreideerträge hin sowohl mit den Gütern, aus denen sie gebildet worden sind, als auch mit noch bestehenden unter gleichen oder noch günstigeren Bedingungen produzierenden Nachbargütern, sogenannten *Parallelgütern*, zu vergleichen. Ihre Untersuchungen erstrecken sich auf 15 aufgeteilte Großgüter, die daraus gebildeten 400 Rentengüter und auf 15 Parallelgüter mit einem Gesamtareal von 17 000 Hektar, also auf eine so große Fläche, daß einer vorsichtigen Verallgemeinerung der Resultate erhebliche Bedenken Keup und Mührer zum erstenmal den überzeugenden Nachweis, daß die Ansiedlerwirtschaften auch im Getreidebau höhere Roherträge erzielen als die Güter, aus denen sie entstanden sind, erzielt hatten und sogar als die in kapitalkräftiger Hand und in hoher Kultur befindlichen Parallelgüter gegenwärtig erzielen. Nach Keup brachten die 4 ehemaligen hinterpommerischen und neumärkischen Güter, die er untersucht hat, vor ihrer Aufteilung einen durchschnittlichen Hektarertrag von 12,32 Doppelzentner Getreide; die auf dem selben Areal gebildeten Ansiedlungen hatten dagegen einen durchschnittlichen Hektarertrag von 18,26 Doppelzentner Getreide. Sie übertrafen damit weit die 4 Parallelgüter, die es gleichzeitig nur auf 18,02 Doppelzentner gebracht hatten, obwohl diese noch heute im Großbetrieb bewirtschafteten Güter in der frühern Periode schon mit 14,89 Doppelzentner vor den später aufgeteilten Gütern einen erheblichen Vorsprung gehabt hatten. Interessant ist es das Tempo der Entwicklung zu vergleichen. Die Parallelgüter steigerten ihre Ernte von Jahr zu Jahr um durchschnittlich 0,35 Doppelzentner pro Hektar, die Kolonien dagegen um 0,55. Die Differenz (0,20 Doppelzentner) wird als Erfolg der Kolonisation aufgefaßt werden dürfen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Mührer.

Was ist nun die Ursache dieses überraschenden Getreidemehrertrags der Bauernwirtschaften? Neben dem stärkern Eigeninteresse der Kolonisten am Erfolg und damit an guter Ausführung ihrer Arbeit spielt die wichtigste Rolle ihre viel stärkere Viehhaltung, die dem Acker eine mehr als doppelt so große Menge Stalldung bereit stellt.⁷⁾ Dieses Ergebnis der Keup-Mührer-

⁶⁾ Siehe meinen Artikel *Der landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetrieb als Marktwirtschaft* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 911 ff.

⁷⁾ Siehe Keup und Mührer *Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft* / Berlin 1913 /, pag. 132. × Neben der sehr reichlichen Stallmistzufuhr verwendet der ostdeutsche Bauer in rasch steigendem Maß auch Kunstdünger. So berichtet beispielsweise die *Landwirtschaftliche Zentralein- und -verkaufsgenossenschaft zu Posen* im *Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1912* / Darmstadt 1913 /, pag. 76 ff.: »Sehr günstig hat sich auch das Düngemittelgeschäft entwickelt . . . Es ist bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß gerade der kleine Besitz in den letzten Jahren von der Anwendung des künstlichen Düngers, von Superphosphat, namentlich aber von Thomasmehl, Kainit, auch von Chilisalpeter bedeutend mehr Gebrauch gemacht hat. Die von dieser Seite bei uns eingegangenen Bestellungen haben sich in den letzten Jahren verdoppelt, ja verdreifacht; ein Zeichen, daß auch der kleine Besitz von den Erfahrungen der Wissenschaft bei Bestellung des Ackers sehr viel Gebrauch macht.«

schen Untersuchungen ist von hoher Wichtigkeit. Eine erhebliche Zurückdrängung des Getreidebaus zugunsten des Gemüse- und Handespflanzenbaus, der Viehweiden und der Wiesen, wie die deutsche Freihandelschule und unter ihrem Einfluß auch Genosse Dr. David sie erwartet und gewünscht hat, ist gemäß der Beschaffenheit des deutschen Bodens und Klimas und mit Rücksicht auf die deutsche Getreideversorgung im Kriegsfall nicht zu wünschen und auch nicht zu erwarten. Weil die Vorkämpfer des Großbesitzerinteresses bisher mit ihren Gegnern die Überzeugung teilten, Güteraufteilung bedeute Minderung der deutschen Getreideerzeugung, hatten sie in dieser *communis opinio* eine wuchtige Waffe gegen die innere Kolonisation, die sie geschickt zu führen verstanden. Keup und Mührer haben nun aber den Beweis geliefert, daß diese von Freund und Feind geteilte Meinung für die von ihnen untersuchten Kolonien nicht zutreffend ist, daß vielmehr Bauernpolitik, zum mindesten unter bestimmten Verhältnissen, zugleich auch Getreidebaupolitik ist. Bestätigen sich die Ergebnisse ihrer Ermittlungen, so ist damit den Gegnern der Bauernansiedlung eine Hauptwaffe aus der Hand geschlagen.

III



USS die Frage nach der besten Betriebsform im Getreidebau auch nach den Untersuchungen Keups und Mührers einstweilen offen bleiben, so kann die Überlegenheit der bäuerlichen Familienwirtschaft in der **V i e h h a l t u n g** und Viehzucht nicht länger bestritten werden. Diese Tatsache ist nun aber in einer Zeit, in der die Getreidepreise nur wenig, die Vieh- und Fleischpreise aber erheblich gestiegen sind, von größter wirtschaftlicher Tragweite, weil sie es ermöglicht durch Neuschaffung bäuerlicher Betriebe auf bisherigem Ritterguts- oder Staatsdomänenland und auf kultiviertem Hochmoor- oder Heideboden die Produktion von Fleisch und Milch der wachsenden Nachfrage entsprechend zu steigern, ohne doch die Getreideerzeugung zu vermindern. In dieser Erkenntnis haben die *Sozialistischen Monatshefte* schon seit Jahren darauf gedrungen, daß der Fleischteuerung durch beschleunigte Bauernansiedlung entgegengewirkt werde. Aber obwohl sich die preußische Regierung, wie wenigstens die *Neue Zeit* vom 19. September dieses Jahres glaubt konstatieren zu können, »von der Trefflichkeit der revisionistischen Agrarforderungen hat überzeugen lassen«, hat sich die theoretische Zustimmung der Regierung Bethmann Hollwags bisher leider nicht in genügend wirksame praktische Taten umgesetzt. Ich möchte deshalb im folgenden auf einige in letzter Zeit veröffentlichte wissenschaftliche Arbeiten hinweisen, die zur Unterstützung meiner Ansichten und Anregungen neues wertvolles Material beibringen.

An erster Stelle möchte ich eine Abhandlung Dr. Sagawes vom Institut für Wirtschaftslehre des Landbaus an der Universität Breslau nennen.⁸⁾ Dr. Sagawe stützt sich darin besonders auf die Betriebserhebungen, die die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* in den letzten Jahren über ganz Deutschland hin veranstaltet und in bisher etwa 30 Bänden ihrer *Arbeiten* veröffentlicht hat. Auf Grund zahlreicher Tabellen, in denen er diese Erhebungen verwertet, führt Dr. Sagawe den Nachweis, daß die kleineren Betriebe auf der

⁸⁾ Siehe Sagawe *Über einige Rentabilitätsfaktoren der Nutzviehhaltung im Archiv für exakte Wirtschaftsforschung*, 1912, pag. 329 ff.

Flächeneinheit eine weit höhere Viehzahl halten und eine viel bessere Verzinsung aufweisen. Aus der Fülle des Zahlenmaterials, mit dem Dr. Sagawe seine Behauptungen zu beweisen sucht, will ich hier nur einige Ziffern anführen, die Dr. Walter Dix bei seinen im Auftrag der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* vorgenommenen Erhebungen über die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse am Niederrhein ermittelt hat. Danach halten die Bauerngüter unter 50 Hektar auf 100 Hektar 137 Stück Nutzvieh, die Großbetriebe über 100 Hektar nur 82 Stück. Das ist zum Teil die Folge davon, daß jene pro 1 Hektar für 187,7, diese nur für 81,2 Mark Futtermittel zu kaufen. Dafür haben aber auch die bäuerlichen Betriebe pro 1 Hektar ihres Besitzes eine Einnahme aus dem Nutzvieh von 294,3, die Güter nur von 127,8 Mark. Dementsprechend stellt sich der Gesamtreinertrag pro 1 Hektar bei den Bauernwirtschaften auf 222, bei den Großwirtschaften auf nur 121 Mark. Dr. Dix selbst formuliert das Ergebnis seiner Untersuchungen dahin, daß mit abnehmender Größe des Betriebs die Rentabilität zunimmt.⁹⁾ Nicht anders als im Westen liegen die Verhältnisse im Osten. Beispielsweise bewertet Mührer die tierischen Erzeugnisse in den 11 posenschen Ansiedlungsdörfern, in denen er seine Nachforschungen angestellt hat, auf durchschnittlich 208 Mark, bei den 11 Parallelgütern aber auf nur 72 Mark, also auf wenig mehr als den dritten Teil.

Während diese Untersuchungen bestätigen, daß die bäuerlichen Betriebe quantitativ in der Viehhaltung Außerordentliches leisten, gibt eine Veröffentlichung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* von der Höhe ihrer qualitativen Leistungen auf diesem Gebiet rühmliche Kunde. Es ergibt sich daraus, daß die bäuerlichen Betriebe nicht nur viel Vieh zu Verbrauchs- sondern auch hervorragend gutes zu Gebrauchs- und Zuchtzwecken liefern. Um den Absatz des deutschen Zuchtviehs im Ausland und besonders in den großen Siedelungskolonien der gemäßigten Zone zu heben, hat die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* kürzlich gleichzeitig in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache ein Prachtwerk *Deutsche Tierrassen* herausgegeben, das außer vorzüglichen Photographieen typischer Repräsentanten der deutschen Zuchtterrassen kurze Beschreibungen der wichtigsten Zuchten und Zuchtgebiete enthält. In diesen Beschreibungen hebt die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* hervor, daß die berühmtesten deutschen Pferde-, Rindvieh- und Schweinerassen dem züchterischen Verständnis der deutschen Bauern ihre Entstehung verdanken. Das edle ostpreußische Reitpferd Trakehner Abstammung, das den Pferdebedarf des Reichsheeres zu 60 % deckt, wird vom Klein- und Mittelbesitz Litauens gezüchtet. In den Zuchtbetrieben werden meist nur 1 bis 3 Mutterstuten gehalten und diese regelmäßig zur Arbeit benutzt. Wollte auch der Großgrundbesitz züchten, so müßte er entweder riskieren, daß seine tragenden Stuten bei der Arbeit wegen schlechter Behandlung durch gleichgültige oder boshafte Knechte versetzen, oder er müßte sie von der Arbeit fernhalten und dann darauf gefaßt sein, daß die Geburtenziffer der müßigen Stuten sinkt. Während ein großer Teil der ostpreußischen Bauern seine Füllen, sobald sie die Gefahren des Säuglingsalters überstanden haben, also etwa halbjährig, noch aus alter Gewohnheit an den größern Besitz verkauft, damit dieser sie für die Re-

⁹⁾ Siehe Dix *Untersuchungen über die Betriebsorganisation der Landwirtschaft am Niederrhein!* Berlin 1911 I, pag. 101 ff.

monteankaufskommissionen trainiert, bleiben die Fohlen der anderen edlen Laufpferderassen, der Hannoveraner, Holsteiner, Oldenburger und Ostfriesen, bis zum Verkauf an die Militärverwaltung, an Staatsgestüte oder Private in den Händen der bäuerlichen Züchter. Die Zucht der Hannoveraner, heißt es in dem genannten Werk, ruht vorwiegend in den Händen der Mittel- und Kleinbesitzer, die häufig nur 1 bis 2 Zuchtstuten halten. Das gleiche gilt für die Holsteiner und die schweren Oldenburger und Ostfriesen mit dem Unterschied, daß in Oldenburg und Ostfriesland die Bauern sogar dem Staat die Pflicht der Hengsthaltung völlig, in Holstein zum größten Teil abgenommen haben. Auch im Zuchtgebiet des besten deutschen Schrittpferds, des Rheinländers, herrscht der Klein- und Mittelbesitz weitaus vor. Ähnlich steht es in der Rindviehzucht. Die schwarzbunten Tieflandrinder, die im nord- und ostdeutschen Flachland dominieren und von dort aus immer weiter vordringen, sind aus den zuchtverständigen Händen der Bauern Ostfrieslands, Jeverlands und Oldenburgs hervorgegangen und haben hier noch heute ihr bestes Hochzuchtgebiet. Auch das rotbunte Tieflandvieh vom Niederrhein, aus Westfalen und Holstein ist, und zwar in noch höherem Grad, Bauernprodukt, und die braunroten Angler, die im Verhältnis zu ihrem Gewicht milchergiebigste deutsche Viehrasse, wird in ihrem Hochzuchtgebiet im Westen Schlesiens überwiegend auf Gütern von 2 bis 7 Hektar gezüchtet. Noch mehr als die Zucht des Niederungsviehs ruht die des Höhenviehs in bäuerlichen Händen. Das Höhenvieh, wie es in Süd- und Mitteldeutschland vorherrscht, beispielsweise die graubraunen Allgäuer, die Pinzgauer, das mitteldeutsche Rotvieh, das gelbe Glan-Donnersberger und Frankenvieh werden überwiegend vom Kleinbesitz unter 10 Hektar gezüchtet. Die Durchschnittsgröße der Vogelsberger Zuchtbetriebe wird beispielsweise in dem Werk der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* auf nur 3,4 Hektar angegeben. Und selbst die mächtigen Simmentaler, neben dem schwarzbunten Tieflandvieh die verbreitetste und am meisten im Vordringen begriffene Rinderrasse Deutschlands, haben ihre Hauptzuchtgebiete in Oberbaden, in Oberbayern und in Oberschwaben in Betrieben von meist unter 20 Hektar. Auch das veredelte Landschwein, die konstant gewordene Kreuzung zwischen dem alleinheimischen deutschen Landschwein und dem aus England eingeführten großen weißen Yorkshireschwein, findet seine verständnisvollste züchterische Pflege in bäuerlichen Genossenschaftszuchten, vornehmlich in Hannover, Oldenburg, Westfalen und Schleswig-Holstein. So gedeiht also auch das für die deutsche Fleischversorgung wichtigste Haustier am besten in bäuerlicher Pflege und Zucht.

Neben der Nutzung als Fleischproduzent, als Zucht tier und als Arbeitstier geht beim Rind die Milchnutzung einher. Die Produktion von Milch zu Trinkzwecken und zur Herstellung von Butter und Käse ist in den meisten Gegenden Deutschlands einer der allerwichtigsten landwirtschaftlichen Betriebszweige geworden, und es ist ja bekannt, daß der Wert der deutschen Milcherzeugung den der deutschen Eisen- und Kohlenherzeugung weit übertrifft. Da ist es nun sehr interessant, daß nach den Untersuchungen Dr. Paulis der bäuerliche Betrieb auch in der Milcherzeugung leistungsfähiger ist als der Großbetrieb. Auf der breiten Grundlage der langjährigen Buchführungsergebnisse des schweizerischen Bauernsekretariats stellt Dr. Pauli, ein Schüler des schweizerischen Bauernsekretärs Professor Dr. Ernst Laur, fest, daß die Produktionskosten der Milch, nach den Gutspreisen der Kleinbauern

berechnet, in den Betrieben von 3 bis 5 Hektar 15,63 Francs pro 100 Kilogramm, in den Betrieben von 5 bis 10 Hektar 17,60, in den Betrieben von 10 bis 15 Hektar 18,23, in den Betrieben von 15 bis 30 Hektar 19,37 und in den Betrieben über 30 Hektar 18,50 Francs betragen. Dr. Pauli faßt seine Untersuchungen über den Einfluß der Betriebsgröße auf die Produktionskosten der Milch in folgendes Schlußurteil zusammen:

»Aus diesen Zahlenreihen geht für die Gebiete mit hohen Bodenpreisen (Westeuropa) die Überlegenheit des Kleinbetriebs über die Großbetriebe in der Milchproduktion deutlich hervor. Diese Vorzugsstellung des Kleinbetriebs zeigt sich nur in den Gegenden mit hohen Bodenpreisen. Je weniger hoch der Boden bezahlt wird, um so geringer ist die Überlegenheit des Kleinbetriebs, bis schließlich in den Gebieten mit den geringsten Boden- und Gutspreisen die Großbetriebe den Kleinbetriebe auch in der viehwirtschaftlichen Produktion privatwirtschaftlich annähernd ebenbürtig sind.«¹⁰⁾

Für die deutsche Fleischversorgung noch wichtiger als das Rind ist das Schwein, weil von ihm 60 % des in Deutschland verzehrten Fleisches stammen. Die gewaltige Überlegenheit des kleinern und mittlern Bauern in der Aufzucht und Mast des Schweins drückt sich in der bekannten statistischen Tatsache aus, daß 92½ % der gesamten Schweinehaltung auf den Klein- und Mittelbesitz entfallen. Weniger bekannt ist es, daß nicht nur die Großgüter sondern auch die Schweinegroßmästereien, die in den letzten Jahren besonders in Nordwestdeutschland zahlreich entstanden sind, mit höheren Produktionskosten als der Bauer und der ländliche Arbeiter zu rechnen haben, weil sie teures Futter kaufen, kostspielige Bauten herstellen und mit dem Risiko rechnen müssen einmal innerhalb 10 Jahren ihren gesamten Schweinebestand durch Seuchen zu verlieren.¹¹⁾ Infolgedessen können, wie der Instruktor der hannoverschen Viehverwertungsgenossenschaften, Wanderlehrer Ocker, auf dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstag zu Hannover 1911 nachwies, nordwestdeutsche Kleinbauernwirtschaften, weil sie nur selbst aufgezogene Schweine fettmachen und daher keine Gefahr laufen sich beim Ankauf von Läufern die Seuche in den Maststall zu schleppen, das Pfund Schweinefleisch zu 35 Pfennig produzieren und bei einem Verkaufspreis der Fettschweine in Höhe von 40 bis 42 Pfennig einen Gewinn erzielen, der den kapitalistischen Großmästereien unreichbar ist.¹²⁾ Trotzdem ist neben der Bildung neuer Bauern- und Landarbeiterstellen auch die Begründung weiterer Großmastanstalten sehr erwünscht, weil sie auch in Zeiten der Überproduktion an Schweinen und der Preisbaisse, wenn der Kleinbauer nur zu leicht Zucht und Mast aufgibt, die Produktion aufrechterhalten müssen und dadurch ein zu hohes Ansteigen der Schweinefleischpreise im folgenden Jahr verhindern können.

Die sonst allgemein anerkannte Überlegenheit des Kleinbetriebs in der Schweinezucht und -mast ist vor kurzem vom Genossen Kaspar Schmidt

¹⁰⁾ Siehe Pauli *Produktionskostenberechnungen in bäuerlichen Betrieben mit besonderer Berücksichtigung der Milchproduktion* / Jena 1913, pag. 140.

¹¹⁾ Direktor Dr. Oexmann, der Leiter der großen Schweinezucht- und -mastanstalt der *Harpener Bergbauaktiengesellschaft* auf dem Heidegut Geeste bei Meppen, hat das in seinem 1911 vor dem Gesamtausschuß der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* gehaltenen Vortrag *Schweinemastgroßbetriebe, ihre Technik und wirtschaftliche Bedeutung* (im *Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* / Berlin 1911, pag. 962 ff.) eingehend nachgewiesen.

¹²⁾ Siehe Ocker *Die jüngsten Fortschritte der genossenschaftlichen Viehverwertung in der Provinz Hannover im Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1911* / Darmstadt 1912, pag. 123 ff.

angezweifelt worden. Schmidt weist darauf hin, daß nach den Ergebnissen der Zwischenzählung vom 2. Juni dieses Jahres der Schweinebestand in den süddeutschen Bauernstaaten Rückgänge aufweist, während im gleichen Zeitraum eine Zunahme erfolgte in Schleswig-Holstein von 6,2 %, im Staatsgebiet Bremen von 6,4 %, in Westfalen von 8,3 %, in Schlesien von 8,6 %, im Staatsgebiet Hamburg von 12,1 % und im Großherzogtum Oldenburg sogar von 12,3 %. Dieser Tatbestand gebe, meint der Würzburger Genosse, unseren Agrartheoretikern beider Richtungen eine harte Nuß zum Knacken auf.¹³⁾ Das vermeintliche Rätsel erklärt sich jedoch leicht: Alle Provinzen und Staaten mit starkem Klein- und Mittelbauernstum, zu denen russische Futtergerste, sei es auf dem Landweg (Schlesien) sei es auf dem Seeweg (Nordwestdeutschland) billig hingelangen konnte, zeigen eine erhebliche Mehrerzeugung an Schweinen, während die östlichen Großgrundbesitzprovinzen trotz des leichten Zugangs der Russengerste eine Abnahme der Schweinehaltung aufweisen, das Grenzland Ostpreußen sogar um 10,9 %. Wer hier der Schuldige ist, verrät die Tatsache, daß sich in ganz Preußen der Schweinebestand seit Dezember 1912 in den Landgemeinden um 0,30 % erhöht, in den Gutsbezirken aber um 3,48 % verringert hat. Die Produktionsrückgänge in Süddeutschland sind demnach offensichtlich nicht der bäuerlichen Besitzverteilung sondern der größern Entfernung von Rußland, die die Mast eines Schweines im Süden um 6 bis 8 Mark teurer als im Nordwesten gestaltet, respektive der Erschwerung der Maiseinfuhr aus den Donaustaaten durch den viel zu hohen 3 Mark-Zoll zuzuschreiben. Die Schweinezwischenzählung dieses Sommers lehrt also nur, daß nicht nur beschleunigte Fortsetzung der Bauernansiedlung sondern auch die Aufhebung oder doch starke Ermäßigung des Maiszolls gefordert werden muß.

Wesentlich geringer, aber keineswegs zu unterschätzen ist der Beitrag, den die Geflügelhaltung zur Fleischversorgung des deutschen Volks liefert. Betrug doch am 1. März 1912 der Wert der deutschen Geflügelbestände 180 Millionen Mark, denen eine jährliche Inlandsproduktion an Federvieh und Eiern im Wert von 750 Millionen Mark und ein Jahresverbrauch der deutschen Bevölkerung an Erzeugnissen dieser Gattung im Wert von rund 1 Milliarde Mark gegenüberstehen. Um den Bedarf der deutschen Konsumenten zu decken, war also ein umfangreicher Import aus dem Ausland nötig; er umfaßte im Jahr 1912 Eier im Wert von 193 und Federvieh im Wert von 68 Millionen Mark. Daß diese Einfuhr zum großen Teil durch beschleunigte Ansiedlung von Bauern und Landarbeitern überflüssig gemacht werden kann, betonte der hervorragende Fachmann Direktor Beeck, Leiter der Geflügelzuchtanstalt der provinzsächsischen Landwirtschaftskammer und Dozent für Geflügelzucht an der Universität Halle, sehr nachdrücklich in einem Vortrag, den er im vorigen Jahr in der Hauptversammlung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* hielt:

»Was wir brauchen, ist eine Vermehrung der einzelnen Geflügelwirtschaften. Der Ausbau unserer innern Kolonisation wird uns ein gewaltiges Stück vorwärts bringen, und das um so mehr, als wir wissen, daß etwa vier Fünftel unserer Geflügelbestände in den Händen des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes liegen, während der Rest sich auf die Großbauern, die Gutsbezirke und die Städte verteilt.«¹⁴⁾

Das Ergebnis dieses Teils meiner Untersuchungen fasse ich dahin zusammen:

¹³⁾ Siehe Schmidt *Der Jenaer Parteitag und die Agrarfrage in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 2. Band, pag. 902.

¹⁴⁾ Siehe Beeck *Entwicklung und Aufgaben der deutschen Nutzgeflügelzucht im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* / Berlin 1912 /, pag. 688.

Unabhängigkeit von fremder, nicht interessierter Lohnarbeit, sorgfältige individualisierende Pflege und Überwachung der Tiere durch ihn selbst und durch die Mitglieder seiner Familie geben dem bäuerlichen Selbstwirtschafter gerade in der Viehhaltung und Viehzucht eine unbezweifelbare Überlegenheit, die wahrscheinlich als Hauptursache der raschen Vermehrung der mittelbäuerlichen Wirtschaften seit 1882 und 1905 anzusehen ist. So rasch aber auch diese Zunahme vor sich ging, so geht sie doch noch langsamer vorstatten als es das Interesse unserer Fleischversorgung erfordert. Sie muß daher durch staatlich geleitete Bildung neuer Bauerngüter und entwicklungsfähiger Landarbeiterstellen auf bisherigem Ritterguts- oder Domänenboden und auf kulturfähigem Ödland beschleunigt werden.

IV

NATURGEMÄSS muß die Ebenbürtigkeit oder gar Überlegenheit der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften in den wichtigsten Produktionszweigen auch auf dem Grundstücksmarkt in den Kaufpreisen zum Ausdruck kommen. Es kann daher als Bestätigung meiner bisherigen Darlegungen angesehen werden, daß nach den Untersuchungen Dr. Walter Rothkegels im Zeitraum 1895 bis 1906 bei mittelbäuerlichen Wirtschaften das Hektar fast doppelt, bei kleinbäuerlichen mehr als doppelt so teuer bezahlt wurde als beim Großbesitz über 500 Hektar. Daß das nicht nur eine Folge der verschiedenen Belastung der Flächeneinheit durch den Gebäudewert ist, ergibt sich daraus, daß auch die Preise für unbebaute Bodenflächen (Stüchländereien) die gleiche Bewegung zeigen. Dieses Preisverhältnis zwischen großen und kleinen Gütern ist keine Erscheinung der letzten Jahre. Es war schon Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, als in der Einbildung unserer Agrar~~mar~~xisten das Bauerntum vom Großbetrieb niederkonkurriert wurde, schon ebenso ausgeprägt wie in der Gegenwart. Recht interessante Tabellen hierüber gibt Professor Aereboe im Anschluß an die amtlichen Schätzungsmerkmale zur preußischen Ergänzungssteuer, die 1893 auf Grund einer umfassenden Sammlung von Kaufpreisen ländlicher Grundstücke aufgestellt wurden.¹⁵⁾ Aus ihnen erhellt, daß schon damals die Hektarwerte mittelbäuerlicher Betriebe 1½- bis 2mal und kleinbäuerlicher Betriebe 2- bis 4mal so hoch waren wie die Hektarwerte der Riesenbetriebe über 1000 Hektar.

Nach Aereboe sind es hauptsächlich 5 Ursachenreihen gewesen, die die Rentabilität der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften im Verhältnis zum Reinertrag der Großbetriebe gesteigert und deshalb die Nachfrage nach ihnen und die für sie gezahlten Kaufpreise so erhöht haben, daß bereits seit Beginn der achtziger Jahre Parzellierungsbanken und Güterschlächter gute Geschäfte machten. Da Aereboe als Leiter der Abteilung für Wirtschaftsberatung bei der Hauptritterschaftsdirektion zu Berlin und Professor an der landwirtschaftlichen Hochschule auf dem Gebiet der Betriebswissenschaft als erste Autorität gilt, möchte ich den Inhalt seiner Argumentation kurz andeuten. Zunächst haben sich seit jener Zeit die Arbeiterverhältnisse für den großbäuerlichen und den Großbetrieb immer schwieriger gestaltet, während der kleinere Betrieb mit seiner familienhaften Arbeitsfassung darunter weniger zu leiden hat. Genau nach der selben Richtung ist die Entwicklung der Absatzverhältnisse wirksam gewesen. Seit

¹⁵⁾ Siehe Aereboe *Die Taxation von Landgütern und Grundstücken* / Berlin 1912/, pag. 142 ff.

mehreren Jahrzehnten erleben wir eine Preisverschiebung, die den bäuerlichen Viehprodukten einen immer größern Vorsprung vor dem Getreide der Güter verschafft hat. Die großartige kaufmännische Organisation, die sich der Bauernstand im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen geschaffen hat, ermöglichte es ihm aus der ihm günstigen Gestaltung des Produktenmarkts angemessenen Nutzen zu ziehen und auch auf anderen Gebieten, beispielsweise im Kreditwesen und durch gemeinsame Maschinenbenutzung, sich vielerlei Vorteile zu eigen zu machen, die früher mehr oder weniger Privileg des Großbetriebs waren. Auch das ganze Bildungswesen verbreitete sich in immer niedrigere Besitzklassen, und namentlich in der engeren Fachbildung kann von einem Nachhinken des bäuerlichen Betriebs hinter dem Großbetrieb in vielen Gegenden des Deutschen Reichs heute kaum mehr die Rede sein; ja, stellenweise ist er diesem hier bereits vorbeigeeilt. Endlich hat die Technik das Ihre getan, um den frühern Vorsprung des Großgrundbesitzes zu vermindern. Die Industrie hat es in wachsendem Maß gelernt sich in der Konstruktion landwirtschaftlicher Maschinen den Bedürfnissen des Kleinbetriebs anzupassen, um auch ihn als Absatzgebiet zu erschließen. Insbesondere sind hier die sogenannten *Universalgeräte* zu nennen, die mit Hilfe auswechselbarer Teile verschiedenen Zwecken angepaßt werden können, wie zum Beispiel Universalpflüge, Universalhackmaschinen. Infolge der Auswechselbarkeit einzelner Teile wird der einzelne Zweck bedeutend billiger erreicht als bei Anschaffung besonderer, jedem Einzelzweck angepaßter Geräte.¹⁰⁾

Professor Aereboe hätte auch noch darauf hinweisen können, daß in den beiden letzten Jahrzehnten immer weiteren Kreisen deutscher Landwirte eine Naturkraft zugänglich gemacht worden ist, die infolge ihrer Fernleitbarkeit und Teilbarkeit in der Bauernwirtschaft besonders zweckmäßig verwendbar ist: die *Elektrizität*. Seit im Jahr 1882 im Schwarzwald die erste deutsche Überlandzentrale errichtet wurde, sind wir Zeugen der Überziehung Deutschlands mit Großkraftwerken zu möglichst ökonomischer Elektrizitätserzeugung, einer Bewegung, die von uns Zeitgenossen in ihrer Zukunftsbedeutung noch lange nicht genug gewürdigt wird. Wo Steinkohlen und besonders Braunkohlen gehoben werden, wo Hochöfen Gichtgase abgeben können, wo starke Wasserkraften ausbauwürdig sind, und selbst inmitten wilder Hochmoore sind sie emporgewachsen. Schon umarmt das erste Hundert dieser modernsten Energiezentren mit hochmastigen blanken Starkstromleitungen weite Länderbreiten, Stadt und Land mit Licht und Kraft versorgend. Und gerade der Bauer hat der gebändigten Naturkraft,

¹⁰⁾ Von der Verbreitung, die geeignete Maschinen während der letzten 2 Jahrzehnte im ostdeutschen Kleingrundbesitz gefunden haben, entwirft Mührer in dem in Note 7 zitierten Werk, pag. 395, folgendes, wie ich aus vielfacher eigener Anschauung versichern kann, wahrheitsgetreue Bild: »Das Maschinen- und Geräteinventar ist auch im Kleinbetrieb gut und vollzählig, teilweise auffallend reichlich. In der Ausdehnung der Maschinenverwendung sind Unterschiede zwischen Groß- und Kleinbetrieb nicht zu bemerken. Es gibt mit Ausschluß etwa der eigenen Dampfmaschinen eigentlich keine Maschine, die der Kleinbetrieb unserer Größenklasse nicht auch anschaffen kann, es gibt keine, deren Benutzung auf genossenschaftlichem Weg nicht auch dem kleinsten Besitzer möglich wäre, namentlich seitdem im Ansiedlungsgebiet eine Maschinenindustrie emporgeblüht ist, die speziell den besonderen Bedürfnissen des Kleingrundbesitzes durch Herstellung billigerer, trotzdem solider Maschinen in kleinerer und einfacherer Ausführung Rechnung zu tragen sucht. Wer die posenschen Ansiedlungsdörfer besucht, wird regelmäßig den Firmenschildern dieser Fabriken begegnen, die bei dem Dorfschmied oder dem Ortschulzen ihre Niederlagen eingerichtet haben. Weniger benutzte Maschinen, wie zum Beispiel Trieur, Kleesämaschinen, Viehwagen, sind oft im Besitz der Spar- und Darlehnskassen und werden gegen feste Gebühr ausgeliehen. Andere sind ohne Not entbehrlich wie Düngestreuer. Drillmaschinen, Getreidemäher, Grasmäher sind allgemein verbreitet und in zahlreichen Exemplaren vorhanden. Häufig ist die gruppenweise Benutzung und Anschaffung dieser größeren Maschinen.«

die ihm so manche harte Arbeit ersparen kann, Scheune, Stall und Speicher mit ihm sonst selten erfassender Begeisterung geöffnet. Das beweisen schon allein die 318 landwirtschaftlichen Elektrizitätsgenossenschaften mit einem Umsatz von bereits 41 Millionen Mark, die 1912 zur Statistik des Reichsverbands berichteten. Sehr sonderbarerweise haben einige Agrar**marxisten**, an ihrer Spitze Genosse K. Kautsky, gerade von der Elektrizität die Verdrängung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs durch das elektrifizierte Großgut erwartet. Wie gründlich sie hierin geirrt haben, und wie schlüssig sie durch die Dreschmaschinen, Trieure, Häcksel- und Rübenschneideladen, Schrotmühlen, Milchzentrifugen, Pumpen, die sämtlich bereits zu Zehntausenden in Bauernwirtschaften mit Vorteil elektrisch angetrieben werden, widerlegt worden sind, hat kürzlich Dr. Walter Straus einwandfrei nachgewiesen. Seine gründlichen Untersuchungen über die wirtschaftliche Bedeutung, die die Elektrizitätsversorgung durch Überlandzentralen für den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft hat, faßt Dr. Straus in folgendes Schlußurteil zusammen:

»Die Maschinenanwendung in der Landwirtschaft war ein Moment, das anfangs als geeignet bezeichnet wurde eine Überlegenheit des Großbetriebs zu bewirken. Der Leutemangel machte sich am frühesten bei den intensiv wirtschaftenden Großbetrieben bemerkbar, die daher zuerst auf die Maschinen angewiesen waren. Die ersten auf dem Markt erschienenen Maschinen waren deshalb hauptsächlich für den Großbetrieb zu gebrauchen, und so zog er allein daraus Nutzen. Trotzdem den Maschinen der Landwirtschaft nicht entfernt die Bedeutung wie im Gewerbe zuzusprechen ist, fürchtete man allseits, daß nunmehr auch hier der Großbetrieb dem Kleinbetrieb gegenüber immer überlegener und der Kleinbetrieb mehr und mehr verdrängt werde. Die tatsächliche Entwicklung hat jedoch die Nichtigkeit dieser Befürchtungen erwiesen und scheint dies immer mehr bestätigen zu wollen. Es hat sich einmal gezeigt, daß fast überall die Maschinen auch im Kleinbetrieb Eingang finden, für welchen sie entweder kleiner gebaut oder von mehreren Besitzern gemeinsam benutzt werden konnten. Dann erhielt in der neuesten Zeit die Kleinlandwirtschaft durch die Überlandzentralen eine Kraftquelle, welcher ihr beinahe ebenso billig Energie liefert wie den Großbetrieben. Wir haben gesehen, daß die Kleinbetriebe hieraus kaum geringeren Nutzen ziehen können als die Großbetriebe. So erscheint gerade durch die Gründung von Überlandzentralen eine Verschiebung der sozialen Verhältnisse in der Landwirtschaft zuungunsten der Kleinbetriebe in weitere Ferne gerückt zu sein als je, und eine stärkere Benutzung der Elektrizität in der Landwirtschaft, wie sie in der Zukunft zu erhoffen ist, wird die Konsistenz dieser Verhältnisse nur vermehren. Eine Erstarkung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs scheint so letzten Endes eine der Wirkungen unserer Überlandzentralen vorzustellen, welche im Interesse unserer ganzen Volkswirtschaft nur zu begrüßen ist.«¹⁷⁾

Ganz ähnlich wie der hervorragende Betriebslehrer und der volkswirtschaftlich geschulte Ingenieur urteilen angesehene praktische Landwirte. So äußerte sich der Rittergutsbesitzer Dr. Poppe in der Winterversammlung 1913 der Betriebsabteilung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*:

»Im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität drängt auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit die Entwicklung der Zentralisierung zu. Eine einzige Ausnahme macht der Landbau. Industrie und Handel feiern ihre größten Triumphe durch Arbeitsteilung einerseits, durch Arbeitsvereinigung in Raum und Zeit andererseits. Unselbständigkeit, mechanische Einseitigkeit sind das Los des Industriearbeiters. Demgegenüber ist der landwirtschaftliche Produktionsprozeß über Raum und Zeit verteilt und wird es, indem er sich der Natur einfügt, immer bleiben müssen. Je kleiner der Betrieb, je besser die Anpassung an Boden und Klima, je größer die Viehhaltung. Vermehrte Viehhaltung aber bedingt vermehrten Aufschluß der natürlichen Bodenkräfte, bedingt Hebung des wertvollsten Teils des Volksvermögens. Die Viehhaltung erfordert vor allem Lust und Liebe. Eine hingebende Behandlung dem

¹⁷⁾ Siehe Straus *Die deutschen Überlandzentralen und ihre wirtschaftliche Bedeutung als Kraftquelle für den Kleinbetrieb in Landwirtschaft und Gewerbe* / Berlin 1913/, pag. 174 ff.

Viehbestand angeeignet zu lassen ist der Kleinbauer dem fremden Arbeiter des Großbetriebs gegenüber stets überlegen. Die arbeitsame, sparsame Durchdringung und Förderung der ganzen Wirtschaft, wie die kleinbäuerliche Familie im eigenen Interesse sie ausübt, ist unersetzlich. Daß demgegenüber dem Großbetrieb manche Vorteile der Arbeitsteilung und -vereinigung eignen, wer wollte das bestreiten? Im großen ganzen aber bleibt die Überlegenheit des Kleinbetriebs, soweit (und hierauf lege ich besondere Betonung) ein fleißiger, sparsamer, genügend intelligenter Bauernstand in Frage kommt. Der Kleinbetrieb erwirtschaftet die höhere Grundrente, beim Kleinbetrieb entfallen auf die Flächeneinheit mehr Menschen, mehr Vieh, mehr Gebäude. Das Einkommen ist ein höheres, die Steuerkraft eine größere, der innere Markt ein erweiterter.¹⁸⁾

Dieses dem Klein- und Mittelbetrieb so günstige Urteil fand in der Versammlung überwiegend dem Großgrundbesitzerstand angehöriger Sachkenner seitens der Diskussionsredner keinen Widerspruch. Aus dieser stillschweigenden Zustimmung selbst unterrichteter Großlandwirte ergibt sich, was davon zu halten ist, wenn Genosse Rjasanow in seiner Neubearbeitung des am meisten verbreiteten Buches der deutschen sozialistischen Literatur uns sozialdemokratische Agrarreformisten von oben herab schulmeistert: »Während selbst in sozialistischen Kreisen noch die Meinung vertreten wird, der Kleinbetrieb könne infolge des persönlichen Fleißes seines Leiters und dessen Angehörigen die Konkurrenz mit dem Großbetrieb aufnehmen, ist man in fachmännischen Kreisen längst anderer Ansicht.¹⁹⁾

V



EINE notgedrungen kurze Überprüfung des landwirtschaftlichen Betriebsproblems an der Hand der wichtigsten Arbeiten, die hierüber im letzten Jahr erschienen sind, zeigt, welches reichhaltige Tatsachenmaterial der Agrarstudienkommission harrt. Die gewissenhafte Durcharbeitung dieser von Statistik und Wissenschaft aufgehäuften Tatsachenfülle wird sicherlich der Agrarstudienkommission und mit ihr hoffentlich auch der Gesamtpartei die Überzeugung verschaffen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft nach einer andern Richtung vor sich geht als wir lange angenommen haben, und daß der bäuerliche Betrieb und Besitz im Wandel unserer Wirtschaftsordnung vom überwiegenden Privatkapitalismus her zum ausgeprägtern Sozialismus hin höchst wahrscheinlich unerschüttert erhalten bleiben wird.

Diese Lösung des theoretischen Problems der landwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen dürfte es der Agrarstudienkommission erleichtern die praktisch noch wichtigere wirtschafts- und sozialpolitische Zweifelsfrage zu entscheiden, die uns durch unsere gesetzgeberische Mitarbeit im preußischen Abgeordnetenhaus aufgedrungen wird: Sollen wir zur Förderung einer lediglich wirtschaftlichen und sozialen Zwecken dienenden Arbeiter- und Bauernansiedlung Staatsländereien und Geld der Steuerzahler bewilligen oder nicht? Natürlich wird die Kommission, um eine sachgemäße Beantwortung

¹⁸⁾ Siehe Poppe *Gütermarkt und Gutskauf im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1913 pag. 296 ff. Die Beschreibung seines 565 Hektar großen Guts Czekanowko in Westpreußen, die er in dem von Professor Dade herausgegebenen Jubiläumswerk *Die deutsche Landwirtschaft unter Kaiser Wilhelm II.*, Band / Halle 1913/, pag. 25, veröffentlichte, schließt Poppe mit den resignierten Sätzen: »Ob allerdings trotz gesteigerter Löhne in ferner Zukunft es möglich sein wird dem deutschen landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetrieb die genügenden Arbeitskräfte zuzuführen, wer möchte diese Frage bejahen? Schon die Sachseingerei kann als natürlich und gesund nicht bezeichnet werden. An Stelle des größern Betriebs wird vielfach der Kleinbetrieb treten müssen, der Kleinbauer, welcher mit eigener Hand den Pflug führt.«

¹⁹⁾ Siehe Rjasanow in Bebel *Die Frau und der Sozialismus* / Stuttgart 1913/, pag. 421 ff. In den früheren, von Bebel selbst besorgten Auflagen findet sich dieser Satz nicht. Er ist neben vielen anderen schiefen und unrichtigen Behauptungen über die deutsche Landwirtschaft von dem Bearbeiter der 50. Auflage hinzugefügt worden.

dieser Frage zu ermöglichen, die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse der bisher durchgeführten Besiedelungen prüfen müssen. Dabei dürfte sie voraussichtlich zu folgendem Resultat kommen: Die durch die Innenkolonisation bewirkte Änderung der Betriebs- und Besitzverhältnisse führt eine bedeutend ergiebigere Ausnutzung des Bodens herbei und erhöht zugleich beträchtlich die Leistung des platten Landes für die Bedarfsdeckung der Städte und damit auch der industriellen Arbeiter. Da die um die Mehrproduktion gesteigerte Kaufkraft der Landbevölkerung natürlich als Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen in Erscheinung tritt, wird durch innere Kolonisation das sichere Fundament der deutschen Industrie und der Existenz der deutschen Industriearbeiter, der innere Markt, verstärkt. Aber als Sachwalterin ihrer Kerntruppen, der städtischen Arbeiter, hat die Sozialdemokratie ein noch näher liegendes und offensichtlicheres Interesse an beschleunigter Fortsetzung der Binnensiedelung: die Verteuerung des Fleisches und anderer tierischer Produkte, unter der gerade ihre Wählermassen am meisten zu leiden haben, nötigt sie auf die Vermehrung der Bauernwirtschaften als unserer besten und billigsten Viehproduktionsstätten hinzuwirken. Außerdem wird auch das Verlangen der landwirtschaftlichen Arbeiter nach eigenem Grund und Boden die deutsche Sozialdemokratie zwingen, wie es die skandinavische bereits gezwungen hat, die Ansiedlung ländlicher Arbeiter auf nicht zu kleinen entwicklungsfähigen Rentengütern zu unterstützen.²⁰⁾ Aus allen diesen Gründen wird die Agrarstudienkommission der Partei empfehlen müssen darauf zu dringen, daß die Vermehrung der kleineren und mittleren Bauernwirtschaften, obschon die wirtschaftliche Entwicklung selbst darauf hinarbeitet, durch staatlich geleitete Aufteilung und Besiedelung besonders ostdeutscher Privatgrößtüter und Staatsdomänen noch künstlich gefördert wird.

Solche theoretische Einsichten und praktisch-politische Forderungen führen uns zwar von der agrarmarxistischen Doktrin und Politik weit hinweg: sie nähern uns aber der Erreichung unserer sozialistischen Ziele. Das uns alle begeisternde Doppelideal des Sozialismus ist einerseits möglichste Beseitigung alles arbeitslosen Einkommens, aller Ausbeutung der produktionsmittelberaubten Lohnarbeiterschaft durch die kapitalistischen Klassen und andererseits möglichste Steigerung der Produktion und der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit. Dieses Doppelideal kann in Industrie, Handel und Verkehr, wo der große Betrieb zweifellos überlegen ist und noch immer siegreich vordringt, nur dadurch verwirklicht werden, daß die kapitalistischen Großunternehmungen immer mehr der Kontrolle der Gesamtheit unterstellt und schließlich, bei allmählicher Lösung der immerhin schwierigen Organisationsprobleme, in das Eigentum der Gesellschaft übergeführt werden. Eine Zerstückelung der großen Werkanlagen der mechanischen Güterproduktion und -distribution wäre absurd, jede künstliche Hemmung der Entwicklung zum Großbetrieb in dieser Sphäre ist reaktionär. Ganz anders im Bereich der organischen Produktion, der Landwirtschaft. Hier ist infolge des Feh-

²⁰⁾ Wenn die Genossin Dr. Landau-Gumplowicz (Lemberg) in ihrem gegen mich polemisierenden Artikel *Ein Beitrag zur Frage des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs* in der *Neuen Zeit*, 1912-1913, 2. Band, pag. 965, die deutsche Sozialdemokratie warnt die Zahl der grundbesitzenden Landarbeiter und der Kleinbauern zu vermehren, weil es »unendliche Mühe« koste sie auf die Stufe des eigentlichen Landwirts zu heben, so mag das für Galizien zutreffend sein. Daß es aber für das östliche Deutschland nicht zutrifft, glaube ich in meinem Artikel *Das Vordringen des landwirtschaftlichen Familienbetriebs und des Kleingrundbesitzes in Ostelbien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 424 ff. nachgewiesen zu haben.

lens ihrer notwendigen Vorbedingung, der Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in verhältnismäßig wenigen Händen, die Vergesellschaftung des Grund und Bodens und der übrigen agrikolen Arbeitsmittel nicht durchführbar. Sie ist aber auch nicht nötig; denn das sozialistische Ideal läßt sich auf landwirtschaftlichem Gebiet auch ohne sie verwirklichen. Im kleinen und mittlern Bauerngut läßt sich bei genügender Schulung der selbstarbeitenden Besitzer und bei deren genossenschaftlichem Zusammenschluß eine ebenso große, in den wichtigsten Betriebszweigen sogar größere Produktionsleistung und Produktivitätssteigerung erzielen als im Großgut. Von einer Ausbeutung fremder Arbeitskraft kann aber im bäuerlichen Familienbetrieb, der immer mehr der Typus der landwirtschaftlichen Unternehmung zu werden scheint, überhaupt nicht die Rede sein, und in den größeren Bauernwirtschaften ist sie infolge zunehmender Mitarbeit der Familienangehörigen so gering, daß sie auch durch andere Maßnahmen als durch Bodenverstaatlichung, namentlich durch eine den ländlichen Verhältnissen angepaßte Arbeiterschutzgesetzgebung, wirksam bekämpft werden kann. Es kann und muß deshalb uns Sozialisten genügen, daß die bäuerlichen Grundeigentümer sich durch das Wunderwerk des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in das in rüstigem Aufbau begriffene Gefüge unserer überwiegend gemeinwirtschaftlichen Zukunftsgesellschaft immer besser einordnen lernen.

XX

WALLY ZEPLER · HEDWIG DOHM




ELTHISTORISCHE Umwälzungen vollziehen sich nicht mit einem Schlag. Lange bevor sie am geschichtlichen Horizont emportauchen, werfen sie ihre Strahlen voraus, und während sich das werdende Neue langsam in seiner vollkommenen Erscheinung enthüllt, sehen es die meisten nur unter begrenztem Gesichtswinkel, in verschobenen Linien. So ist es der Frauenbewegung ergangen, und so ergeht es ihr noch jetzt. Eng und klein hatte sie bei uns eingesetzt. Was sie forderte, war zunächst gering. Die Möglichkeit sich zu ernähren für ein paar tausend überzählige bürgerliche Mädchen, die Möglichkeit in etwas besseren Schulen die grausame Dürftigkeit des Wissens zu überwinden, das man bis dahin für das weibliche Geschlecht für gut genug gehalten hatte. Dann kamen ein paar freiere Geister, die kühnere Ziele stellten: tüchtige Bildung, Studienfreiheit, Teilnahme an Wissenschaft und Kunst. In den sechziger Jahren war der Kampf entbrannt. Die ersten Frauenvereine waren begründet, die ersten Streitschriften für das Frauenstudium geschrieben worden. Gehässige Gegenschriften folgten. Die Gelehrten waren die eifrigsten mit dem ganzen Rüstzeug der Wissenschaft die Eindringlinge niederzuschmettern. Gegen ein paar dieser Kundgebungen aus dem Anfang der siebziger Jahre wenden sich die ersten Veröffentlichungen der Frau, die eine der kühnsten, geistvollsten und weitschauendsten Vorkämpferinnen ihres Geschlechts geworden ist: Hedwig Dohm.

Sie gehörte der eigentlichen Frauenbewegung nicht an. Als ernste und tief-schauende Denkerin überflog sie in ihren Ideen schon in den ersten Stadien des Kampfes unendlich weit die eng gesteckten Ziele, die es damals zu erreichen galt, und die nur die ersten Etappen zu dem Bau einer Zukunft

waren, die für sie in unendliche Fernen wies. Denn sie sah die Größe der Umwälzung, die sich hier zu vollziehen begann. Sie sah, daß ihre Grenzen erst in einer spätern Entwicklung lagen, daß es sich nicht darum handelte, ob ein paar tausend Frauen in die höheren Berufe dringen könnten, sondern daß es hier um den Aufstieg eines ganzen Geschlechts ging. »Es gilt bei dieser Frage ein Seelenpalimpsest zu entziffern, das von Jahrtausenden und von allen Völkern der Erde überschrieben worden ist. Es gilt zu entziffern die ursprüngliche Schrift des Palimpsestes: die Urschrift der Natur.« Und: »In der Tat bedeutet die moderne Frauenbewegung eine sozialetische Revolution wie die Welt keine zweite gesehen... Die revolutionäre Frauenbewegung bedeutet die Freiwerdung des fünften Standes.«

Langsam, langsam schritt die Bewegung vor. Langsam und schwer rang sich geistig aus der Begrenzung des bürgerlichen weiblichen Bildungskampfs Idee um Idee. Man lernte die Frau im Ganzen der Gesellschaft sehen, in dem Helotentum der Arbeit. Und endlich, spät erst, sah man auch ihre furchtbare Unterdrückung in dem, worin man sie so gern als Königin feierte: in ihrem Geschlechts- und Liebesleben, ihrer Mütterlichkeit. Wir kennen die schweren Kämpfe, die auch innerhalb des Kreises der Frauenrechtlerinnen um diesen allmählichen Erkenntnisfortschritt ausgefochten wurden, wissen, wie lange es dauerte, bis auch nur das politische Stimmrecht als allgemeiner Kampftruf ertönte, wie fern sich selbst feine und kluge Führerinnen der Rechten sogar noch heute von dem Gedanken einer vollkommenen Wandlung der Familienformen halten. Heute noch wie vor 4 Jahrzehnten scheint Hedwig Dohm unter all den kämpfenden und schaffenden Frauen die freieste und weiteste im Geist. Heute noch strömt das Wort der Achtzigjährigen wie ein junger, frischer Quell, und wer sich aus Beschränktheit des Gefühls und Denkens zu einer stolzen, unabhängigen Frauenpersönlichkeit retten wollte, den müßte man auch heute noch an ihre Türe weisen.

 DIE Frau, die in kühnem Vorwärtsschauen der Bewegung so weit voraus war, konnte nicht in Vereinen und Organisationen Jahr für Jahr den ersten Zielen Anhänger werben. Für sie existierte noch keine Gemeinde; sie blieb draußen und griff nur in den Kampf, wo die Rückständigkeit der Gegner ihre überlegene Abwehr wachrief. Aber vielen einzelnen hat sie um ihres Wesens willen Unendliches bedeutet. Sie, die das Frauenleben früherer Tage nach allen Seiten durchmessen, die ihre starke Kraft wunderungen hatte, um seine tödliche Enge zu durchbrechen, sie kannte die Schmerzen, an denen sich die Frauen verzehren, und sie fand die Sprache das Bewußtsein ihrer menschlichen Persönlichkeit in den Schlafenden zu wecken. Nicht aus Theorieen, aus der lebendigen Wirklichkeit war ihr die Erkenntnis erwachsen. Sie hatte dieses Zeitalter »als ein Schicksal erlebt«; so wachte gleiches Erleben unter ihren Worten auf.

Die Gegner, die ursprünglich Hedwig Dohm den Anlaß zu ihrer polemischen Stellungnahme in der Öffentlichkeit gaben, waren schwach genug. Ein paar Pastoren hatten gegen die Frauenforderungen mobil gemacht, einige Universitätsprofessoren die Wissenschaft aufgerufen, um die Unmöglichkeit des weiblichen Medizinstudiums zu erweisen. Man kann heute nur mit be-

lustigstem Kopfschütteln jene ersten Streitschriften der Gelehrten lesen, mit ungläubigem Staunen darüber, mit welchen Argumenten diese ernsthaften Männer die Frauenbewegung zu schlagen glaubten. Hedwig Dohm hatte es gewiß sachlich nicht allzu schwer ihre *Beweise* zu zerpfücken. Zu hören, wie sie es tut, das ist noch heute ein ästhetischer und geistiger Genuß. Ihr Stil ist etwas völlig Originales, ein wirklicher Meisterstil der Polemik. Glitzernd, funkelnd, blendend ergießt sich ein wahrer Sprühregen von Witz und Satire über den Angegriffenen; mit überlegenem Spott führt sie ihn durch die Widersprüche seiner eigenen Behauptungen *ad absurdum*, stellt seinen falschen Thesen bekannte Tatsachen der Geschichte gegenüber; ironisch zeigt sie dem Vertreter der Wissenschaft, wie es um die Wissenschaftlichkeit seiner Argumente bestellt ist. Gegenüber dem heuchlerischsten aller dieser Argumente, der stetig wiederkehrenden Besorgnis, die armen Frauen könnten durch die harte Arbeit den zarten Hauch ihrer blumenhaften Weiblichkeit verlieren, weist sie schon damals in bitterer Empörung auf die Hunderttausende der Proletarierfrauen hin, die unter der furchtbarsten körperlichen Arbeitsfron zusammenbrechen, während keiner dieser männlichen Schönheitsanbeter daherstürmt, um ihnen zu helfen. Und doch macht sie sich kaum jemals einer Übertreibung schuldig. Im Grunde behauptet sie gar nichts über das, was die Frau leistet oder leisten wird; ihr Standpunkt bleibt unwiderleglich, mag man das geistige Wesen des weiblichen Geschlechts beurteilen, wie immer man wolle. »Und wenn man mir sagt: seit Jahrtausenden dauern diese Zustände an, so antworte ich: ist das noch nicht lange genug? ... Und wenn man mich fragt: wo soll die Grenze sein, auf der man der Frau zurufen wird *Bis hierher und nicht weiter!* so antworte ich: das weiß ich nicht.« Volle 20 Jahre, bevor bei uns die erste öffentliche Versammlung für Frauenstimmrecht einberufen wurde, trat Hedwig Dohm auch dafür mit glühenden Worten ein. Sie wußte, daß es kommen, daß sich ein paar Jahrzehnte später niemand mehr gegen diese selbstverständliche Forderung erheben würde. Und doch, wie zeitgemäß sind angesichts der jämmerlichen Zahl der paar tausend bürgerlichen Stimmrechtskämpferinnen noch immer ihre Worte: »Die Frauen, die das Stimmrecht nicht wollen, erklären sich für eine untergeordnete Spezies der Gattung Mensch. So mögen sie fortfahren von den Brosamen zu leben, die von ihrer Herren Tische fallen.« Damals regneten auf die kühne Vorkämpferin nur Hohn und Angriffe von allen Seiten. Alle Welt stand auf die bedrohte Weiblichkeit vom Untergang zu retten. Mußte eine Denkerin wie sie über diese Welt nicht lächeln, die immer von neuem ihre Propheten verbrannte, um das, was sie predigten, in einigen Jahrzehnten zu den Weisheiten der Märkte zu werfen? Hedwig Dohm blieb nun lange still. Nach 20 Jahren erst gab sie auf Wunsch von Freunden ihre Streitschriften neu heraus, weil sie »zu ihrem Erstaunen« fand, daß deren Inhalt »keineswegs antiquiert« war. Dann rief sie erst 1902 ein äußerer Anlaß von neuem auf den Plan. Sie veröffentlichte eine Sammlung weiterer polemischer Aufsätze: *Die Antifeministen*. Sie richteten sich gegen neue gegnerische Geisteserzeugnisse, so gegen die berühmte Möbiussche Broschüre über den physiologischen Schwachsinn des Weibes und ferner gegen die literarischen Feinde, die sich inzwischen im eigenen Lager erhoben hatten: die weiblichen Anti- und Halbfeministen, die Laura Marholm, Ellen Key, Lou Salomé usw. Der Kampf gegen sie ist im

höchsten Sinn noch ein Gegenwartskampf; denn während ein Teil der äußeren Ziele der Bewegung nun erreicht ist, stellt sich in dieser Strömung eine für die Frauenzukunft in hohem Maß gefährvolle Reaktion dar. Gerade ihnen gegenüber enthüllt sich denn auch am prägnantesten bei Hedwig Dohm jene unter den kämpfenden Frauen noch immer so seltene Blickschärfe und Konsequenz des Denkens, die mit unbeirrbarer Sicherheit nach einer Richtung weiterschreitet und sich bewußt ist, daß die Menschheit zu neuen Lebensformen nur gelangt, wenn sie die alten aus dem Weg räumt.

Klarheit über den Weg ihrer Entwicklung brauchen die Frauen heute. Wie hoch der Gipfel liegt, auf den das weibliche Geschlecht einmal gelangen wird, das wissen wir nicht, können wir nicht wissen. »Quält sie sich ab die höchste Höhe des Mannes zu erreichen, muß sie als Weib zugrunde gehen«, hatte Ellen Key gesagt. »Nie, wenn ich ein Buch schrieb, habe ich daran gedacht die höchste Höhe des Mannes erreichen zu wollen Und war ich je von einem Ehrgeiz besessen, so war es der meine eigene höchste Höhe erreichen zu wollen«, erwidert treffend Hedwig Dohm. Aber eben deshalb gibt es nichts Schlimmeres für uns als die verschwommenen, nebelhaften Zustimmungen der Halben, die, ohne sich gegen bestimmte Forderungen aufzulehnen, in jeder wirklichen Umwandlung des Frauenlebens den Tod irgendeiner wahren Weiblichkeit verkünden. Wie der große Krumme in Ibsens *Peer Gynt* sind diese Angreifer gestaltlos und deshalb unfassbar; wo man sie halten will, versinken sie in einem Meer betäubender Worte, die sich selber auflösen, sobald man ihren Sinn zu packen versucht. Wir Frauen hätten Hedwig Dohm schon dafür allein zu danken, daß sie, der man nicht den gewollten und notwendigen Fanatismus des Tageskämpfers vorwerfen kann, sich mit scharfer Waffe gegen diese zerrinnenden Frauenideale jener sich so modern Dünkenden wendet. Ihre ernste, durch keine angelernte Phrase beirrbare Lebensbeobachtung, die Bestimmtheit ihres Denkens zeigt sich hier ganz besonders an einem Punkt, in ihrer Auffassung der Familie und Mutterschaft. Gerade darin steht sie im schärfsten Widerspruch zu der großen Schar der Halben im Lager der Männer und Frauen, zu den Mütterlichkeitsaposteln auch unter den Feministen beiderlei Geschlechts. Worüber wohl wurde schon mehr in der Welt zusammenphantasiert und -geschrieben als über die Mutterschaft? Aber ich wüßte nicht viele, die dem Mutterempfinden der Frau so tief auf den Grund gesehen, die seine höchsten Regungen so verstanden, aber auch mit so scharfem, durchdringendem Licht in das fast unentwirrbare Phrasengewebe der Jahrhunderte hineingeleuchtet haben, das sich um dieses Naturgefühl herumgewoben hat. Und wenn irgendeine unter den modernen Frauen, so ist sie die prädestinierte Verkünderin der Mütterlichkeitsentwicklung der Zukunft. Denn das ist das ganz Merkwürdige in ihrer Natur: Beide Seiten des neuen Frauentums, wenn man sie denn als Gegensätze fassen will, sind gleich stark in ihr: der Drang nach Entfaltung der eigenen Individualität und das innigste Gefühl für die Seele und die Forderungen des Kindes. Mit dem zartesten Miterleben geht sie in ihren Romanen dem Sinnen und Träumen, den halb unbewußten Lebensäußerungen des kindlichen Geistes nach; sie fühlt jede liebevolle Berührung eines Kinderherzens, sie begreift intuitiv die versteckten Wurzeln der Eigenschaften, die im Kind nach außen deutlich werden. Aber gerade weil sie als individueller Mensch mütterlich fühlt und ihrer ganzen

Persönlichkeit nach möglicherweise sogar besondere erzieherische Begabung besitzt, sieht sie mit außerordentlicher Klarheit, wie sich die Mütterlichkeit im wirklichen Leben darstellt. Mit starker schriftstellerischer Kraft hat Hedwig Dohm in ihren Romanen die problematischen Erziehungsleistungen der meisten Mütter geschildert, so aus der tiefsten innern Erfahrung in den *Schicksalen einer Seele*, in *Christa Ruland* und in den *Sommerlieben*. Von ihrer wirklich denkenden Mütterlichkeit geleitet, dringt ihr Blick auch gerade von diesem Punkt aus der engeren Sphäre der bürgerlichen Welt in die Tiefen der Gesellschaft und zeigt ihr das bittere Elend so vieler Proletariatkinder, das Grauen ihrer Erziehung in Not, Schmutz, Unwissenheit, unter Trinkern und Verbrechern. Den Fluch eines Lebens, das einer solchen Jugend entwuchs, hat sie uns mehrmals erschütternd gemalt, besonders in der eigenartigen Gestalt des Volksschullehrers Heiling (in den *Schwanenliedern*). Aber während Heiling, dessen Gaben man zertreten hat, den man kenntnislos und wider eigenen Willen zum Volksschullehrer machte, an seinen armen Dorfkindern unwissentlich Vergeltung übt, erhebt sich (in *Plein air*) Gottfried, ein anderer Lehrer, zu einem reinen Erziehungsideal; er will das furchtbare Erbe, das die Gesellschaft den Kindern der Verbrecher mitgab, durch bewußte liebevolle Jugendbildung aufzuheben suchen. Sein Ideal ist das einer edlen, vielseitigen und freien Gemeinschaftserziehung. Und Hedwig Dohm selber sagt: »Ich sehe eine priesterliche Kaste von Erziehern erstehen, Erziehern, wie ähnlich der Griechenjüngling sie in Plato und Sokrates fand, wie sie vorläufig nicht existieren, aber in Zukunft existieren können und werden. Der Stand der Erzieher müßte der vornehmste der Nation, ein ehrfurchtheischender sein ...«

Was Hedwig Dohm über Ehe und Liebe denkt, ist nur zum kleinen Teil in ihren Kampfschriften zu finden; im Mittelpunkt ihrer Novellen und Romane stehen dagegen immer wieder diese Fragen, wie sie im Mittelpunkt des Frauenlebens standen, das ihr eigentliches Thema bildet. Sie sieht das Problem zunächst in seinem geschichtlichen Werden. Der Aufstieg ihres eigenen Lebens gehörte ja noch der dunklen Zeit trostlosester Selbstaufgabe der Frau in der Ehe. In verschiedenen Büchern, vor allem in *Werde, die Du bist!* hat sie uns solch ein schattenhaft verdämmerndes Frauenlos gezeichnet, die Frau, die ohne irgendein Bewußtsein eigenen Menschentums, ohne Wesenheit, und so auch ohne innere Auflehnung erst als Tochter, dann als Ehefrau und Mutter stumpf mechanisch ihren Weg dahingeht, und in der erst, als sie nach des Mannes Tod und der Verheiratung der Töchter plötzlich pflichtlos im leeren Raum steht, nach schwerem Ringen langsam die verschüttete menschliche Persönlichkeit emporsteigt. Als sie sich endlich selbst entdeckt hat, umnachtet sich ihr Geist, der nun das Sonnenlicht nicht mehr erträgt. »Ich habe ein Leben gelebt, wo ich gar nicht dabei war.« Es ist eins von Hedwig Dohms besten und wahrsten, aber auch traurigsten Büchern. Das Schicksal dieser armen Bürgerstochter, die doch im Innern einen königlichen Menschen barg, scheint uns versunken, wie uns heute manches andere Bild aus früherer Zeit versunken scheint. Aber sie leben auch heute noch zahlreich genug, diese kleinen trüben Frauenexistenzen, und selbst in denen, die sich an den Tag gerungen haben, gehen im Innern immer noch die Gespenster dieser Vergangenheit um.

In den Romanen, die spätere Entwicklungsstadien schildern, stehen die

Frauen auch der Ehe anders empfindend gegenüber als die frühere Generation. Man erkennt: Auch die Ehe hat ihre Entwicklungen. Ihre Urform verschwindet allmählich; mit der Differenzierung und Verfeinerung der Menschen differenziert sie sich ebenfalls und wird zu etwas anderm. Und endlich bleibt man bei der Zwangsform nicht stehen. Die Liebe in allen ihren Gestalten zieht an den Heldinnen der Bücher Hedwig Dohms vorüber, die sinnliche und geistige Anziehung zwischen Mann und Frau als das Urgefühl in jedem Gemeinsamkeitsleben der Geschlechter. Hedwig Dohm hat in einer sehr originellen Frauengestalt, der Pia (in *Plein air*), auch eine Art moderner Hetäre geschaffen, die die Triebe von dem Geist, die Sinnlichkeit von der Seele scheidet: »Was für ein Götzenbild der Sinnlichkeit! Als ob ich mein Leib wäre, meine Sinne, meine ganze Habe!« Hedwig Dohms eigenes Empfinden freilich neigt sich der himmlischen Liebe zu, in der Sinne und Seele sich vermählen. Tiefste Liebe fließt ihr nur aus tiefstem Menschentum; sie ist der heiligen Güte, der alles umspannenden, selbstvergebenen Menschenliebe verwandt, sie ist ewig wie sie und umhüllt ihre Jünger mit unverlöschlicher Freude. Dieses Liebesideal, das in verschiedenen ihrer Werke erscheint, hat nichts mehr gemein mit unserer heutigen Ehe; es ist die unzerstörbare Vereinigung gleichgestimmter Menschennaturen, die unter jeder Gemeinschaftsform der Geschlechter erblühen kann, ein Endstein persönlicher Entwicklung, wie er nur selten (und schwerlich in der Zwangsgestalt allgemeiner Institutionen) zu erreichen ist.



N Hedwig Dohms schriftstellerischem Lebenswerk nimmt trotz ihrer Bedeutung als Vertreterin der Zeitideen das künstlerische Schaffen die erste Stelle ein. Was sie erlebt, will sie vor allem gestaltend wiedergeben. Aber umgekehrt strahlt aus ihren Novellen und Romanen doch stets ihr eigenes Wesen zurück. Sie ist subjektiv, meditierend, bewußt, kritisch. Die Empfindungen, die sie erfüllen, fließen unwillkürlich in die Seelen ihrer Heldinnen über, und, so fern das Ganze ihrer Persönlichkeit auch dem Wesen fast aller der Frauen bleibt, die sie gezeichnet hat, so ist sie doch auch wieder selbst in jeder einzelnen von ihnen. Deshalb greift ihre Kunst auch beinahe niemals über die Welt hinaus, in der sie gelebt hat, fast niemals schafft sie Frauen einer ihr fernern Art oder einen männlichen Charakter anders als in den mehr äußerlichen Seiten, die er in der Gesellschaft, im Kontakt mit Menschen, in seiner Beziehung zu Frauen verrät. Innerhalb dieser ihr eigentümlichen Sphäre hat uns Hedwig Dohm vorzügliche, scharf gesehene, plastisch hingestellte Bilder des Lebens gezeichnet. Sie liegen fast alle innerhalb der gleichen Szenerie. Es ist die vornehme, bürgerlich großstädtische Gesellschaft, das salonfähige Literaten-, Schriftsteller-, Künstler-tum, die in markanten Typen, in ihrer Sprache, ihren Sitten und Lebensformen, ihrer Weltauffassung an uns vorübergehen. Das Medium, durch das wir die wechselnden Gestalten dieser schillernden Welt betrachten, ist fast stets die Frau, die Frau dieser Epoche, dieser Sphäre, dieses geistigen Milieus. Und diese Frauenporträts sind nicht nur treffsichere Oberflächenbilder. Hier gräbt die Zeichnung tiefer, hier dringt sie wirklich bis ins seelische Mark. Die starke Subjektivität der Darstellung wird hier zum vorzüglichsten Ausdrucksmittel; in den Adern der Heldinnen pulsiert lebendiges

Blut, sie sind aus Selbstempfundem, Selbstdurchlebtem geboren. Für uns bedeuten diese Frauen noch etwas anderes: Sie sind nicht einzelne Zufallsfiguren, willkürlich herausgehoben aus der bunten Reihe gleichwertiger anderer; sie sind und sollen Marksteine in einer bestimmten Entwicklungsphase des Frauentums sein, Zeittypen, wie wir sie in der modernen Frauenliteratur in dieser Art nicht viele besitzen. An erster Stelle stehen hier die Heldinnen des großen 3bändigen Romanzyklus *Schicksale einer Seele*, *Sibilla Dalmar* und *Christa Ruland*. »In 3 Romanen«, sagt die Verfasserin, »wollte ich 3 Frauengenerationen des 19. Jahrhunderts schildern, deren Repräsentantinnen, den Durchschnitt zwar überragend, doch Typen ihrer Zeit sein sollten. Ich wollte sie schildern, aufsteigend aus dem ersten Dämmer des Morgengrauens der Erkenntnis bis zum hellen, verheißungsvollen Frühlicht, das den Glanz der Mittagssonne ahnen läßt, die erst über den Frauen des 20. Jahrhunderts aufgehen wird.«

In den *Schicksalen einer Seele* scheint wirklich eine versunkene Epoche vor uns heraufzusteigen. Dieses Elternhaus, in dem das fürchterlichste Hausfrauentum regiert, die lärmende, zänkische Mutter, die »den ganzen Tag hinter den Mädchen her ist«, die jammervolle Schule, das seelenlose Dasein der heranwachsenden Tochter, die die Zeit der intensivsten Entfaltung mit lauter sinnlosem Kleinkram vergeuden muß und darn die in blindem Zufall geschlossene Ehe, Jahre des grausamsten seelischen Martyriums, bis endlich langsam, tastend in dem Bewußtsein dieser Frau die Idee der innern Befreiung aufsteigt. »Fruchtlos, weil der Weg zum Ziel: Befreiung der ur-eigenen Individualität aus der Vergewaltigung der Jahrhunderte, noch in dämmernde Nebel gehüllt bleibt, weil die Zeit für die Verwirklichung ihrer Ideen noch nicht erfüllt ist.« Dann die zweite Generation: *Sibilla Dalmar*. Auch hier erklärt Hedwig Dohm, was sie gewollt hat. »Der Weg, der zum Ziel führt, liegt schon klar vor den Augen der Heldin, er ist aber uneben, dornig, gefahrvoll, beschreibbar nur für energische Charaktere . . . Diesen sonnenlosen Weg zu gehen war über Sibilla Dalmars Kraft.« Ich glaube, mehr als dies hat in Sibilla Dalmar Gestalt gewonnen. Denn es ist nicht nur ein individueller Fehler, ein Mangel an Kraft, der sie und später auch Christa Ruland bricht; sie sind vielmehr von vornherein zur Halbheit und zur ewigen Zerrissenheit verurteilt, weil sie eben ihrer Generation entstammen. Sie sind Übergangsgeschöpfe zwischen einer versinkenden alten und einer neuen eben heraufdämmernden Zeit, arme Seelen, denen diese verworrene Zeit keinen frischen Lebenssaft mehr in die Adern gießen konnte. Abgestoßen von der Welt, in der sie leben und doch unfähig sich ein eigenes Dasein aufzubauen, grübelnd und suchend, aber ohne tiefsten innern Wesenskern, irren sie verloren im Weltall, Spielbälle des Zufalls, dem sie begegnen. Nicht Kraft nur mangelt ihnen, sondern vor allem Inhalt. Es spricht für Hedwig Dohms Wahrhaftigkeit, daß sie, vielleicht ganz absichtslos, allen diesen Frauen einen charakteristischen geistigen Zug lieh: Auch da, wo sie sich herausringen, wo sie neue Wege suchen, gehen sie stets an der Hand eines Mannes. Im Urgrund der Seele steckt hier schon irgendwo ein Riß, eine Leere, die auch das schärfste Denken nicht ausfüllt.

Die neue Frau der jungen Generation, die Hedwig Dohm uns geben wollte, ist sie uns schuldig geblieben. Weder Christa Ruland ist es, noch irgendeine

andere von all den jungen auf sich selbst gestellten Frauen ihres Kreises. In unserer ganzen modernen Frauenliteratur existiert überhaupt noch kein rechtes lebendiges Exemplar dieser neuen Frau. Das ist erklärlich. Sie lebt noch nicht in der Dichtung, weil sie in der Wirklichkeit noch gar nicht leben kann. Auch die, die jetzt in der Jugend schon ihren Wegen folgen dürfen, sind doch noch längst nicht frei. Auch in ihrem Blut kreist noch das uralte Sklaventum, sie schleppen verborgen überall Hemmungen und Ketten mit sich herum, und es wird noch des Kampfes ganzer Generationen bedürfen, um sie von ihnen zu lösen.

Schön ist bei Hedwig Dohm die Philosophie des Alters. Die Frau hat stets das Alter als ihren Todfeind gefürchtet; der ganze Inhalt ihres Seins, nicht nur die Liebe, auch Arbeit und Pflichten, versanken ja für sie mit der Jugend. Nun steht es anders. Der Denkende und Schaffende breitet mit dem Alter seine Wurzeln tiefer ins Erdreich, er reift und weitet sich bis zur letzten Stunde. »Wenn du nur noch einen einzigen Tag lebst, hast du eine Zukunft vor dir... Die theosophische Vorstellung: je reicher an Hirn und Herz wir ins Grab steigen, um so glorreicher wird unsere Wiederkehr sein, ist von feierlicher Vornehmheit.« Und sie ruft den Frauen zu: »Untätigkeit ist der Schlaftrunk, den man dir, alte Frau, reicht. Trink ihn nicht! Sei etwas! Schaffen ist Freude. Und Freude ist fast Jugend.« Und sie selbst ist das lebendige Sinnbild dieser Worte. Ihre besten Bücher stammen aus den Lebensjahren, die andere Frauen in schwermütiger Gleichgültigkeit vertrauern, und jedes Wort, das sie schreibt (manche Aufsätze der letzten Zeit auch in dieser Zeitschrift), atmet eine wundervolle Kraft und Frische. Unter den Schöpfungen dieser letzten Jahre sind die *Schwanenlieder* wohl die schönsten. Zarter Stimmungszauber umweht sie; das Bild der Welt wächst in ihnen zuweilen aus dem kleinen Zirkel eines eng umrissenen Kreises zu weiter, allgemeiner Menschlichkeit. Werden und Vergehen, Leben und Tod gleiten im Symbol des ringenden Menschen an uns vorüber.

HEDWIG Dohms eigenes Leben ist wenig bekannt. Sie gehört zu jenen edlen Naturen, die völlig nur in dem versinken, was ihr eigentlichstes Sein bedeutet: in ihren Ideen, in ihrer Arbeit. Was sie selber angeht, scheint solchen Menschen uninteressant und nebensächlich. Auch widerstrebte es ihr immer mit ihrer Person an die Öffentlichkeit zu treten. Sie, die in ihren Büchern so scharfe Pfeile schleudern konnte, die im Denken stets kampfbereit, wagemutig, revolutionär bis zum äußersten war, ist im Leben eine schüchterne, zaghafte Frau, die vor jedem Aufsehen zurückscheut. Auch ihr äußeres Dasein verfloß ruhig, ohne merkwürdige Begebenheiten oder bunten Wechsel. Die Kindheit und erste Jugend in tiefer geistiger Entbeh- rung, in vergeblichem Ringen nach eigener Entfaltungsmöglichkeit wie die der Marlene in den *Schicksalen einer Seele*. Der erste große Eindruck ihrer Jugend war (wenn wir auch darin ihre Schilderung in jenem Roman auf sie selbst beziehen dürfen) die Revolution von 1848. Sie war damals 15 Jahre alt. Der Zufall führte sie auf der Straße an der Leiche eines jungen Revolutionärs vorbei. Die Erschütterung war so stark, daß die Umstehenden glaubten, der Gefallene sei der Bruder des jungen Mädchens. »Seit jener Stunde, wo ich den Adel im Volk geschaut, und wo zwei tote Augen mein

Innerstes durchschauert, war ich, man nannte es damals: Demokratin. Von der Sozialdemokratie war, soviel ich mich erinnere, noch gar nicht die Rede. Ja, ich wurde eine blutrote Revolutionärin.« Ein großes Ereignis in ihrem Jugendleben bildete dann eine spanische Reise. Ein volles halbes Jahr brachte sie in Südspanien zu, eifrig die Sprache des Landes studierend. Diese Kenntnisse verwertete sie in der Folge literarisch; ihre erste Veröffentlichung ist eine spanische Nationalliteratur, die 1865 erschien. Sehr früh heiratete sie. Noch als halbes Kind hatte sie ihren spätern Gatten, den bekannten Herausgeber des *Kladderadatsch*, Ernst Dohm, kennen gelernt. Im Berliner Westen spielte sich nun ihr ferneres Leben ab. Lange Zeit in einer Art Gartenwohnung in der Potsdamerstraße gegenüber der alten Musikhochschule. In den ersten Jahrzehnten der Ehe blieb Hedwig Dohm nicht viel Zeit für ihre eigenen geistigen Interessen. Innerhalb weniger Jahre wurden ihr 5 Kinder geboren; ihre Gesundheit war äußerst zart, über reiche Geldmittel verfügte sie nicht. Auch lebten die Eheleute damals nur sehr wenig in der Welt. Erst als die Töchter heranwuchsen, bahnte sich ein regerer Verkehr an.

Von irgendeiner tiefern freundschaftlichen Beziehung, die ihr geistiges Wesen hätte beeinflussen können, weiß man nichts; wahrscheinlich vollzog sich ihre Entwicklung völlig selbständig, aus ihrem eigenen Innern heraus. Mit ihren Gedanken über die Notwendigkeit der Frauenemanzipation stand sie in ihrem Kreis zunächst ganz allein. Wohl stieß sie mit ihrer schriftstellerischen Tätigkeit im Haus und bei ihren Freunden nicht auf direkten Widerstand, ebensowenig aber auf Sympathien oder warmes Interesse. Nur in einem Punkt setzte sie auch im Leben ihre Ideen durch; ihre Töchter mußten sich alle für bestimmte Berufe Vorbildern. Das ist heute freilich auch für viele bürgerliche Mädchen selbstverständlich, in jenen Jahren war es eine Tat, etwas Merkwürdiges und Neues. Als Ernst Dohm vor jetzt 30 Jahren starb, waren die älteren Töchter schon verheiratet; die anderen gingen ebenfalls bald aus dem Haus. Hedwig Dohm war inzwischen in ihrem Kreis berühmt geworden; viele Menschen drängten sich um sie, sie blieb wohl immer nur die Gebende. Man fühlt in ihren Schriften, was ihre Freunde von ihr sagen: daß sie der gütigste, hingebendste Mensch ist, von tiefer Teilnahme für alle, die Interesse oder Rat von ihr fordern. Viel Zeit, die sie dem eigenen Schaffen hätte widmen wollen, ging ihr gewiß dadurch verloren. Den Töchtern und deren Bekannten, wie besonders nachher den heranwachsenden Enkelinnen, war sie immer die Freundin, die ihr inneres Leben mitlebte. Aber so viel und so vielen sie von ihrem Reichtum hingab, sie selbst verlangte von den Menschen nichts. Nicht einmal als Schriftstellerin. Auch um das Schicksal ihrer Bücher hat sie sich nicht bekümmert¹⁾: Womit sie selber fertig war, das hatte keinen Wert mehr für sie.

¹⁾ Dieses Schicksal ist leider für die Öffentlichkeit wenig erfreulich. Es ist der für eine bedeutende zeitgenössische Schriftstellerin sehr merkwürdige Fall eingetreten, daß von ihren Büchern fast keines mehr im Buchhandel zu haben ist. Nicht allein die meisten der für die Frauenbewegung so wichtigen polemischen Schriften (*Was die Pastoren von den Frauen denken*, *Der Frauen Natur und Recht*, *Die Mütter*), auch die großen Romane (*Plein air* und die Trilogie *Schicksale einer Seele*, *Sibilla Dalmar*, *Christa Ruland*) sind vergriffen, ebenso mehrere Novellenbände (*Frau Tannhäuser*, *Wie Frauen werden*; *Werde, die du bist!*, *Schwanenlieder*). Zu haben ist nur noch das prächtige Buch *Die Antifeministen*, das bei Dümmler, und der schöne *Freiluftnovellenband Sommerleben*, der im Verlag *Vita* erschien. Ein Verleger, der wenigstens das Wertvollste aus Hedwig Dohms Schriften in einer Gesamtausgabe neu herausbrächte, würde sich ein erhebliches Verdienst erwerben und des allgemeinen Dankes, nicht nur der Frauen, sicher sein.

Hedwig Dohms geistige Persönlichkeit kann man nur aus dem Ganzen ihres Schaffens heraus begreifen. Mannigfache Züge mischen sich in ihrem Wesen: glühendes Naturgefühl, ein intensiver Hang zu träumerischem Genießen, zu stillem Sichruhenlassen in den Dingen; ein scharfer kritischer Verstand, abstraktes Denken, philosophisches Erfassen der Welt und des Lebens. Die Neigung zu philosophischem Erkennen, die immer Urgrund und Zielpunkt der geschichtlichen Entwicklung suchen möchte, ist in ihr weitaus stärker als das Interesse für den langsamen Fortschritt der Gesellschaft im realen Tageskampf. Deshalb war sie wohl niemals eigentlich Politikerin. In der Totalität ihrer Natur, in dem seelischen Reichtum, der viele, anscheinend heterogene Wesenselemente in eine geistige Einheit zusammenschmelzt, liegt ihre Eigentümlichkeit, der besondere Zauber, der von ihr ausstrahlt. Ihre edle, menschlich bedeutende Persönlichkeit muß auf jeden eine tiefe Anziehung üben. Wir Frauen aber werden vor allem andern stets in ihr die Vorkämpferin unseres Geschlechts, die Prophetin eines reinern Menschentums der Frau verehren.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Frankreich: Zu den Argumenten gegen Staatsbetriebe gehören von jeher auch die Ergebnisse der staatlichen Betriebe in Frankreich. Auch Dr. M. Urville kommt in einem Aufsatz über die französischen Staatsbetriebe (in der bei Tetzlaff in Berlin erscheinenden volkswirtschaftlich-statistischen Monatsschrift *Verwaltung und Statistik*) zu dem Schluß, man könne im großen ganzen sagen, daß sich der französische Staat als Unternehmer nicht bewährt habe. Er fügt aber hinzu, daraus ein Verdammungsurteil über die Verstaatlichung überhaupt zu fällen wäre recht kurzsichtig. Die Gründe, die Dr. Urville für die Mißerfolge in Frankreich anführt, »sowohl dessen weitgehenden Parlamentarismus wie dessen Völkerpsychologie«, sind freilich nichts weniger als zutreffend. Frankreich, behauptet er, fehle eine gut organisierte und unabhängige Bürokratie vollkommen. Weiter eigne sich der Franzose nicht für Betriebe, die eine starke Disziplin erheischen, und in denen das Autoritätsprinzip gelten müsse. Man braucht sich aber nur das Wesen der bestehenden Staatsbetriebe, ihre Entstehung und die Zwecke, denen sie dienen, näher anzusehen, um zu erkennen, daß die Gründe des »geschäftlichen Mißerfolgs« ganz anderer Art sind.

Das staatliche Tabakmonopol besteht schon über 100 Jahre und dient lediglich fiskalischen Zwecken. Bei einer Bruttoeinnahme von 500 Millionen Francs erzielt der Staat aus diesem Monopol einen Reinertrag von 400 Millionen. Nicht anders ist es mit der etwa 30 Jahre alten Zündholzregie, die dem Staat bei einem Bruttoertrag von 40 Millionen einen Reingewinn von 30 Millionen einbringt. Tabak und Zündhölzer sind deshalb sehr teuer. Aber nicht etwa, weil der staatliche Betrieb schlecht funktioniert, sondern weil der Preis des Produkts absichtlich so hoch festgesetzt wird. Denn das ist ja der einzige Zweck dieser Monopole: die Staatskasse zu füllen. Diese Einrichtungen sind daher auch dem Steuerwesen zuzuzählen, nicht der Volkswirtschaft.

Ein anderes staatliches Monopol ist das des Pulvers für das Heer, die Flotte, den Minenbau und den Sport. Es ist auch schon fast ein Jahrhundert alt. Nur militärische Gründe waren für seine Einführung maßgebend. Ebenso dienen die staatlichen Werften, auf denen etwa 30 000 Personen beschäftigt werden, lediglich dem Militärwesen. Wenn der Senator Poirier über diese unter der Militärverwaltung stehenden Betriebe gesagt hat, daß in den militärischen Arsenalen die Vergeudung öffentlicher Mittel über jede Vorstellung gehe, so hat er damit ein Verdammungsurteil über die Militär-

verwaltung gesprochen, nicht über den Staatsbetrieb. Ähnlich wird die Militärverwaltung auch in den Ländern beurteilt, in denen die anderen Staatsbetriebe die besten Resultate aufzuweisen haben.

Am wenigsten spricht in Frankreich das Defizit der Staatsbahnen gegen den Staatsbetrieb. Denn die dem Staat jetzt gehörenden Bahnlinien haben auch mit Defizit gearbeitet, als sie noch in Händen von Privatkapitalisten waren. Vor 1875 gab es in Frankreich keine Staatsbahnen. Im genannten Jahr übernahm der Staat eine damals wenig bedeutende Linie zwischen Bordeaux und Nantes, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Diese Linie wurde allmählich bis nach Paris verlängert und ist heute als die alte Staatsbahn bekannt; ihre Länge beträgt 3000 Kilometer, also etwa ein Sechzehntel der Gesamtlänge aller französischen Linien. Das in ihr investierte Kapital verzinst sich zu nicht ganz 2 %. Im Jahr 1908 wurde die Westbahn verstaatlicht, die die Bretagne, die Normandie und Havre, Cherbourg, Brest und Nantes bedient. Die Länge dieses Eisenbahnnetzes beträgt rund 6000 Kilometer, so daß heute der französische Staat ein Gesamtnetz von 9000 Kilometern besetzt. Im Jahre 1908 hatte aber die alte Westbahngesellschaft noch ein Defizit von 27 Millionen Francs, ein Beweis, daß die Linien von Anfang an nicht rentabel waren. Unter dem staatlichen Betrieb ist dann freilich das Defizit auf 38,5 Millionen, im Jahr 1910 auf 59 Millionen, im Jahr 1911 auf über 71 Millionen und im vorangegangenen Jahr auf 84,5 Millionen Francs gestiegen. Diese steigenden Defizite werden von der Budgetkommission auf die vermehrten Ausgaben für Löhne zurückgeführt, die seit der Übernahme durch den Staat bis jetzt um 52 Millionen stiegen. Die Privatgesellschaft hat also mit den erbärmlichsten Löhnen schon ein großes Defizit erzielt, das natürlich nicht geringer werden konnte, als die Löhne erhöht wurden. Der französische Staat besitzt aber auch immer noch nicht einmal den 5. Teil der Bahnlinien, er hat die schlechten unrentablen Linien, während die guten Linien noch in Händen der Kapitalisten sind. Trotzdem mag es richtig sein, daß in Frankreich die staatliche Verwaltung keine gute ist. Es soll auch über den Telephondienst sehr geklagt werden. Eine geradezu ungeheuerliche Or-

ganisation wies auch bis vor kurzem die Staatsdruckerei auf. Diese Druckerei datiert aus dem Jahr 1789 und war damals dazu bestimmt orientalische Drucke, für die die privaten Unternehmen weder die Lettern noch das Wissen besaßen, herzustellen. Nach und nach übernahm diese staatliche Druckerei auch die Herstellung aller anderen Drucksachen, und dies meist bei exorbitanten Kosten. Bei einer Untersuchung wurde nun entdeckt, daß für die 1300 Drucker allein 172 Beamte angestellt waren, also 1 Beamter für je 8 Drucker.

Nicht der Mangel einer Bürokratie, sondern der alte bürokratische Zopf, der sich ein Jahrhundert lang fortschleichende bürokratische Mechanismus einer alten Zeit hat in diesen Staatsbetrieben geherrscht, wie es heute in den meisten Betrieben der Militärverwaltung aller Länder noch der Fall ist. Dazu kommt, daß Frankreich ein industriell wenig entwickeltes Land ist. Die Modernisierung der Verwaltung und die konsequente Durchführung des staatssozialistischen Gedankens werden aber auch in Frankreich zu anderen Ergebnissen der staatlichen Betriebe führen, als es bisher der Fall war.

× Kurze Chronik Nach der neusten amtlichen Statistik umfaßte die Reichspost zu Anfang dieses Jahres 34 700 Postanstalten und 32 200 Telegraphenanstalten, die natürlich größtenteils vereinigt sind. In den letzten 25 Jahren sind durchschnittlich täglich 2 neue Postanstalten und gegen 3 neue Telegraphenanstalten entstanden. × Gegen eine Monopolisierung der Elektrizitätsversorgung durch das Elektrokapital wendet sich von neuem die sächsische Regierung. Wie schon früher einmal hat auch jetzt wieder das sächsische Ministerium des Innern in einer Verordnung ausgesprochen, daß ihm die Stromversorgung durch die Gemeinden dem öffentlichen Wohl in der Regel am meisten zu entsprechen scheine. Die Aufsichtsbehörden müssen deshalb die Stromversorgung durch öffentliche Körperschaften nach Kräften fördern. Damit sie dies mit Erfolg tun können, sind die Gemeinden angewiesen worden in jedem Fall, wo sie mit einem privaten Unternehmer in wenn auch zunächst nur formlose und unverbindliche Verhandlungen über die Versorgung ihres Gebiets mit elektrischer Energie treten, alsbald der Auf-

sichtsbehörde Anzeige zu erstatten. × Die rumänische Regierung hat verkündet, daß sie alle Bodenkäufe in den neuerworbenen Gebieten für ungültig erkläre und dem Staat ein Vorkaufsrecht bei jedem Verkauf von Boden vorbehalte, da nur so eine erfolgreiche nationale Innenkolonisation möglich sei. × Der Bund deutscher Bodenreformer hielt vom 26. bis zum 30. September seinen 23. Bundestag in Straßburg ab. Der Bürgermeister Dr. Schwander teilte in seiner Begrüßungsrede mit, daß die Stadt Straßburg über 4000 Hektar, das ist über die Hälfte des Gemeindebanns, in eigenen Besitz gebracht habe. Davon hat sie aber für 11 Millionen Mark wieder verkauft. Der Vorsitzende des Bundes, Damaschke, lehnte in seinem Jahresbericht den Gedanken einer Verstaatlichung des Bodens, den die Bodenreformer in der ersten Zeit zum Teil vertraten, scharf ab. Der Bund hat im verflissenen Jahr um 2400 Einzelmitglieder und 100 Korporationen zugenommen, so daß ihm zurzeit 581 Körperschaften angehören. × Am 1. September haben in einer Versammlung in Berlin einige Tausend preußischer Eisenbahner für ein einheitliches Staatsarbeiterrecht demonstriert.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Kurt Grelling

Naturphilosophie - Wenn heute der Name der Naturphilosophie auch in den Kreisen der Naturforscher wieder einen guten Klang hat, so kann man Wilhelm Ostwald ein Verdienst an diesem Umstand nicht absprechen. Freilich, was er unter diesem Namen in seinen Vorlesungen und in seiner Zeitschrift, den *Annalen der Naturphilosophie*, lehrt, hat mit dem, was man früher darunter verstand, nicht viel mehr als den Namen gemein. Und zwar gilt das nicht nur für die spekulative Naturphilosophie Schellings und seiner Schule, durch die der Name dieser philosophischen Disziplin so arg in Verruf gebracht worden ist, sondern es gilt in gleichem Maß für die kritische Naturphilosophie, deren Ausgangspunkt und Grundlage noch immer die *Metaphysischen Anfangsgründe der Naturwissenschaft* Kants bilden. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß das wiedererwachte Interesse für die Naturphilosophie sich auch jenen früheren Erscheinungsformen dieser Disziplin zuwandte, und daß infolgedessen ein Be-

dürfnis nach einem Überblick über die Geschichte der Naturphilosophie entstand. Ein erster Versuch dieses Bedürfnis zu befriedigen liegt nunmehr in dem Werk Dr. Carl Siegels *Geschichte der deutschen Naturphilosophie* / Leipzig, *Akademische Verlagsgesellschaft* / vor. Bei dem Mangel an Vorarbeiten war etwas anderes als ein Versuch nicht zu erwarten, und man muß anerkennen, daß der vorliegende die Ansprüche, die man an einen solchen stellen kann, im ganzen recht gut befriedigt. Zunächst ist die Weisheit anzuerkennen, die der Verfasser in der Beschränkung zeigt, die er sich auferlegt. Sie ist einmal eine zeitliche: die ausführliche Darstellung reicht von Leibniz bis Lotze; was vorher und nachher liegt wird in kurzen Übersichten gegeben. Dann ist sie aber auch eine nationale, wie schon der Titel zeigt. Daß der Hauptstrang der Entwicklung der Naturphilosophie in die deutsche Philosophie fällt, ist wohl nicht zweifelhaft, wenn auch natürlich eine eingehende Darstellung ihrer Geschichte die übrigen Nationen, insbesondere die Engländer, nicht außer acht lassen dürfte. Von scharfem Blick für die historischen Zusammenhänge zeugt auch die Einteilung des Stoffs: dynamistische, kritische, romantische Naturphilosophie; Gegner dieser, Vorläufer der modernen Naturphilosophie. Dabei muß ich als besonderes Verdienst hervorheben, daß Siegel (im Gegensatz zu seinem Kollegen Jodl in dessen neulich in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 1210 f.) besprochener *Geschichte der Ethik*) Fries den ihm gebührenden Platz in der Geschichte der Naturphilosophie anweist. Er wird neben Kant als einziger Vertreter der kritischen Naturphilosophie angeführt. Neben diesen Vorzügen des Werkes können aber auch seine Mängel nicht verschwiegen werden. Ganz allgemein vermisste ich eine gründliche Einsicht in den Zusammenhang der verschiedenen naturphilosophischen Richtungen unter einander und mit der allgemeinen Philosophie. (Dieser Mangel charakterisiert das Werk eben als einen bloßen Versuch.) Im besondern ist die Darstellung fehlerhaft, die der Verfasser von der Kantischen Erkenntnistheorie gibt. Das zeigt sich schon ganz äußerlich darin, daß er die Kantische Weltansicht als Kritizismus bezeichnet. Dieses Wort bezeichnet bei exaktem Sprachgebrauch eine Methode, nämlich die der dog-

matischen entgegengesetzte kritische, die darin besteht, daß der Philosoph mit einer Untersuchung (Kritik) der Vernunft beginnt, um zunächst festzustellen, welcher Erkenntnisse diese Vernunft fähig ist. Kants Weltansicht dagegen ist der transzendente Idealismus. Diese Ansicht leugnet, daß die Dinge an sich unter den Bedingungen von Raum, Zeit und Naturnotwendigkeit stehen, hält aber gegen den subjektiven Idealismus am Dasein dieser Dinge an sich fest. Siegel verwechselt nun Methode und Weltansicht und mißverstehet diese (er will sie bezeichnenderweise *Phänomenalrealismus* nennen) im Sinn des subjektiven Idealismus. Freilich ist dies eigentlich kein Streit um den historischen Kant mehr, denn aus diesem lassen sich, wie Siegel auch selbst zugibt, beide Auffassungen belegen, sondern es handelt sich hier um die Frage, welche dieser Auffassungen richtig und fruchtbar ist. Und in dieser Frage stehe ich auf einem andern Standpunkt als Siegel. Ein Wort möchte ich noch über die Würdigung Schellings als Naturphilosophen hinzufügen. Es macht der Gerechtigkeitsliebe des Verfassers alle Ehre, daß er es unternimmt die viel (und sicher auch oft zu Unrecht) geschmähte Schelling'sche Naturphilosophie zu *retten*, obgleich auch dies in der gegenwärtigen Hochflut der Romantik kaum sehr nötig ist. Aber einer Korrektur des Gesamturteils über diese Philosophie bedarf es dennoch nicht, denn dieses Urteil ist gerecht. Man braucht den Reichtum Schellings an genialen Einfällen nicht zu verkennen, man braucht ihm auch nicht alle Sünden seiner Schüler in die Schuhe zu schieben (so wenig wie man andererseits leugnen kann, daß manche dieser Schüler trotz des Meisters Tüchtiges geleistet haben). Dennoch muß daran festgehalten werden, daß die Schwächen der Schelling'schen Naturphilosophie nicht zufällige sind, sondern daß sie sich notwendigerweise aus dem Fehler seiner Methode ergeben. Sie alle sind die Folgen dessen, daß Schelling (darin Reinhold und Fichte fortsetzend), statt auf dem von Kant gewiesenen sichern Weg der kritischen Methode fortzuschreiten, sich auf eine spekulative Bearbeitung der Philosophie einließ.

Eine Probe von Ostwalds eigener Naturphilosophie liegt uns in einem Werk vor, das mit offenbar beabsichtigtem Anklang an Werke ganz anderer

philosophischer Richtung den Titel *Die Philosophie der Werte* trägt (Leipzig, Kröner). Nicht minder beabsichtigt ist auch, wie der Verfasser in der Einleitung selber sagt, der bestimmte Artikel in diesem Titel. Er soll nämlich »die bestimmte Überzeugung« ausdrücken, »daß eine andere Philosophie der Werte gegenwärtig auf wissenschaftlichem Boden nicht möglich ist«. Auf den ersten Blick scheint es ja, als ob die Philosophie der Werte mit Naturphilosophie nichts zu tun hätte. Den Zusammenhang dennoch entdeckt zu haben rechnet sich Ostwald als besonderes Verdienst an. Der Gedankengang des Buches ist folgender: Nach der energetischen Naturbetrachtung ist alles Geschehen (einschließlich der psychischen Vorgänge) Umwandlung einer Energieform in eine andere. Das wäre an sich kein Anlaß Wertunterschiede zwischen verschiedenen Geschehnissen zu machen. Denn die Quantität der Energie wird dabei weder vermehrt noch vermindert, nach dem Energiegesetz. Nun hat aber die Energie nicht nur eine Quantität sondern auch eine Qualität. Das beruht auf dem Entropiegesetz, nach dem in jedem geschlossenen System die Entropie nie abnimmt. Mit anderen Worten: Die Energie zerstreut sich fortwährend, und die zerstreute kann nur unter Anwendung eines größern Quantum noch nicht zerstreuter wieder gesammelt werden. Darauf beruht die Nichtumkehrbarkeit aller uns bekannten Vorgänge. Infolgedessen eilt die Welt und wir mit ihr unaufhaltsam dem Wärmetod entgegen. Aber durch weise Benutzung der Energieumwandlungen kann der Mensch diese Entwicklung zwar nicht abwenden, aber doch verzögern. Daher der »energetische Imperativ« Ostwalds: »Vergeude keine Energie, verwerte sie!« Gleichzeitig erhalten wir aber durch diese Betrachtung eine Wertskala der Energieen. Wenn wir nämlich etwa 1 Erg der uns praktisch unbegrenzt zur Verfügung stehenden Strahlungsenergie der Sonne als Maßstab nehmen, so wird von einer andern Energieform dasjenige Quantum den gleichen Wert haben, das man bei dem jeweiligen Stand der Technik bestenfalls aus jenem durch Umwandlung erhalten kann. Dieses Quantum wird um so kleiner, die betreffende Energieform also um so kostbarer sein, je komplizierter die Prozesse sind, die die Umwandlung erfordert. Die oberste Stelle auf dieser Skala nimmt nach Ostwald die geistige Energie ein.

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Bei näherem Zusehen ergeben sich aber doch erhebliche Schwierigkeiten. Ich will nur einige anführen: Wenn Ostwald recht haben soll, so muß sein Ergebnis doch wenigstens im großen und ganzen mit dem gesunden Menschenverstand übereinstimmen. Wie wenig das der Fall ist, kann man daraus ersehen, daß Ostwald sich genötigt sieht neben dem angeführten Wertmaßstab die Seltenheit einzuführen. Aber abgesehen davon, daß diese nur für den Preis und nicht für den Wert einer Sache maßgebend sein kann, genügt sie auch nicht einmal, um den Preis zu erklären, was Ostwald gleichfalls ein- sieht und was ihn veranlaßt noch weitere Kriterien wie »Wichtigkeit«, »Dienlichkeit zur Erhaltung des menschlichen Lebens« usw. einzuführen. Alles dies läßt sich aus der Energetik nicht ableiten. Selbst wenn aber solche Korrekturen nicht nötig wären, so würde doch seine Argumentation in keiner Weise erklären, warum wir so und nicht anders werten. Ostwald wendet sich gegen die Philosophen, die »die Setzung von Werten für eine zentrale Tätigkeit des menschlichen Geistes erklären«. Diese Philosophen arbeiten »mit einem Denkmateriale, das vor etwa 100 Jahren abgeschlossen war«. Nun, die Denkfehler, die Ostwald macht, sind schon seit viel längerer Zeit als solche erkannt. Daß man aus dem Dasein eines Dinges niemals auf einen Wert dieses Dinges schließen kann, war den Scholastikern schon in Fleisch und Blut übergegangen. Werte sind immer nur aus anderen Werten ableitbar, also muß wohl die Tätigkeit des Wertesetzens, das heißt des sich Interessierens von allen anderen Tätigkeiten spezifisch verschieden sein. Der so anspruchsvoll auftretende energetische Imperativ erweist sich also bei näherem Zusehen als weiter nichts als eine technische Regel, die uns anweist bei gegebenem Zweck unter zwei im übrigen gleichwertigen Mitteln dasjenige zu wählen, das den geringeren Energieverbrauch involviert. Wenn man sich dieses Ergebnis ansieht und damit den Aufwand an Geist und Drückerschwärze vergleicht, der zu seiner Erzielung gemacht wurde, so kommt man zu dem Schluß, daß der Entdecker des energetischen Imperativs in diesem Fall ihn nicht befolgt hat. Abgesehen von diesen Schwierigkeiten des praktischen Teils, enthält auch der theoretische deren verschiedene. Vor

allem die Einreihung der psychischen Vorgänge in das energetische Geschehen. Ostwald rühmt sich den Materialismus überwunden zu haben. Er versteht darunter die Ansicht, die alle Naturvorgänge, einschließlich der psychischen, auf Bewegung von Massen zurückführen wollte. So gar groß ist aber der Unterschied zwischen dieser Ansicht und der seinigen nicht, wenigstens was die psychischen Vorgänge anlangt. Man muß sich einmal klar machen, was damit gemeint sein kann, wenn man von einem Gegenstand behauptet, er sei eine Energieform. »Die Wärme ist eine Energieform« bedeutet: es gibt Vorgänge, bei denen Wärme entsteht und eine andere Energieform, etwa kinetische Energie verschwindet, und die Quantitäten der Wärme und der kinetischen Energie stehen dabei in einem konstanten Verhältnis. Versucht man das auf psychische Vorgänge anzuwenden, so wird man zugeben können, daß auch hier eine Energieform (es wird im allgemeinen eine chemische sein) verschwindet; aber schon der Versuch ein Maß für die psychische Energie anzugeben muß daran scheitern, daß wir bei psychischen Vorgängen außer Zeitlängen bestenfalls Intensitäten messen können, nimmermehr aber extensive Größen. Solche Größen sind aber immer erforderlich, um Energien zu messen. Schwerer noch aber wiegt der Einwand, daß, wenn Ostwald recht hätte, der Satz von der Erhaltung der Energie jede Bedeutung verlieren würde. Psychische Vorgänge sind nämlich physikalisch nicht nur nicht meßbar sondern überhaupt nicht feststellbar. Sie sind nur dem als solche erkennbar, in dem sie sich abspielen. Könnte nun ein Physiologe die Vorgänge im Nervensystem eines andern Menschen messend verfolgen, so müßte er an einer Stelle ein Manko an Energie entdecken, nämlich da, wo sich ein Teil der physischen in psychische Energie verwandelt. Darf sich nun dieser Physiologe mit der Auskunft beruhigen, daß hier psychische Energie entstanden ist, so muß das auch in anderen Fällen zulässig sein. Anstatt also nach der Quelle der Strahlungsenergie des Radiums zu suchen, hätten sich die Physiker nach Ostwald bei der Annahme beruhigen dürfen, daß das Radiumkörnchen bis dahin gedacht hatte, und daß die psychische Energie sich nunmehr in physische umsetzt. Vielleicht hat es über die Philosophie der Werte nachgedacht. Daß es

keine Bücher schreibt, beweist ja nichts, denn es hat vielleicht in die Unzulänglichkeit seiner Gedanken eine bessere Einsicht als manche Philosophen. Es ist wirklich nicht einzusehen, was von dem Energiegesetz noch übrigbleiben soll, wenn man der Energie gestattet Formen anzunehmen, die überhaupt physisch nicht festgestellt, geschweige denn gemessen werden können. Vor den mannigfachen anderen Schwierigkeiten, die die Energetik aufweist, wenn man versucht sie zu Ende zu denken, will ich hier absehen. Nur über den Entropiesatz, der das Fundament dieser Philosophie der Werte bildet, noch ein paar Worte. Dieser Satz ist keineswegs so sicher begründet, wie Ostwald uns glauben machen will. Bestenfalls gilt er für ein isoliertes System. Für das Weltall verliert er jeden Sinn. Jedenfalls fehlt jeder Grund zu der Annahme, daß der Vorrat der Welt an freier Energie jemals erschöpft werden könnte. Aber davon abgesehen basiert der Satz überhaupt auf Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen. Streng genommen kann man daher auch im isolierten System die Entropieverminderung nur für sehr unwahrscheinlich, nicht für unmöglich erklären. Da aber alles, was geschieht, unter irgendeinem Gesichtspunkt äußerst unwahrscheinlich ist, besagt das recht wenig. Nicht genug jedenfalls, um darauf »die« Philosophie der Werte zu gründen.

× **Kurze Chronik** In Bonn ist der Professor der Philosophie Ernst Dürr gestorben. × An der Eröffnung des (für Studierende, die ihre Prüfungen bereits abgelegt haben und sich noch weiteren Studien widmen wollen, bestimmten) *Graduate College* der Universität Princeton (New Jersey) nehmen auch Emile Boutroux und Alois Riehl teil; Boutroux hält bei der Einweihungsfeier einen Vortrag über Wissenschaft und Kultur, Riehl spricht über die philosophische Bewegung der Gegenwart. × Der Philosophieprofessor an der Universität Straßburg Gustav Störing ist nach Bonn berufen worden. × Den Straßburger katholischen Lehrstuhl erhielt Arthur Schneider, bisher in Freiburg.

× **Literatur** Mit der Geschichte eines Spezialgebiets der praktischen Philosophie beschäftigt sich das Buch Karl Pri-

brams *Die Entstehung der individualistischen Sozialphilosophie* / Leipzig, Hirschfeld/. Das Buch enthält eigentlich mehr eine Materialsammlung als eine wirkliche Darstellung der Entstehung dieser Gedankenrichtung. Das hat der Verfasser wohl auch nicht beabsichtigt, wie aus dem Vorwort hervorgeht. Der einzige Gedanke, den Pribram zur Erklärung beibringt, ist der Zusammenhang des praktischen Kollektivismus mit dem theoretischen Universalismus, das heißt mit der logischen Lehre, die die universalien (Begriffe und Gesetze) als selbständige Wesenheiten ansieht. Ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Denkrichtungen dürfte allerdings bestehen; aber er ist jedenfalls weniger einfach als Pribram ihn sich vorzustellen scheint. Den sozialen Kollektiven (Staat, Kirche, Nation usw.) kann auch der logische Nominalist eine gewisse Selbständigkeit nicht absprechen. Mindestens kommt sie ihnen in dem selben Sinn zu wie physischen Organismen; beide sind nichts anderes als Formen der Wechselwirkung. Im Begriff der *juristischen Person* kommt das deutlich zum Ausdruck. Die individualistische Ansicht, die der juristischen Person die Bedeutung eines Selbstzwecks abspricht, kann also nicht durch Widerlegung des logischen Universalismus begründet werden. Ein Mangel des Buches ist es ferner, daß es die Ausbildung des individualistischen Gedankens nicht bis zu seinem Höhepunkt verfolgt, der in der deutschen Philosophie zu suchen ist.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Philippe Als in dieser Rundschau von Charles Louis Philippe gesprochen wurde, dem französischen Dichter der ärmsten und elendesten Menschen, da war noch nicht das letzte seiner nachgelassenen Werke bekannt, der Roman *Charles Blanchard*. Dies Buch hat Philippe nicht vollenden können, denn er starb darüber. Das Bruchstück ist jetzt aber im Verlag der *Nouvelle Revue Française* erschienen. Die Poesie des Hungers hat Philippe hier erschaffen, einen Proletarierroman, der unter den sonstigen Romanen und Dramen aus der gleichen Welt unendlich hervorragend ist. Jede Tendenz lag dem Dichter fern. Seine Absicht war nur das Leben seines Vaters zu beschreiben, das Dokument eines Daseins aufzubewahren, das er ehrte, das er innig liebte, dessen Einzelheiten er als Erinnerung bis zu

seinen letzten armen Tagen gepflegt hat. Und aus diesen Erinnerungen hat er dem Hunger ein Denkmal gesetzt. Denn wie Philippe aus der tiefsten Armut hervorgegangen ist, so wanden sich die Schlingen des Entbehrens auch um seinen Vater. Philippe wollte aber, daß dieses Schicksal des leidenden Arbeiters wie ein allgemeingültiges Zeugnis der Not belehre. Und darum beschäftigte der schwierige Plan ihn das Persönliche hochzuheben in die Welt der Ewigkeit. Charles Blanchards Leben wird nur bis zu der Zeit berichtet, da er als Lehrling bei einem Holzschuhmacher eintritt, da er begreift, was die Arbeit ist. Und hat er dies begriffen, so läßt ihn die Arbeit nicht mehr los. Ein doppeltes Bündnis. Die Not zwingt den Menschen zur Arbeit, aber auch der dem Menschen eingeborene Hang. Arbeitswille ist das Heiligste, der beste, nie zu besiegende Trieb im Menschen. Ehe jedoch Blanchard in diese Proletariemoral hineinwächst, muß er die 14 Jahre des Hungers durchwandern. Immer wieder hat Philippe diese Etappen des Hungers gezeichnet, und aus seinen Bildern ist das Epos des Hungers geworden. Die Mutter dieses Knaben hat nämlich nur Brot zu bieten, Brot, das sie selber backt, sie, die wohl weiß, wie lecker, wie lockend, wie verführerisch gutes Brot munden kann. Aber sie darf nur das schlechteste Mehl nehmen, und der Vorrat, den sie in den Ofen schiebt, muß für eine Woche mindestens ausreichen. Und nun folgt Tag auf Tag, wo dieses Brot, das einst frisch war, sich verändert, wo es verweset, wo es klumpig, steinhart, widerlich, krankheitbringend wird. Doch es ist die einzige Speise, und Zutat ist allein der Speichel des ausgedorrten, des nach dem Kauen begierigen Mundes. Nur ein sehr starker, nur ein bis ins Innerste berührter, nur ein aus dem Innersten schöpfender Dichter durfte diese Tragödie des Brotes schreiben. Die Mutter fürchtet sich schließlich überhaupt die Nahrung anzutasten. Denn sie zittert, daß sie den Sohn nicht wird sättigen können. Und nun betrügt sie ihren Magen. Sie entdeckt, daß sie am Abend nicht mehr hungert, wenn sie schon am Nachmittag das halbe Teil des Abendbrots verzehrt. 24 Stunden lang gelingt ihr die Hinterlist vor dem eigenen Eingeweide. Aber dann rächt sich das verachtete Brot an ihr. Dann muß sie ihre Schliche vor dem tumultuierenden Magen aufgeben. Und eines Tages ist Charles, ihr Sohn, verlaust. Damit es ihn nicht

auch am Leib auffrißt, muß Salbe ins Haar geschmiert werden. Aber die Salbe kostet 10 Centimes, und die Mutter rechnet, wieviel Brot dafür entbehrt werden muß. Denn sie hat die 10 Centimes nicht überflüssig. Ja, der Dichter wagt es von Läusen zu sprechen, und es ist ganz reine Poesie. Und es geschieht, daß Charles Blanchard wächst, trotz des ranzigen, verblichene, das Blut kaum nährenden Brotes. Das Brot hat es bewirkt, daß er aus seinem Anzug wächst. Man mag die Jacke und die Hosen zerren und flicken, einmal versagen die Nähte doch genau so wie der abgebrauchte Mensch. Anzüge kosten Geld. So viel Brot muß darum geschmälert werden. Und das Brot war doch selber schuld daran. Das Brot ist der Feind des Brotes geworden. Nun sind List und Gedanken und Trauer und Schamgefühl keine Lebenswaffen mehr. Die einzige Waffe ist noch die Hand, die sich zum Betteln ausstreckt, die letzte Hilfe ist noch die Zunge, die vor den Menschen das Geheimnis des schreienden, des unbarmherzigen, des eigensinnigen Magens verrät. Und die Wanderung der Bettlerin beginnt. Über die Felder, nach den Höfen, zu den guten Leuten. Und obwohl die Felder bunt sind von der Frucht und von den Blumen, obwohl die Luft hell ist, sieht die Bettlerin nichts. Sie tragt blindlings, sie tragt, wie der Magen, wie auch die Mutterliebe es ihr befehlen. Diese Gewalten üben die Herrschaft. Sie heimt ein, und nun kann sie nichts von der frischen Milch, von der saftigen Butter, von dem herrlichen Käse, von den duftenden Birnen nehmen. Inmitten des Reichtums ihrer Bettelernte sehnt sie sich nach der Armut, nach der Trockenheit und dem sandigen Elend des Brotes, das aber ihre eigenen müden, rackernden Hände erwarben. Und Charles Blanchard lernt es ein Bettler zu sein. Er glaubt, daß es eben nur zwei Menschenarten auf der Welt gibt: gebende, die das Almosen verwalten, und nehmende, demütige, Dank murmelnde, gebückte, frierende Bettler. Er bettelt auf dem Land. Er bettelt auf dem Friedhof. Denn immer, wenn die Menschen etwas Teures in die Gruft senken, entsinnen sie sich auch, daß unter ihnen sehr bedürftige, das Mitleid anrufende Brüder und Schwestern wohnen. Philippe, der alle Winkel der Armut ausspioniert, der die Syphilitischen und die Bettler und die Krüppel und die Verrückten ebenso ergeben geliebt hat wie ein anderer glückliche, wohlgeformte

Geschöpfe bewundert, ist so gewiß den Mystikern der Barmherzigkeit verwandt, die eiternde Geschwüre und Beulen des Aussatzes ohne Ekel küssen, Doch während in den religiösen Mystikern der Verstand gestorben ist, wirkt die helle, die alles sehende Vernunft in Philippe. Er ist der Mitleidige, nicht aus Wahnsinn, er ist es aus Weisheit, aus Erfahrung, die er durchgeprobt hat. Hier redet seine Größe, und die Kunst, die ihm hilft, macht aus ihm den Epiker des Hungers und der Armut.

×
Bauerngeschichten Jean Paul d'Ardeschah übersetzte für seinen *Bauernspiegel*, der die poetischen Dokumente aus dem Bauernleben vereinigt, ein polnisches Buch *Die polnischen Bauern* von W. S. Reymont / Jena, Diederichs/. 4 Bände umfaßt dieses Werk, das sich in 4 Abteilungen scheidet: Herbst, Winter, Frühling und Sommer. Das sind die Gezeiten, die in das Leben des polnischen Bauern hineingreifen. Reymont, der Pole mit dem französischen Namen, ist ein Hirt bei dem Vieh seines Vaters gewesen. Dann hat er auch hinterm Ladentisch gestanden. Dann hat er auch auf dem Komödiantenkarren die Dörfer durchwandert. Dann hat er auch einmal die Welt sehr gehaßt und den Mönchsrock angezogen. Die Bauern seiner Heimat sah er jedoch als Helden eines sachte wachsenden epischen Buchs. Es lohnt sich nicht einfach die Geschichte von wenigen Menschen zu erzählen. Das ganze Dorf muß beschrieben werden. So muß die Geschichte des Dorfes sein, daß sie als ein geschlossenes Stück Weltgeschichte betrachtet werden darf. Also ein Künstlerplan, der weitsichtig ist, der sich nicht auf novellistische Spielerei beschränkt. Reymont ist sich dessen bewußt, daß er die Jahreszeiten schildern darf, den Sturm, die Sonne auch, den Schnee und wieder den sengenden Tag, wenn es Zeit zum Kornschneiden wurde. Er hat sich nicht vor der Verirrung in banale Bilder zu fürchten. Die reine Natürlichkeit steht ihm an, vielleicht besser als die Psychologie der Menschen. Seine Bauernepopöe ist freilich nicht, wie man gesagt hat, ein polnischer *Till Eulenspiegel*. Reymont könnte gar nicht so umfangreiche Volksseelen aufdecken wie es der Belgier de Coster getan hat. Reymont dichtet Menschen-schicksale episodisch in die Bilder der Jahreszeiten. Die ewige Liebesunrast der Frau, die von einem Alten zum

Weib gemacht wurde. Wie sie frei ist, hängt sich alles Männergebein an sie, sogar der jugendliche Priester. Und dieser Dämon mit dem freigebigen Leib wird eines Tages vom Dorf hinausgejagt. Auf einen Misthaufen fällt er, er endet im Wahnsinn. Ja, da wird aus dem Epos doch nur ein Roman. Aber ein Hochzeitskapitel steht darin, das nichts als alte Bräuche wiedergibt; ein Begräbnis auch steht darin, das nur ruhig berichtet wird. Darin liegt die Stärke Reymonts, in der poetischen Ausnutzung der Folklore. Sein Werk ist gleichwohl die Arbeit eines Dichters, wenn es auch nicht die große Bauerndichtung ist, die in Dänemark den Pontoppidan und Nexö, in Deutschland Hermann Stehr gelungen ist. Der Pole Reymont schreibt: »Das Gewitter brach los, der Himmel wurde blaugrau wie eine Leber, der Staub wirbelte in gewaltigen Säulen auf, die Pappeln beugten sich unter einem Ächzen, das wie ein Schluchzen klang, zu Boden, die Winde heulten auf und fuhren immer wütender auf das nach allen Seiten hin auseinanderweichende Getreide los. Sie heulten wie wilde Stiere und stürzten sich über die Wälder, deren Bäume, dichtzusammengedrängt, ängstlich aufwendend und laut aufrauschend dastanden.« Der Deutsche Wilhelm Conrad Gomoll schreibt in seinem Bauernroman *Hogesünn* /Dresden, Reißner/: »Sonnenwellen! Frühlingsgoldene Sonnenwellen und lenzlaue, weiche Winde! Säusel-lüfte, selige Schauer, die die Erde zum neuen Blüten erlösten, die alle Zweige und Zweiglein mit sanften liebevollen Händen streichelten und schmückten! Die Welt war ein Reich voll Sonnen-träumen, und jeder Mensch, der eine eigene Scholle besaß, ging mit nachdenklich seligen Augen darüber hin und lobte sein liebes, gutes Stücklein Erde.« Man halte die Bilder des Polen und des Deutschen gegen einander. Es fällt sofort auf, daß Reymont ein Dichter ist und Gomoll ein Dilettant. Auch in den Stil Reymonts schleicht sich diese und jene schon benutzte Metapher, doch das Ganze ist selbständig gesehen, selbständig ausgedrückt. Bei Gomoll sind die Bilder wie die Sprache aus Fremdem entliehen. Doch die artigen Deutschen wollen den Bauernroman mit sentimentaler Symbolik, die schön gefärbte, künstliche Schlichtheit und Kraft des Landes. Neben den Bauerngeschichten gelten

die Geschichten vom Land. In die Stille der Blumen, in die Buntheit der Felder und die Hoheit des Waldes werden städtische Menschen geführt, deren Seele sehr verzärtelt ist und fähig die feinste Regung der Natur zu empfinden. Mona Ross lebt so auf Island, obwohl sie ein großstädtisches Herz besitzt, obwohl ihr Gemüt so sehr gebildet ist, als hätte sie in allen modernen Büchern gelesen. Und wirklich, diese Klugheit bringt das Unglück von Mona Ross, wie Thit Jensen, die Dänin und Schwester von Johannes V. Jensen erzählt (*Mona Ross* /Frankfurt, Rütten & Loening/). Der Volksmund sagt: Mona verpaßt den Anschluß. Das ist ein ganz alltägliches Begebnis, obwohl das Ereignis auf poetischem Gebiet angesiedelt wurde.

× **Kurze Chronik** In Brüssel wird man ein Denkmal Lemonniers errichten. Die

Gaben zu diesem Monument steuern aber nicht die Behörden, sondern die Bürger des Landes, viele arme Leute, viele Arbeiter, und auch die Schulkinder. × Der 70jährige Peter Rosegger wurde von der Stadt Graz zum Ehrenbürger ernannt. × Parabolische Dialoge Tolstojs veröffentlicht der Hanssachs-Verlag in München. Die große Ethik des Dichters leuchtet aus seinen Weisheitssprüchen. × Bei S. Fischer in Berlin veröffentlicht Ernst Weiß einen Roman *Die Galeere*. Es ist die Tragödie des Gelehrten, den die physikalischen Experimente zum Krüppel machen. × Herman Bangs Roman *Zusammenbruch* ist jetzt in die billige Fischersche Romanbibliothek übergegangen. Gleiche Ehre wurde dem Erstling von Martin Beradt *Go* zuteil. × *Onkel und Tante Vantée* von Georg Hirschfeld /Berlin, Paetel/ ist eine Liebesgeschichte zwischen einem Sonderling und einer ältern Frau. Daß die Liebenden sich mit Gewalt vom Leben fortstehlen, scheint mir aber eher eine Marotte des Schriftstellers als Notwendigkeit. × *Der Wald rauscht* wurde als Titel über ein buntes Legenden- und Skizzenbuch geschrieben, das der Langensche Verlag aus Arbeiten des Verner von Heidenstam zusammengestellt hat. × Hermann Wagner, der sich durch einen Schülerroman bekannt gemacht hat, veröffentlichte bei Fleischel angenehm erzählte *Novellen Aus der Tiefe*.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Elektrotechnik Von vielen Ärzten werden und Heilkunde zwar spezifische Heilwirkungen des elektrischen

Stroms bestritten und unzweifelhafte Erfolge der Elektrophotherapie in erster Linie suggestiven Einwirkungen zugeschrieben. Aber physiologische Wirkungen der Elektrizität sind sicher vorhanden, wenn auch die inneren Zusammenhänge noch ganz im Dunkeln liegen. Gegenwärtig wird deshalb an verschiedenen Stellen intensivste Forschungsarbeit zur Aufhellung der geheimnisvollen Zusammenhänge zwischen Elektrizität und organischem Leben geleistet. Vorläufig freilich kann es sich nur darum handeln möglichst viel Einzelmaterial zusammenzutragen, ehe es gelingen wird eine geschlossene Theorie aufzubauen. Bemerkenswert ist die Tatsache, die von Nernst und Telemann festgestellt und jetzt durch weitere Arbeiten von R. Hruschka bestätigt worden ist, daß die größere physiologische Wirkung des elektrischen Stroms an der Kathode stattfindet. Zurückzuführen ist das offenbar auf die stärkere Ionenanhäufung am negativen Pol. Weiterhin ist festgestellt worden, daß hochgespannte Wechselströme, die bekanntlich bei sehr großer Frequenz nicht durch den Körper hindurchfließen sondern nur dessen Oberfläche einhüllen, fördernd auf Leben und Wachstum einwirken. Svante Arrhenius in Stockholm hat den Beweis dafür erbracht, daß sowohl die körperliche wie die geistige Entwicklung von Kindern gefördert wird, wenn sie sich während des Schulunterrichts in einem elektrischen Feld befinden. Besondere Aufmerksamkeit wird gegenwärtig den Aktionsströmen zugewandt, die bei der Lebenstätigkeit des Organismus auftreten. Sehr gefördert wird auf diesem schwierigen Gebiet die Forschungsarbeit durch die Erfindung des Saitengalvanometers, das ein sehr schnelles Registrieren auch der minimalsten Stromstärken gestattet. So haben Brossa und Kohlrausch durch Beobachtungen am lebenden Froschauge festgestellt, daß bei der Bestrahlung mit homogenem Licht Ströme von typischer Kurvenform für jede Art homogenen Lichts auftreten, so daß aus der Kurvenform direkt rückwärts auf die Lichtart geschlossen werden kann, die auf das Auge gefallen ist. Eingehendes Studium ist den bei der Herzfähigkeit auftretenden Aktionsströmen zugewandt worden.

In Verbindung mit kinematographischen Röntgenaufnahmen hat man durch diese Untersuchungen bereits wichtige Aufschlüsse über die Tätigkeit des gesunden und des kranken Herzens erhalten. Nach den gleichen Methoden werden die Aktionsströme der Skelettmuskeln durchforscht, und ebenso wird den Reizleitungen im Nervensystem nachgegangen.

Die von der Kathode eines Induktoriums ausgehenden Entladungen werden, nachdem sie durch Zwischenschaltung eines Kondensators (einer Leydener Flasche beispielsweise) in therapeutisch anwendbare Form gebracht worden sind, zur Behandlung von nervösen Zirkulationsstörungen und Hautleiden mit Erfolg benutzt. Hochfrequenzströme werden vielfach bei gichtischen und rheumatischen Leiden in der Form der *Thermopenetration* benutzt. Sie rufen in erster Linie Stromwärme hervor, die günstige Wirkungen ausübt.

Neben der rein therapeutischen Wirkung der Elektrizität werden ihre Leistungen in der Diagnostik durch Röntgenstrahlen immer weiter vertieft. Um die schädigenden Wirkungen der Röntgenstrahlen bei Röntgenaufnahmen nach Möglichkeit einzuschränken, bemüht man sich seit langem Momentaufnahmen mit Röntgenstrahlen zu machen. Das ist mit dem sogenannten *Einzelschlagsystem* Dessauers gelungen. Dessauer benutzt hierzu den einzelnen Induktionsstoß, der bei der Unterbrechung des primären Stromkreises im Induktorium auftritt. Die Unterbrechung geschieht in dem Augenblick, in dem die Stromstärke im Primärstromkreis das erforderliche Strommaximum erreicht hat, durch das Durchschmelzen einer Stöpsel- oder Patronensicherung, wie sie in allen Starkstrominstallationen benutzt werden. Man kann bei dieser Methode selbst Induktorien mit verhältnismäßig dünnem Primärdraht momentan stark überlasten und mit Stromstärken bis 250 Ampere arbeiten, die bei den älteren Verfahren Leitungsquerschnitte von 100 Quadratmillimeter und mehr erfordern haben würden. Die nach dem Dessauerschen Verfahren erzielten Röntgenaufnahmen zeichnen sich durch besondere Schärfe aus, und es ist nach diesem Verfahren sogar gelungen Kinematogramme des schlagenden Herzens aufzunehmen. Die Lagebestimmung von Fremdkörpern im Organismus und überhaupt die plastische Darstellung der gegenseitigen Lage von Organen gelingt in sehr zuverlässiger Weise durch stereoskopische Röntgenaufnahmen.

Im Zusammenhang hiermit seien auch noch die Schutzrichtungen zur Sicherung der Arbeiter in Hochspannungsanlagen erwähnt. Sie bestehen im wesentlichen aus einer Kleidung aus sehr feinem, dichtem Metallgewebe.

× **Elektrischer Steckkontakt** Die bisher üblichen elektrischen Steckkontakte, um elektrische Tischlampen usw. beweglich an eine elektrische Leitung anzuschließen, haben den Nachteil, daß die Federwirkung der geschlitzten Steckdorne bald erlahmt, so daß die Stecker in den Hülsen der Anschlußdosen schlottern und zur Funkenbildung und allmählichen Zerstörung der Steckdosen und der Stecker Anlaß geben. Dieser Übelstand wird durch den neuen Steckkontakt von Bertalan Duschnitz beseitigt. Die Verbesserung besteht darin, daß sich in der Hülse der Steckdose ein stählerner Spreizkeil befindet, der die geschlitzten Kontaktdorne des Steckers zwingt sich beim Einführen in die Steckdose auseinanderzuspreizen. Es wird dadurch eine außerordentlich solide Verbindung zwischen Stecker und Anschlußdose geschaffen, und der Stecker wird zugleich auch so fest gehalten, daß ein unabsichtliches Herausziehen unmöglich ist.

× **Dieselmotoren in Dampfschiffen** Wenn in älteren Dampfschiffen die abgenutzten Schiffsmaschinen ausgewechselt werden mußten, konnte man bisher die häufig sehr erwünschte Steigerung der Maschinenleistung nicht ermöglichen, weil die neue leistungsfähigere Dampfmaschine womöglich noch mehr Raum für sich beanspruchte als die alte. In diesen Fällen ist der Ersatz der ausrangierten Dampfmaschinen durch Dieselmotoren der bequemste Ausweg, und häufig wird durch den Einbau eines Dieselmotors das ganze Schiff noch erhalten, das sonst wegen seiner für moderne Ansprüche zu geringen Leistung abgewrackt werden würde, wenn auch der Schiffsrumpf noch gut erhalten ist. Setzt man an die Stelle der abgenutzten Dampfmaschine einen Dieselmotor, so wird der Raum, der sonst für den Kessel erforderlich war, für die Vergrößerung des Laderaums verfügbar, die Maschinenleistung kann leicht auf das 1½fache gesteigert werden, und außerdem werden durch die Brennstoffersparnis noch erhebliche wirtschaftliche Vorteile erzielt. Hierzu kommen noch die bekannten betriebstechnischen Vorzüge des Dieselmotors vor der Dampfmaschine.

In Würdigung dieser Tatsachen hat sich die Verwaltung des Nordostseekanals entschlossen eine Anzahl von älteren Dampfschleppern, die wegen zu geringer Maschinenleistung unwirtschaftlich arbeiteten, mit stärkeren Dieselmotoren auszurüsten.

× **Kurze Chronik** Dr. Diesel, der erfolgreiche Erfinder des nach ihm benannten Wärmemotors, ist bei der Überfahrt nach England auf rätselhafte Weise verschwunden. Mit ihm hat die deutsche Ingenieurwelt einen ihrer bedeutendsten Vertreter verloren. Kurz vor der für ihn verhängnisvollen Reise hatte Diesel noch seine wertvolle Sammlung von Zeichnungen und Dokumenten über den Ursprung und die Durchbildung seiner Erfindung dem Deutschen Museum in München testamentarisch vermacht. × Die Ökonomie der Metallfadenlampe ist kürzlich auf 0,5 Watt per Hefnerkerze verbessert worden. Die *Deutsche Gasglühlichtgesellschaft* wie die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* werden mit diesen Lampen in der nächsten Zeit an die Öffentlichkeit treten. Die Leistung der bisherigen Metallfadenlampe mit rund 1 Watt per Hefnerkerze war bereits ein immenser Fortschritt über die Kohlenfadenlampe, die rund 3,5 Watt per Hefnerkerze verbrauchte. Mit der neuen ½-Watt-Glühlampe, die in Lichtstärken von 200 bis 2000 Hefnerkerzen gebaut wird, wird annähernd die Ökonomie unserer sparsamsten elektrischen Bogenlampen, der Flammenbogenlampen, erreicht. × Eine elektrische Kraftübertragung auf 383 Kilometer Entfernung bei einer Betriebsspannung von 150 000 Volt, die von der *Southern Sierras Power Company* in Kalifornien errichtet worden ist, stellt die längste fortlaufende Kraftübertragung der Gegenwart dar. × Die Anlage von Staueisen im Gebiet der Oberspreewald wird von der preußischen Regierung projektiert. Bei diesem Millionenprojekt handelt es sich darum den Wasserüberschuß der Wintermonate für die Speisung der Wasserläufe und des Grundwassers zurückzuhalten. × Seit Januar sind zwischen der Telefunkenstation Nauen und der Station Sayville auf Long Island Versuche angestellt worden, bei denen es gelungen ist die etwa 6500 Kilometer betragende Entfernung zu überbrücken. Die Versuche werden fortgesetzt, um die erforderlichen Unterlagen für die Einrichtung eines dauernden Nachrichtendienstes zu schaffen. Bei der Station Pennant Hills

in Australien wurden Mitteilungen eines mit einer kleinen Telefunkenstation ausgerüsteten Frachtdampfers auf 6700 Kilometer Entfernung aufgenommen. × In Indianapolis ist sei einiger Zeit eine *Saubsaugemaschine* zur Straßenreinigung im Betrieb, die sich als recht brauchbar erwiesen hat. Die Maschine ist 2,5 Meter breit und wird von einem 60pferdigen Motor betrieben. Unter dem Wagenkasten befindet sich ein Trichter, der auf der Straße schleift und den Straßenschmutz aufsaugt. Mehrere harte Bürsten vor dem Trichter lockern den Schmutz auf. × Die Zahl der Motorwagen im Deutschen Reich hat in den letzten 5 Jahren enorm zugenommen. Der reinen Personenbeförderung dienten im Jahr 1907 25 815 Wagen, der Güterbeförderung 1211. Im Jahr 1913 ist die Zahl der einen auf 70 085, die der anderen auf 7704 angewachsen. × Die Gasheizung in London, durch die am sichersten der gefürchtete Londoner Nebel bekämpft werden könnte, hat in den letzten Jahren eine erfreuliche Zunahme erfahren. Seit ihrer Einführung sind in der Tat die Nebeltage von 30 auf 10 zurückgegangen.

× **Literatur**

× Der technisch-physikalische Roman ist eine Spezialität unserer Zeit geworden. Das bedeutendste Werk dieser Richtung ist *Der Tunnel* von Bernhard Kellermann /Berlin, S. Fischer/, der beim Publikum auch einen gewaltigen Erfolg gehabt hat. Das ist bei aller Phantastik eine in wirklich technischem Geist geschriebene Arbeit, die durch die Anpassung des Verfassers an den Stil und Rhythmus des amerikanischen Geistes eine lebendige Spannung erzeugt. × Das gleiche läßt sich leider nicht von *Martin Atlas' Roman Titan* /Leipzig, Gerstenberg/ sagen. Will man einen phantastischen naturwissenschaftlich-technischen Roman schreiben, so muß man sich schon die Mühe geben wenigstens die Grundbegriffe von Naturwissenschaft und Technik zu studieren, so daß die Ereignisse wenigstens plausibel werden. Sonst wirkt die grausigste Darstellung nur komisch. Das gilt gleich von dem Anfang, wo der Verfasser die Ausnutzung der Sonnenstrahlen darzustellen versucht. »Von allen Seiten schienen die Sonnenstrahlen auf den Apparat zuströmen, denn in der ganzen Umgebung merkte man ein sonderbares Verfinstern. .. Ein Schatten flog über die Häuser und Dächer ... bis er den Erdboden erreichte

und über ihn das Dunkel der Nacht breitete.« So ungefähr stellte ich mir als Kind den Vorgang vor, als die Schildbürger Sonnenstrahlen mit Mausefallen zu fangen versuchten. Neben dieser grotesken Darstellung fällt es dann kaum noch auf, daß der Verfasser Energiemengen nach Pferdekraften mißt, daß in der Großstadt, wo der Hauptteil der Geschichte spielt, Tausende von Menschen nötig sind, um die mechanischen Arbeiten zur Ausführung der Ideen des Helden zu leisten, während dieser selbst in der Wüste ganz allein ein Wunderwerk verrichtet hat. Daneben irrlichtern allerhand philosophische und soziale Ideen. Man kann beim besten Willen in diesem Buch, wenn es auch manchen Leser reizen mag, nichts Titanisches entdecken. × Daneben hat so ein Bändchen der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* trotz seiner bescheidenen Aufmachung doch einen ganz andern Kulturwert. Eine sehr klare Darstellung der *Grundlagen der Elektrotechnik* ist von A. Roth gegeben. Sie enthält die wichtigsten physikalischen Gesetze, die zum Verständnis der elektrischen Maschinen und Apparate erforderlich sind. × Das von H. Wedding verfaßte Bändchen *Das Eisenhüttenwesen*, das bereits früher hier besprochen worden ist, hat nunmehr bereits die 4. Auflage erreicht. Die neue Auflage ist von dem Bergreferendar Friedr. Wilh. Wedding vollständig neu bearbeitet worden. × Die Abhandlung *Die Funkentelegraphie* von H. Thurn liegt gleichfalls in einer neuen Auflage vor. Der Hauptwert des Buchs liegt weniger in der technischen Darstellung, die natürlich nicht vernachlässigt ist, als in der Vorführung der wirtschaftlichen Entwicklung der Funkentelegraphie. × Auch die Abhandlung *Die Dampfmaschine*, von Richard Vater, ist jetzt neu aufgelegt worden. Bei der Neubearbeitung ist die bauliche Ausbildung der Dampfmaschine aus dem vorliegenden Bändchen ausgeschieden worden. Der 1. Teil der wertvollen Darstellung befaßt sich ausschließlich mit der Wirkungsweise des Dampfes im Kessel und in der Maschine. Diese Trennung erscheint mir im Interesse des Laienpublikums nicht besonders glücklich; denn die Studie ist dadurch gar zu abstrakt geworden. Der 2. Teil dieses Werkes handelt von den neueren Wärmekraftmaschinen (Gaserzeuger, Groß-

gasmaschinen, Dampf- und Gasturbinen); er liegt in 3. Auflage vor. Die vollständige Beherrschung des Stoffes hat es dem Verfasser möglich gemacht das für die Technik so überaus wichtige Kapitel der Explosionsmotoren knapp, aber anschaulich zur Darstellung zu bringen. × In einem weiteren Bändchen der gleichen Sammlung behandelt Dr. Carl Riemann die deutschen Salzlagerstätten, ihr Vorkommen, ihre Entstehung und die Verwertung ihrer Produkte in Industrie und Landwirtschaft. Besonders gut ist dem Verfasser die Erklärung der Entstehung unserer deutschen Salzlagerstätten gelungen. Organisch hierzu gehört auch das Kapitel über die Frage *Warum Deutschland das salzreichste Land der Erde ist*, in dem die Auseinandersetzungen über die Pendulationstheorie von Reibisch in erster Linie interessieren dürften, denn neben der Antwort auf die gestellte Frage erhalten wir auch eine Antwort auf eine andere, ebenso wichtige Frage, wie der Wechsel von Glazialperioden und tropischen Perioden gerade in Deutschland zu erklären ist. Das Kapitel über die Verwendung der Kalisalze in der Landwirtschaft ist etwas zu aphoristisch. × *Unsere Kohlen* behandelt Bergassessor Paul Kukuk. Mit besonderer Liebe sind hier die geologischen Fragen zur Behandlung gekommen; also die Fragen der Entstehung der Kohle und anderer brennbarer Gesteine einschließlich des Torfs, ferner die allgemeinen und die speziellen Verhältnisse der Kohlenbildung, die Veränderungen der ursprünglichen Ablagerungsverhältnisse und schließlich das geographische Vorkommen der verschiedenen Kohlenarten. In diesen Kapiteln steckt offenbar sehr viel eigene Forschungsarbeit des Verfassers. Auch die übrigen Abschnitte, die sich mit der mineralogischen Einteilung der Kohlenarten, dem Abbau, der Aufbereitung und Brikettierung sowie der technischen Verwendung der Kohle beschäftigen, sind allgemein interessant und bei der gewaltigen kulturellen Bedeutung der Kohle überaus wichtig. × Besonders Interesse in der Gegenwart beansprucht ein Bändchen *Das Kriegsschiff*, eine kurze Darstellung seiner Entstehung und seiner Verwendung, die von Eduard Krieger, Marinebaurat und Lehrer für Schiffsbau in Flensburg, herrührt. Das Bändchen sei insbesondere unseren Parlamentariern empfohlen.